

BIBLIOTHECA

IBERO-AMERICANA

REINHARD PETERWERTH

Das Vertragswerk des Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes



COLLOQUIUM VERLAG

BERLIN

Als sich Ende der fünfziger Jahre die EWG konstituierte, blieb ein paralleler Integrationsprozeß in Lateinamerika in Europa weitgehend unbeachtet: die fünf zentralamerikanischen Republiken Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica schlossen sich zum Zentralamerikanischen Gemeinsamen Markt zusammen.

Sehr früh schon war eine umfangreiche juristische Literatur über das Recht der Europäischen Gemeinschaften erschienen. An einer Darstellung des juristischen Instrumentariums des Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes fehlte es bislang jedoch. Diese Lücke versucht das vorliegende Buch zum Teil zu schließen. Die Arbeit, als juristische Dissertation von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn angenommen, ist weder eine ökonomische noch eine soziologische Untersuchung. Sie stellt vielmehr die Grundzüge der Basisverträge des Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes und die Interpretation und Anwendung dar, die sie in der Praxis erfahren haben.



BIBLIOTHECA IBERO-AMERICANA

Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts

Preußischer Kulturbesitz

Herausgegeben von Hans-Joachim Bock

Band 18

BIBLIOTHECA IBERO-AMERICANA

REINHARD PETERWERTH

Das Vertragswerk
des Zentralamerikanischen
Gemeinsamen Marktes

COLLOQUIUM VERLAG BERLIN 1973

© 1973 Colloquium Verlag Otto H. Hess, Berlin
Fotosatz: Gleißberg & Wittstock, Berlin
Druck: Color-Druck, Berlin
Schrift: Garamond Fototronic
Buchaussattung: Georg Goedecker
Printed in Germany · ISBN 3 7678 0333 x

Unter den Versuchen, durch Freihandelszonen und andere Formen von Integration größere Wirtschaftsböcke und Einheiten zu schaffen, verdient das Beispiel des Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes besondere Beachtung. Einmal, weil die fünf Republiken¹ Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica nach dem Verlust der politischen Einheit im Jahre 1838 nunmehr eine wirtschaftliche Einheit anstreben; und zum zweiten, weil dieser Versuch bisher einen unerwarteten Erfolg gehabt hat, unerwartet in einem Teil der Welt, in dem Nationalismus, politische Unstabilität und eifersüchtiges Bewahren eigener Souveränität keine geeignete Grundlage einer Wirtschaftsintegration zu sein schienen².

Einleitung: Politische Einigungsbestrebungen in Zentralamerika bis 1951

Nach der spanischen Eroberung Mittelamerikas 1524 wurde schon bald (1542) das Gebiet, das etwa die heutigen fünf Republiken und den mexikanischen Bundesstaat Chiapas umfaßt, politisch zur „Real Audiencia de los Confines“ zusammengefaßt³. An der Spitze der Verwaltung stand der „Capitán General“ mit Sitz in der Ciudad de Guatemala. Bis zur Unabhängigkeit im Jahre 1821 wurde diese politische Verwaltungseinheit beibehalten, abgesehen von einer fünfjährigen Unterbrechung, als Philip II. 1563 die Verlegung der „Audiencia de Guatemala“ nach Panama dekretierte und Costa Rica und Nicaragua Panama unterstellte, den Rest Mittelamerikas Mexiko zuschlug. 1568 wurde die „Audiencia de Guatemala“ wiederhergestellt⁴.

Nach der Unabhängigkeitserklärung am 15. September 1821⁵ sollte ein Kongreß die endgültige Staatsform und Verfassung der ehemaligen „Capitanía General de Guatemala“ bestimmen. Dazu kam es jedoch nicht. Die Provinzen mit Ausnahme El Salvadors erklärten zunächst den Anschluß an Mexiko. Das Widerstreben El Salvadors⁶ beantwortete Mexiko mit dem Einmarsch von Truppen. Der Anschluß an Mexiko war nur von kurzer Dauer. Schon 1823 beschloß der mexikanische Kongreß, den Provinzen der „Capitanía General“ die Lösung von Mexiko freizustellen⁷. Das geschah durch die „Acta de Independencia Absoluta“ vom 1. Juli 1823⁸.

der „Provincias Unidas del Centro de América“; und am 22. November 1824 wurde die erste Verfassung des neuen Bundesstaates erlassen⁹. Als Modell hatte die Verfassung der USA gedient¹⁰. Die Föderation bestand nur bis 1838. Dann brach sie zusammen, und der „Congreso Federal“ sanktionierte am 30. Mai 1838 den Zerfall mit einem Dekret, das jedem der fünf Bundesstaaten die Bildung eines eigenen souveränen Staates ermöglichte¹¹.

Sogar der westliche Teil Guatemalas mit der Stadt Quetzaltenango trennte sich und bildete einen Staat „Los Altos“¹².

In den folgenden Jahren versuchten zunächst Honduras, El Salvador und Nicaragua vergeblich, die verlorene politische Einheit wiederzuerlangen¹³. Statt dessen kam Nicaragua zeitweise unter die Herrschaft des amerikanischen Abenteurers William Walker, der dort 1855 landete und erst im April 1857 mit Hilfe der Truppen aller übrigen zentralamerikanischen Länder zur Kapitulation gezwungen werden konnte.

Die Unionsbestrebungen erhielten 1885 einen etwas ungewöhnlichen Impuls von General Rufino Barrios, dem Präsidenten von Guatemala. Er proklamierte einseitig die „Unión de Centroamérica“¹⁴ und ernannte sich zum Militärführer von Zentralamerika. Dann marschierte er in El Salvador ein und fiel in der Schlacht bei Chalchuapa.

Vier Jahre später unternahmen die fünf Staaten durch die Unterzeichnung eines präparatorischen Vertrages einen weiteren Versuch, die politische Einheit wiederherzustellen¹⁵, und Honduras, El Salvador und Nicaragua vereinbarten später die „República Mayor de Centroamérica“¹⁶. Dieser Republik schlossen sich Guatemala und Costa Rica an¹⁷. Der Anschlußvertrag blieb, wie schon so oft, Papier. Die drei Staaten der „República Mayor“ schlossen sich 1898 zu den „Estados Unidos de Centroamérica“ zusammen¹⁸. Die am 1. November 1898 in Kraft getretene Verfassung der neuen Föderation war erst vierzehn Tage alt, als sich El Salvador aus dem Bund wieder zurückzog.

In rascher Folge wechselten in dem nächsten Jahrzehnt Kriege und Revolutionen einander ab. Um die Wirren zu beenden, trafen sich die fünf Staaten zur Konferenz von Washington 1907. Sie schlossen insgesamt neun Verträge, deren wichtigste ein allgemeiner Friedens- und Freundschaftsvertrag und ein Abkommen über die Errichtung eines Zentralamerikanischen Gerichtshofes waren. Der Gerichtshof trat tatsächlich im Mai 1908 zu seiner konstituierenden Sitzung in Cartago¹⁹ zusammen. Im Unterschied zu der im Völkerrecht üblichen Schiedsgerichtsbarkeit hatte der Zentralamerikanische Gerichtshof als ständiger Gerichtshof eine wesentlich erweiterte Zuständigkeit. So konnten auch Private eine Regierung verklagen, wenn sie Verletzung internationaler Verträge rügten (Art. 2 der

Konvention)²⁰. In den zehn Jahren seines Bestehens entschied er zehn Fälle²¹. Die beiden letzten Entscheidungen betrafen den Bryan-Chamorro-Pakt und beruhten auf Klagen von El Salvador und Costa Rica gegen Nicaragua. Dieser Staat kümmerte sich nicht um die Entscheidungen und zog seinen Richter vom Gerichtshof zurück²².

Einen erneuten Ansporn der Unionsbestrebungen bot das 100jährige Jubiläum der Unabhängigkeit Zentralamerikas. Nicaragua beteiligte sich zwar an den Verhandlungen in San José (Costa Rica), unterzeichnete dann aber nicht den „Pacto de Unión“ vom 19. Januar 1921 wegen des Bryan-Chamorro-Paktes. Costa Rica ratifizierte den Vertrag nicht. Die übrigen Staaten bildeten dennoch die im Vertrag vorgesehene Verfassungsgebende Versammlung, die noch rechtzeitig zum Unabhängigkeitstag am 15. September 1921 eine Verfassung²³ ausarbeitete. Am 1. Oktober 1921 trat sie in Kraft. Doch schon im Dezember wurde Präsident Herrera von Guatemala gestürzt, und der neue Präsident Orellana erklärte im Januar 1922 die volle Souveränität Guatemalas²⁴.

Der Außenminister der USA lud die fünf Staaten zu einer neuen Konferenz nach Washington ein, an der er selbst teilnahm. Die zentralamerikanischen Länder schlossen am 7. Februar 1923 auf dieser Konferenz wiederum eine Fülle von Verträgen²⁵, darunter eine „Convención para el Establecimiento de un Tribunal Internacional Centroamericano“²⁶. Dieses Tribunal sollte ein ad-hoc-Schiedsgericht klassischer Prägung sein, wobei auch ein Richter aus den USA berufen werden sollte (Art. 3 der Konvention). Das Tribunal wurde nie tätig.

Nach dem zweiten Weltkrieg ergriff Präsident Arévalo von Guatemala die Initiative zur Union. Guatemala und El Salvador schlossen einen Vertrag²⁷ über die schrittweise Verwirklichung der politischen Union, u. a. sollte ein Gerichtshof errichtet werden mit ähnlich weiter Kompetenz, wie der Gerichtshof von 1907 sie hatte. Mit dem Militärputsch im Dezember 1948 scheiterte auch dieser Versuch.

1951 schlossen sich die fünf Staaten in der regionalen Organisation ODECA („Organización de Estados Centroamericanos“) zusammen, mit dem Ziel, die Bande untereinander zu festigen (Art. 1 der Carta)²⁸. Hauptorgan war die Außenministerversammlung. Als ständiges Sekretariat wurde eine „Oficina Centroamericana“ mit Sitz in San Salvador eingerichtet, an deren Spitze ein Generalsekretär stand. Die ODECA leistete jedoch wenig effektive Arbeit²⁹.

Um die ODECA wirksamer zu gestalten, verabschiedete man eine neue Carta³⁰. Die ODECA erhielt eine neue Struktur. So sieht Art. 2 neue Organe vor, u. a. eine „Corte de Justicia Centroamericana“. Der Gerichtshof kann nur über Fälle entscheiden, die die Länder einverständlich

vor ihn bringen. Bisher ist der Gerichtshof nicht in Funktion getreten. Ebenso ist es dem „Consejo Legislativo“ ergangen.

Die *politischen* Einigungsbestrebungen in Zentralamerika sind wie schon in der Vergangenheit so auch in jüngster Zeit nicht erfolgreich gewesen. Es lag daher nahe, den Weg der *wirtschaftlichen* Integration zu erproben.

A · WIRTSCHAFTLICHE INTEGRATIONSBESTREBUNGEN

1. Die Zeit von 1951 bis 1958

Die ersten Schritte in Richtung auf eine wirtschaftliche Integration wurden auf der 4. Sitzungsperiode der „Comisión Económica para América Latina“ (CEPAL) der UNO in Mexiko von Mai bis Juni 1951 unternommen. Die fünf zentralamerikanischen Regierungen legten der CEPAL ein gemeinsames Exposé vor, in dem sie ihr Interesse an einer Integration ihrer Wirtschaften und der Koordination von Entwicklungsplänen bekundeten. Gleichzeitig baten sie um Kooperation der CEPAL, um diese Ziele zu erreichen.

Daß die Staaten nach nunmehr über 100 Jahren vergeblicher *politischer* Einigungsbestrebungen den Versuch einer *wirtschaftlichen* Integration machten, sieht Castillo¹, der Generalsekretär der Sieca, wesentlich in dem Umstand mitbegründet, daß eine neue Generation, die sich mehr mit wirtschaftlichem Wachstum als mit diplomatischer Rhetorik über eine politische Union beschäftigte, in führende Staatspositionen vorgerückt war.

Die CEPAL begrüßte in der Resolution 9-IV² die Vorschläge und beauftragte ihren Exekutivsekretär mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur schrittweisen wirtschaftlichen Integration. Die fünf Regierungen lud sie ein, ein „Comité de Cooperación Económica del Istmo Centroamericano“ (CCE), bestehend aus den fünf Wirtschaftsministern, zu bilden, das als Konsultativorgan der CEPAL die Integrationsmaßnahmen koordinieren solle. Der CCE trat im August 1952 zu seiner ersten ordentlichen Sitzung zusammen.

Im Laufe der Jahre schuf er mehrere „Subcomités“, die sich mit den verschiedenen Aspekten der Integration beschäftigten (u. a. industrielle Entwicklung, einheitliche Zollnomenklatur, Elektrifizierung etc.).

Die Studien richteten sich in erster Linie auf zwei Ziele: Schaffung einer Freihandelszone und eines gemeinsamen Außenzolles.

In den Jahren 1951 bis 1957 schlossen die Staaten untereinander zunächst bilaterale Freihandelsverträge³ ab.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß Nicaragua als einziges zentralamerikanisches Land Mitglied des GATT ist. Durch Ent-

scheid vom 13. November 1956 wurde Nicaragua grundsätzlich erlaubt, einer Freihandelszone in Zentralamerika beizutreten⁴.

Es hatten Verträge: El Salvador mit den übrigen Staaten; Guatemala mit El Salvador, Honduras und Costa Rica; Honduras mit Guatemala und El Salvador; Costa Rica mit Guatemala und El Salvador; Nicaragua nur mit El Salvador.

Nach diesen Verträgen genossen nur solche Waren Freihandel, die in einer Annexliste aufgeführt waren. Der interregionale Handel wuchs von 8 Mill. US-Dollar auf 16,6 Mill. im Jahre 1957⁵.

In demselben Zeitraum entstanden auf Vorschlag des CCE zwei regionale Institute, die „Escuela Superior de Administración Pública, América Central“ (ESAPAC) mit Sitz in San José und der „Instituto Centroamericano de Investigación y Tecnología Industrial“ (ICAITI) in Guatemala.

Die ESAPAC – sie wurde 1967 in „Instituto Centroamericano de Administración Pública“ (ICAP) umbenannt – soll den Ausbildungsstand der Angehörigen der öffentlichen Verwaltung verbessern und insbesondere Experten ausbilden, die die Integrationsverträge anwenden sollen.

Der ICAITI erfüllt verschiedene technische Aufgaben, wie Beratung der Regierung und der Privatwirtschaft bei Industrieprojekten, technologische Forschungen für die Anwendung regionaler Rohstoffe und insbesondere Erstellung von Gutachten für die anderen Organe der Integration. Um den grenzüberschreitenden Verkehr zu erleichtern und zu beleben, schloß man 1956 ein Abkommen⁶. Danach dürfen Autos, die in einem der fünf Staaten zugelassen sind, zollfrei und ohne Sicherheitsleistung bis zu 30 Tagen innerhalb Zentralamerikas die Grenzen überschreiten.

2. Multilaterale Verträge 1958 bis 1960

Die erfolgreiche Praxis der bilateralen Freihandelsverträge führte 1958 zum Abschluß des ersten multilateralen Freihandelsvertrages⁷. Sein Ziel ist eine Zollunion. Als ersten Schritt in dieser Richtung sieht der Vertrag vor, innerhalb von zehn Jahren eine Freihandelszone schrittweise zu vervollständigen. Freihandel gilt zunächst für die Waren zentralamerikanischen Ursprungs, die in einer Zusatzliste des Vertrages aufgeführt sind. Diese Liste soll dann durch Protokolle im Laufe der Jahre erweitert werden.

Bei derselben Gelegenheit wurden noch zwei verkehrsrechtliche Abkommen⁸ und das Abkommen über die Integrationsindustrien⁹ unterzeichnet. Das letztere förderte Industrien, die zur Ausnutzung ihrer Minimumkapazität den regionalen zentralamerikanischen Markt benötigen. Das Abkommen trat jedoch erst später zusammen mit dem Generalvertrag (s. S. 12) in Kraft.

Um die im Multilateralen Freihandelsvertrag vorgesehene Zollunion schrittweise zu erreichen, schloß man 1959 das Abkommen über Außenzollangleichung¹⁰.

Die Angleichung erfolgt auf der Basis einer einheitlichen Zollnomenklatur¹¹. Dabei enthält eine Annexliste den Katalog der Waren, die sofort angeglichen werden, und eine andere die Waren, die graduell angeglichen werden innerhalb von fünf Jahren. Dieser Termin konnte nicht eingehalten werden.

3. Das beschleunigte Programm 1960

Mitte 1959 offerierte eine Delegation der USA finanzielle und technische Hilfe für den Fall, daß Zentralamerika eine Wirtschaftsgemeinschaft bildete, wobei El Salvador und Honduras den Anfang machen sollten. Dies gab den beiden Regierungen, denen sich Guatemala¹² anschloß, den Ansporn, ein beschleunigtes Integrationsprogramm zu beschließen¹³. Die Drei unterzeichneten am 6. Februar 1960 einen Assoziationsvertrag¹⁴.

Er führte zum Unterschied von allen bisherigen Freihandelsverträgen die Regel ein, daß alle Ursprungswaren der drei Länder Freihandel genießen sollen. Ausnahmen sind in einer Annexliste enthalten. Außerdem sollte spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages – er trat am 27. April 1960 in Kraft – eine Zollunion bestehen, wobei dann alle Waren, ganz gleich, ob Ursprungsware oder aus Drittländern importierte, liberalisiert sein sollten. Und schließlich garantierte der Vertrag – und damit ging er noch über den späteren Generalvertrag hinaus – den freien Personen- und Kapitalverkehr.

Dadurch war der gemeinsame Integrationsprozeß aller fünf Staaten unterbrochen; drei Länder beschritten einen schnelleren Weg, während die restlichen beiden diesen Rhythmus nicht mithielten.

Diese neue Lage behandelte der CCE im April 1960 auf seiner zweiten außerordentlichen Sitzung in San José. In seiner Resolution Nr. 101¹⁵ bat er die CEPAL um die Erarbeitung eines Vertragsentwurfs mit folgenden Grundzügen: sofortiger Freihandel aller Ursprungswaren, Anwendung des Regimes der Integrationsindustrien, einheitliche Industrieförderungsmaßnahmen, Schaffung eines zentralamerikanischen Finanzierungsinstituts für Entwicklung. Costa Rica hielt sich wiederum abseits.

Die CEPAL arbeitete ein entsprechendes Projekt aus, und auf seiner Grundlage unterzeichneten die vier Staaten am 13. Dezember 1960 den Generalvertrag¹⁶, der Costa Rica den Beitritt freistellte.

Für Guatemala, El Salvador und Nicaragua trat er am 4. Juni 1961, für Honduras im April 1962 und für Costa Rica, das im Juli 1962 seinen

Beitritt erklärte, im September 1963 in Kraft. Der Vertrag hat zum Ziel, binnen fünf Jahren einen Gemeinsamen Markt zu vollenden und eine Zollunion zu schaffen, Art. I. Wie im „Tratado Tripartito“ gilt jetzt der Grundsatz generellen Freihandels von Ursprungswaren mit einer Ausnahmeliste im Annex „A“.

Im Generalvertrag sind drei Organe vorgesehen:

Wirtschaftsrat („Consejo Económico Centroamericano“¹⁷),

Exekutivrat („Consejo Ejecutivo“)¹⁸

und das Ständige Sekretariat („Secretaría Permanente del Tratado General de Integración Económica Centroamericana“)¹⁹ mit Sitz in Guatemala.

Die Sieca nahm im Oktober 1961 ihre Tätigkeit auf, und die beiden Räte traten im Juli 1962 zu ihren ersten Sitzungen zusammen.

Der Generalvertrag war ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur wirtschaftlichen Integration. In der Folgezeit machte man große Fortschritte auf vielen Sektoren. Sie betreffen im einzelnen folgende Gebiete:

4. Zollverwaltung

Die Verwirklichung eines gemeinsamen Außenzolls und einer Freihandelszone erfordert ein weitgehend einheitliches Zollverfahren. Art. XXIX TG bestimmt die Verpflichtung zum Abschluß eines einheitlichen Zollkodex. Am 13. Dezember 1963 unterzeichneten die fünf Staaten ein Protokoll, in dem sie den Kodex vereinbarten²⁰. Zur Reglementierung des CAUCA erließ der CEC durch Resolution Nr. 20²¹ den RECAUCA²². Da Honduras den CAUCA²³ noch nicht ratifiziert hat, ist der RECAUCA nach Art. 182 CAUCA noch nicht wirksam.

5. Industrieförderung und Planung

a) Integrationsindustrie

Das Abkommen über die Integrationsindustrie ist durch den Generalvertrag (Art. XVII) ausdrücklich übernommen worden. Auf Grund dieses Abkommens unterzeichnete man am 29. Januar 1963 ein Protokoll zum Abkommen²⁴. Es erklärt zwei Fabriken zur Integrationsindustrie: eine Fabrik zur Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln in Nicaragua und die bereits produzierende Kfz-Reifenfabrik „GINSÁ“ in Guatemala.

Eine dritte Fabrik zur Herstellung von Flachglas kann sich in Honduras als Integrationsindustrie etablieren. Diese Möglichkeit eröffnet das Protokoll vom 5. November 1965²⁵, das seit Januar 1968 in Kraft ist. Bisher ist die Fabrik aber noch nicht errichtet.

b) Spezielles Förderungssystem

In Kap. IV des 1. Protokolls zum Abkommen über Integrationsindustrie ist ein spezielles System²⁶ zur Industrieförderung geschaffen worden. Es soll neue Industrien von besonderem Interesse für Zentralamerika anziehen. Die förderungswürdigen Produktionszweige sind im Protokoll aufgezählt. Die Industrien müssen eine Mindestkapazität von 50% des zentralamerikanischen Marktes haben. Die Förderung besteht in einem über dem gemeinsamen Außenzoll liegenden Protektionszoll auf gleiche Waren aus Drittländern.

Die Liste der Produktionszweige, die unter das System fallen, wurde durch das 2. Protokoll zum Abkommen über Integrationsindustrie²⁷ (Kap. II) und durch das Protokoll vom 16. November 1967²⁸ (Kap. IV) erweitert.

c) Steuervergünstigungen zur industriellen Entwicklung

Die in den fünf Staaten bestehenden Industrieförderungsgesetze mit ihren unterschiedlichen Steuervergünstigungen bringen u. a. eine ungleiche Wettbewerbssituation der Freihandelswaren mit sich. Deshalb verpflichtet Art. XIX TG die Staaten zum Abschluß eines Abkommens, das die Materie einheitlich regelt.

In Erfüllung dieser Verpflichtung unterzeichneten sie am 31. Juli 1962 ein entsprechendes Abkommen²⁹. Das Inkrafttreten verzögerte sich bis 1969, weil Honduras es erst im März 1969 ratifizierte.

Es kann aber noch nicht angewandt werden, da das nach Art. 47 erforderliche „Reglamento“ noch aussteht.

Der CE erzielte bei der Ausarbeitung eines Entwurfs³⁰ Übereinstimmung in vielen Artikeln. Die noch ausstehenden Artikel sollten auf der nächsten Sitzung des CE im Juli 1969 verabschiedet werden. Der Krieg zwischen Honduras und El Salvador vom Juli 1969 unterbrach die Tätigkeit des CE, die bis heute noch nicht wieder aufgenommen worden ist.

Die einheitlichen Steuervergünstigungen modifiziert das Protokoll vom 23. September 1966³¹. Danach kann Honduras wegen seiner relativ geringeren Entwicklung größere Vergünstigungen gewähren, als sie im Abkommen vorgesehen sind.

d) Sondersystem für Trockenmilch

Kap. II des Protokolls vom 31. Juli 1962³² enthält für Trockenmilch Sonderbestimmungen, die darauf abzielen, ihre Produktion in der Region zu fördern. Das soll durch zwei Maßnahmen erreicht werden: 1. durch einen relativ hohen Außenzoll auf Importe aus Drittländern (Art. V i.V. mit Liste „B“ des Protokolls) und 2. durch Einführung eines Quotensystems für Importe aus Drittländern (Art. V). Die Quoten dienen dazu, der

einheimischen Produktion den regionalen Markt zu sichern. Der CE setzt die Importquoten für die einzelnen Länder fest, und die Regierungen sind an sie gebunden; es bleibt ihnen jedoch freigestellt, ob sie überhaupt Trockenmilch und wieviel innerhalb der Quote importieren (Art. V, Abs. 3).

Obwohl das Protokoll für vier Länder bereits seit April 1964 (für Nicaragua seit März 1965) in Kraft war, gelang es dem CE erst im September 1968 durch seine Resolution Nr. 108³³, erstmalig Quoten festzusetzen. Sie galten für das Jahr 1969.

e) Planung in der Textilindustrie

Die Textilindustrie ist eine der wenigen traditionellen Industrien in Zentralamerika und eine wichtige Quelle der Importsubstitution³⁴. Um ein geordnetes Wachstum dieser Industrie zu garantieren, legte man im 2. Protokoll von Managua (Kap. III) Richtlinien für ihre Entwicklung fest. Art. IV enthält die projizierte Maximalkapazität bis 1970 an Spindeln und Webstühlen zur Herstellung von Garnen und Stoffen aus Baumwolle. Die Staaten verpflichteten sich, Projekte, die die Maximalkapazität überschreiten wollen, weder steuerlich noch in sonstiger Weise zu unterstützen, Art. V.

In Art. XX ist die Errichtung einer zentralamerikanischen Textilschule in Nicaragua vorgesehen zur Ausbildung von Führungspersonal und Arbeitskräften. Im März 1969 trat das Protokoll für alle Länder mit Ausnahme von Honduras in Kraft.

6. Finanz- und Währungswesen

a) Integrationsbank

Art. XVII TG sieht die Errichtung einer Integrationsbank vor. Noch zusammen mit dem Generalvertrag unterzeichnete man ein Gründungsabkommen³⁵. Die Bank mit Sitz in Tegucigalpa soll durch Finanzierung bestimmter Projekte, wie zum Beispiel Straßenbau, Integrationsindustrie etc., eine gleichmäßige Entwicklung der fünf Staaten fördern³⁶.

b) Kompensationskammer

Die fünf zentralamerikanischen Zentralbanken richteten durch ihr Abkommen vom 28. Juli 1961³⁷ eine Kompensationskammer ein. Sie hat zur Aufgabe, den Gebrauch zentralamerikanischer Währungen bei Transaktionen innerhalb der Region zu fördern³⁸. Das gleiche Kompensationssystem wird inzwischen auf Grund des Abkommens³⁹ der Zentralbanken mit der Bank von Mexiko bei Transaktionen mit Mexiko angewandt.

c) Währungsunion

Im Hinblick auf Art. X TG, der die Zentralbanken zur engen Zusammenarbeit verpflichtet mit dem Ziel, stabile Wechselkurse und freie Konvertibilität der Währungen zu wahren, schlossen die Zentralbanken am 25. Februar 1964 ein Abkommen zur Gründung einer Währungsunion⁴⁰. Das Abkommen zielt darauf ab, die Währungs-, Wechsel- und Kreditpolitik der fünf Staaten zu koordinieren und schrittweise die Grundlagen zu einer Währungsunion⁴¹ zu legen. Die Anwendung des Abkommens obliegt einem Währungsrat („Consejo Monetario Centroamericano“).

7. Landwirtschaftlicher Sektor

Nach Art. III TG genießen die landwirtschaftlichen Produkte grundsätzlich Freihandel⁴². Ausnahmen ergeben sich aus dem Annex „A“ des Vertrags. Danach sind die Hauptexportgüter, wie Baumwolle, Kaffee und Zucker, auf unbestimmte Zeit vom Freihandel ausgeschlossen. Für eine Reihe anderer Produkte gelten Übergangsregelungen, wie Importquoten etc., für eine gewisse Zeit, nach deren Ablauf Freihandel eintritt. Für die Grundnahrungsmittel der breiten Bevölkerungsschichten Zentralamerikas, Mais, Bohnen, Reis und Hirse, sieht der Annex „A“ eine Sonderregelung vor, die in einem Protokoll getroffen werden muß.

Dieses Protokoll unterzeichnete man am 28. Oktober 1965⁴³. Es sieht die Regulierung von Import und Export von und nach Drittländern und andere Maßnahmen zur Versorgung des Marktes vor, wie zum Beispiel Einrichtung eines regionalen Silonetzes⁴⁴. Die Durchführung dieser Maßnahmen obliegt einer neugeschaffenen Kommission („Comisión Coordinadora de Mercadeo y Estabilización para Centroamérica“).

8. Luftfahrt und Fernspreerverbindung

Am 26. Februar 1960 unterzeichnete man ein Abkommen über Lufttransport⁴⁵. Die darin geschaffene Korporation (COCESNA) mit Sitz in Tegucigalpa sorgt für die Flugsicherheit des zivilen Luftverkehrs in Zentralamerika und arbeitet an der Vereinheitlichung der nationalen Normen über Luftfahrt.

Die vier Staaten ohne Costa Rica schlossen am 26. April 1966 den Vertrag über Fernspreerverbindung⁴⁶, dem sich Costa Rica im Januar 1967 anschloß. Darin vereinbaren die Staaten den Aufbau eines modernen Fernsprech- und Telegrafennetzes, das die fünf Hauptstädte miteinander verbinden soll. Die Integrationsbank hat zu diesem Zweck Darlehen gewährt, und man hoffte, das Netz bis 1971 fertigzustellen⁴⁷.

Ende 1971 war das Netz jedoch noch nicht vollständig. Wahrscheinlich werden bis zur Inbetriebnahme noch ein bis zwei Jahre vergehen.

9. Notmaßnahmen zur Verteidigung der Zahlungsbilanz

Im Jahre 1967 stiegen in Zentralamerika die Importe von Gütern und Dienstleistungen aus Drittländern um 10,2% gegenüber dem Vorjahr, während die Exporte nach jenen Ländern nur um 1,1% zunahmen⁴⁸. Die laufende Rechnung der Zahlungsbilanz erreichte dadurch ein Defizit von 284 Mill.⁴⁹ \$ CA⁵⁰. Auf der anderen Seite stiegen die laufenden Einnahmen der Staaten aus Zöllen etc. nur um 0,7%, die laufenden Ausgaben dagegen um 13,5%⁵¹. Die Sieca⁵² schätzte in Projektion auf die kommenden Jahre ein noch größer werdendes Defizit.

Angesichts dieser Tatsachen berieten der CEC, der Währungsrat und die Finanzminister der fünf Staaten auf einer gemeinsamen Konferenz Ende Mai 1968 in San José über Maßnahmen zur Verteidigung der Zahlungsbilanz.

Als Ergebnis der Konferenz unterzeichneten sie am 1. Juni 1968 ein Protokoll zum TG⁵³. Es sieht zwei Maßnahmen vor: eine zwingende und eine fakultative.

Zwingend eingeführt wird ein sogenannter Stabilisierungszoll⁵⁴, auf alle Einfuhren aus Drittländern, Art. 2. Er besteht aus einer 30prozentigen Erhöhung der Zölle, die bei der Einfuhr von Waren zu zahlen sind. Er fällt auch auf die Güter, die nach den nationalen Industrieförderungsgesetzen oder dem Abkommen über Steuervergünstigungen von Zöllen befreit sind, Art. 7. Vom Stabilisierungszoll ausgenommen sind die in der Annexliste 1 zum Protokoll aufgeführten essentiellen Waren.

Fakultativ können die Staaten eine Konsumsteuer einführen, Art. 13, und zwar in Höhe bis zu 20% des Wertes der Ware für die Güter, die in der Annexliste 2, und bis zu 10% für die Güter, die in der Annexliste 3 aufgeführt sind, unabhängig davon, ob in dem Staat die Ware hergestellt wird. Das hat insofern Bedeutung, als nach Art. VI, b TG kein Staat Konsumsteuern auf Waren erheben darf, die nicht im eigenen Lande, wohl aber in einem der übrigen Länder des MCCA hergestellt werden.

Das Protokoll hat eine Geltungsdauer von fünf Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an. Für Guatemala, El Salvador und Nicaragua ist es seit November 1968 in Kraft, für Honduras seit März 1969 und für Costa Rica seit August 1970.

10. Kriegerischer Konflikt vom Juli 1969

Einen schweren Rückschlag erlitt der MCCA durch den Vier-Tage-Krieg zwischen El Salvador und Honduras im Juli 1969. Anlaß des Krieges waren die beiderseitigen Ausschreitungen während der zwei Ausscheidungsspiele am 8. und 15. Juni 1969 der beiden Fußballnationalmannschaften zur Weltmeisterschaft. Am 16. Juni 1969 begann Honduras, Salvadoreaner auszuweisen. Schließlich bombardierte die Luftwaffe El Salvadors Tegucigalpa, im Gegenzug griff die Luftwaffe von Honduras die Ölraffinerien im Hafen von Acajutla an⁵⁵. Die OEA konnte dann einen Waffenstillstand arrangieren.

Die Ursachen des Krieges liegen tiefer. El Salvador, mit etwa 3 Mill. Einwohnern und ca. 21 000 km², hat mit 150 Einwohnern pro km² ⁵⁶ nach Haiti die größte Bevölkerungsdichte ganz Lateinamerikas⁵⁷. Die sogenannten vierzehn Familien sind direkt oder indirekt Eigentümer des gesamten Landes⁵⁸. Viele landlose Bauern sind daher nach Honduras ausgewandert – meist illegal –, da dieses Land mit ca. 2,5 Mill. Einwohnern auf ca. 112 000 km² nur eine geringe Bevölkerungsdichte aufweist (22 E/km²)⁵⁹.

Man schätzt die Zahl der Salvadoreaner in Honduras auf ca. 300 000⁶⁰. In dieser illegalen Einwanderung verbirgt sich Konfliktstoff. In Gesprächen mit politisch informierten Guatemalteken wurde dem Verfasser wiederholt zu verstehen gegeben, daß der Fleiß der in Honduras ansässigen Salvadoreaner den Neid der Hondurener erweckt, da jene sich einen relativ hohen Lebensstandard erarbeiten konnten. Die hondurenische Regierung ihrerseits nützt diese Emotionen aus, um die Schuld an der wirtschaftlichen Misere großer Bevölkerungskreise auf die Salvadoreaner zu wälzen und außerdem von eigenen innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken.

Der Krieg hatte für den MCCA zur Folge, daß zwischen den beiden am Konflikt beteiligten Staaten die Integrationsverträge *de facto* außer Kraft gesetzt sind. Seit Juli 1969 besteht zwischen ihnen weder Personen- noch Güterverkehr.

Die Normalisierung der Beziehungen der beiden Länder kam nur langsam in Gang. Erstmals nach dem Kriege trafen die fünf Außenminister am 4. Dezember 1969 in Managua zusammen und beschlossen, eine bilaterale Arbeitsgruppe aus Vertretern von El Salvador und Honduras unter Leitung eines von beiden Seiten akzeptierten Vermittlers zu bilden, die Vorschläge zur schrittweisen Normalisierung der Beziehungen ausarbeiten sollte⁶¹.

Außerdem einigten sie sich auf eine Konferenz der Wirtschaftsminister, die, mit den entsprechenden Instruktionen der Regierungen versehen, die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Organe des MCCA (CEC und CE) beschließen sowie einen „modus operandi“ für das Funktionieren des MCCA

in der jetzigen Situation finden sollten⁶². Die fünf Wirtschaftsminister trafen sich am 9. Januar 1970 in Managua zu einem ersten Meinungsaustausch⁶³. In der Konferenz vom 21. bis 25. Juli 1970 in Managua kamen sie überein, in Permanenz zu tagen, bis ein „modus operandi“ gefunden sei. Sie riefen eine Arbeitsgruppe ins Leben, die Entwürfe und Vorschläge unterbreiten sollte⁶⁴. Die Wirtschaftsminister gelangten schließlich zu einer grundsätzlichen Einigung über den „modus operandi“, den sie auf einer Konferenz am 8. Dezember 1970 in San José, Costa Rica, im einzelnen in einem Abkommen festlegen wollten. Zur Überraschung aller übrigen Beteiligten verweigerte der Vertreter El Salvadors auf dieser Konferenz jedoch die Unterschrift⁶⁵. Honduras hob daraufhin durch „Decreto Legislativo 97“ vom 31. Dezember 1970⁶⁶ viele Zollsätze des Gemeinsamen Zentralamerikanischen Außenzolls auf und belegte auch Freihandelswaren aus Zentralamerika mit Importzöllen. Die übrigen Länder schlossen darauf ihre Grenzen für hondurenische Waren. Wenn auch Honduras seine Mitgliedschaft im MCCA nicht aufgekündigt hat, so hat es sich doch de facto außerhalb der Gemeinschaft gestellt. Allerdings sind alle Seiten weiterhin bemüht, den MCCA wieder funktionsfähig zu machen.

B · ZIELE DES GENERALVERTRAGES

In Artikel I TG verpflichten sich die fünf Staaten zur Bildung eines Gemeinsamen Marktes („Mercado Común“) und einer Zollunion („Unión Aduanera“). Um dieses Ziel zu erreichen, wollen sie gemäß Art. II TG eine Freihandelszone sowie einen gemeinsamen Außenzoll schaffen.

Die Begriffe „Gemeinsamer Markt“ und „Zollunion“ werden im TG einerseits und in der lateinamerikanischen Literatur andererseits inhaltsverschieden gebraucht.

Balassa¹ geht von fünf Formen wirtschaftlicher Integration² aus:

1. *Freihandelszone*: in ihr sind die Zölle und andere Handelsbeschränkungen der Mitglieder untereinander für Waren, die aus ihnen stammen (Ursprungswaren), beseitigt; jedes Land behält jedoch seine eigenen Zölle gegenüber Drittländern.
2. *Zollunion*: sie schließt die Freihandelszone ein, erweitert den Freihandel auf alle, also auch auf die in ein Teilnehmerland von außen importierten Waren bei gleichzeitigem gemeinsamem Außenzoll gegenüber Drittländern.
3. *Gemeinsamer Markt*: in ihm gibt es neben der Zollunion noch Freizügigkeit von Arbeitskräften, Dienstleistungen und Kapital.
4. *Wirtschaftsunion*: sie weist neben den Merkmalen des Gemeinsamen Marktes eine gewisse Harmonisierung der Wirtschafts-, Währungs-, Finanz- und Sozialpolitik auf.
5. *Vollständige wirtschaftliche Integration*: hier besteht eine einheitliche Wirtschaftspolitik etc.; außerdem entscheidet eine supranationale Gewalt.

Wie Balassa unterscheidet auch Quiñones Amézquita³. Villagrán-Kramer⁴ kennt ebenfalls fünf Integrationsformen. Den Begriff *Freihandelszone* gebraucht er in demselben Sinne wie die vorgenannten Autoren. Die *Zollunion* erfordert neben Freihandel und gemeinsamem Außenzoll eine gemeinsame Zollverwaltung, die zum Beispiel die Zolleinkünfte aus Drittländerimporten unter die Länder verteilt. Der *Gemeinsame Markt* umfaßt einerseits die Zollunion ganz oder teilweise; für letzteres reicht das Bestehen eines gemeinsamen Außenzolls, einer gemeinsamen Zollverwaltung und des Freihandels der Ursprungswaren aus; und andererseits Freizügigkeit von Arbeitskräften, Dienstleistungen und Kapital sowie Koordination der Wirt-

schaftspolitik etc. Die *Währungsunion* schließt einen Gemeinsamen Markt mit einer einheitlichen Währung ein. Die höchste Form ist die *Wirtschaftsunion* (auch Wirtschaftsgemeinschaft genannt); sie impliziert neben den oben aufgeführten Formen eine gegenüber Drittländern als Einheit auftretende Gemeinschaft.

Pinto⁵ definiert *Freihandelszone* und *Zollunion* wie Balassa. Als nächst höhere Integrationsstufe erscheint in seiner Formenhierarchie die *Wirtschaftsgemeinschaft* (auch Wirtschaftsunion genannt). Sie schließt eine Zollunion ein und hat darüber hinaus drei weitere Merkmale:

1. freier Verkehr nicht nur von Waren, sondern auch von Personen, Dienstleistungen und Kapital;
2. Auftreten der Gemeinschaft als Einheit gegenüber Drittländern;
3. supranationale Institutionen. *Gemeinsamer Markt* ist nach ihm weniger ein juristischer Terminus als vielmehr ein ökonomisches Konzept. Um dieses Konzept anwenden zu können, muß wenigstens eine Zollunion bestehen, zu der noch einige Charakterzüge der Wirtschaftsgemeinschaft hinzukommen. Die höchste Integrationsform stellt die *politische Integration* dar, in der wirtschaftliche und politische Einheit kulminieren.

So verschieden die einzelnen Integrationsformen in der Literatur⁶ auch konzipiert sind, so besteht doch Einigkeit darüber, daß eine Zollunion immer nur eine Vorstufe zu einem Gemeinsamen Markt ist. Der mehr oder weniger weit gefaßte Gemeinsame Markt schließt jedenfalls immer eine Zollunion ein.

Demgegenüber geht der TG von einer anderen Konzeption aus. Art. I, Satz 1 TG spricht von der Schaffung eines Gemeinsamen Marktes. In Satz 2 heißt es dann: „... darüber hinaus eine Zollunion zu errichten . . .“. Aus diesem Wortlaut ergibt sich, daß der Gemeinsame Markt nicht die Zollunion einschließt. Der TG enthält keine Legaldefinition des Begriffs „Gemeinsamer Markt“. Nähere Angaben über die in Art. I niedergelegten Ziele gibt Art. II. Er lautet im Wortlaut: „Zur Erreichung der im vorgehenden Artikel aufgezählten Ziele verpflichten sich die Vertragspartner, eine zentralamerikanische Freihandelszone binnen fünf Jahren voll wirksam werden zu lassen und einen einheitlichen zentralamerikanischen Zolllarif nach Maßgabe des Zentralamerikanischen Abkommens zur Angleichung der Einfuhrzölle einzuführen.“

Der Gebrauch des Plurals „Ziele“ in Zusammenhang mit Art. I bezieht sich demnach auf den Gemeinsamen Markt und die Zollunion. Da Art. II zwei Maßnahmen vorsieht, nämlich eine Freihandelszone und einen gemeinsamen Außenzoll, müßte konsequenterweise Freihandelszone = Gemeinsamer Markt bedeuten und gemeinsamer Außenzoll = Zollunion. Das aber hieße, für einen Begriff je zwei Termini zu verwenden. Es hätte nahe-

gegeben, dann in beiden Artikeln nur die Termini Freihandelszone und gemeinsamer Außenzoll zu verwenden. Die unscharf redigierten Artikel haben in der Integrationspraxis jedoch eine eindeutige Interpretation von seiten der Sieca⁷ erfahren.

Sie geht vom selben Begriff der *Freihandelszone*⁸ wie die oben angeführte Literatur aus. Unter *Gemeinsamem Markt*⁹ im Sinne des TG versteht sie eine Freihandelszone, zu der dann noch ein gemeinsamer Außenzoll tritt. Die aus Drittländern importierten Waren genießen also im Gemeinsamen Markt keinen Freihandel. Wird der Freihandel auch auf diese Waren ausgedehnt und sorgt eine gemeinsame Zollverwaltung für eine ausgeglichene Verteilung der Importzölle auf die Mitgliedsländer, so besteht eine Zollunion¹⁰. Als höchste Stufe sieht die Sieca die Wirtschaftsunion¹¹ an, in der neben der Zollunion freier Verkehr von Personen, Gütern und Kapital garantiert wird und die Mitglieder eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben. Der Ausdruck Wirtschaftsunion wird in Art. XXI TG gebraucht, der die Zuständigkeiten des CE regelt. Darin heißt es u. a.: „... alle Verhandlungen und Arbeiten zu erledigen, die die Wirtschaftsunion von Zentralamerika praktisch wirksam werden lassen...“

Das Konzept des Gemeinsamen Marktes im TG unterscheidet sich wesentlich von dem der EWG. Der Begriff „Gemeinsamer Markt“ erscheint zunächst in Art. 2 EWG-Vertrag. Danach ist es Aufgabe der Gemeinschaft, durch Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft etc. ... zu erreichen. Die Tätigkeit der Gemeinschaft im Sinne des Art. 2 umfaßt gemäß Art. 3 u. a. die Abschaffung der Zölle bei Ein- und Ausfuhr von Waren innerhalb der Gemeinschaft sowie mengenmäßiger Beschränkungen, die Schaffung eines gemeinsamen Zolltarifs und die Beseitigung der Hindernisse für den freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Art. 9 erklärt zur Grundlage der Gemeinschaft eine Zollunion, die sich auf den gesamten Warenaustausch erstreckt. Sie umfaßt das Verbot, zwischen den Mitgliedstaaten Ein- und Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung zu erheben, und die Einführung eines gemeinsamen Zolltarifs gegenüber Drittländern.

Während im TG die Zollunion ein Mehr gegenüber dem Gemeinsamen Markt ist, verhält es sich im EWG-Vertrag umgekehrt. Art. 8 EWG-Vertrag bestimmt die schrittweise Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes in drei Stufen. Auf diesen grundsätzlichen Zielablauf nehmen außer den Bestimmungen über den freien Warenverkehr (Art. 13–15, 33–34, 37) auch die über freien Personenverkehr (Arbeitnehmerfreizügigkeit Art. 48 Abs. 1 und Niederlassungsfreiheit Art. 52, 54, 57), über die Dienstleistungs-

freiheit (Art. 59, 63), den freien Kapitalverkehr (Art. 67, 69) sowie den freien Zahlungsverkehr (Art. 106) Bezug¹².

Der Gemeinsame Markt im Sinne des EWG-Vertrags geht daher über eine Zollunion hinaus. Er umfaßt neben der Zollunion den freien Verkehr nicht nur der Waren, sondern auch der Arbeitskräfte, der Dienstleistungen, des Kapitals, der Zahlungen sowie die Niederlassungsfreiheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen im Gebiet der Gemeinschaft¹³.

Die ganz herrschende Meinung im Schrifttum teilt diese Ansicht über den Begriff „Gemeinsamer Markt“ in der EWG¹⁴. Carstens¹⁵ dagegen faßt ihn wesentlich enger. Nach ihm bedeutet er die Befreiung des Warenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten von allen Hemmnissen und die Schaffung einheitlicher Regeln für den Warenverkehr zwischen der Gemeinschaft und Dritten Staaten.

Das EFTA-Übereinkommen enthält den Begriff „Gemeinsamer Markt“ nicht; es schafft lediglich eine Freihandelszone. Im Mittelpunkt der Tätigkeit der EFTA steht die Schaffung des freien Verkehrs von Waren, die Zonenursprung haben, ohne Einfuhr- und Ausfuhrzölle und ähnlicher Abgaben innerhalb des Gebietes der Assoziation, Art. 3, 4 EFTA-Übereinkommen. Gegenüber Drittländern behält jeder Mitgliedstaat den eigenen Zolltarif.

I · FREIHANDEL

Der Freihandel zwischen den fünf Staaten ist in Kap. II des TG geregelt. Nach Art. III, Abs. 1 TG gewähren die Staaten einander Freihandel für alle Produkte, die aus ihren Ländern stammen („productos originarios“), mit den einzigen Einschränkungen, die sich aus dem Annex „A“ des TG ergeben. Unter Produkten sind nach Artikel III, Abs. 2 TG sowohl Naturprodukte („productos naturales“) als auch dort hergestellte Produkte („productos manufacturados“) zu verstehen. Sie sind von allen Ein- und Ausfuhrabgaben (Abs. 2) und von jeder Art von Restriktion (Abs. 4) befreit.

1. *Ursprung (Origen)*

Was im einzelnen unter den Begriff Ursprungswaren („productos originarios“) fällt, ist bei *Naturprodukten* in der Regel problemlos. Schwierigkeiten ergeben sich aber bei der Bestimmung des Ursprungs von *hergestellten* Produkten. Bei Zweifeln über den Ursprung einer Ware sieht Art. V, Abs. 2 vor, daß die beteiligten Staaten zunächst bilateral eine Lösung des Problems suchen sollen. Kommt keine Einigung zustande, kann jeder Beteiligte den

CE zur Entscheidung anrufen. Art. V, Abs. 2 gibt dann eine Negativdefinition des Ursprungs. Danach kann der CE die Produkte nicht als Ursprungswaren ansehen, die aus einem Drittland stammen oder dort hergestellt sind und in dem Exportland nur einfach zusammengestellt („armados“), verpackt („empacados“), abgefüllt („envasados“), geschnitten („cortados“) oder verdünnt („diluidos“) sind.

Der Wortlaut des Art. V, Abs. 2 TG läßt an eine erschöpfende Aufzählung der Tatbestände denken, die eine Qualifizierung von Produkten als Ursprungswaren ausschließen. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß ähnliche Tatbestände, wie zum Beispiel das einfache Vermischen oder Anstreichen, nicht aufgeführt sind. In der Praxis des MCCA hat man auch schon sehr früh andere Kriterien zur Ursprungsbestimmung herangezogen.

a) Praxis des CE

Der CE beschäftigte sich in seiner vierten Sitzung im Mai 1963 mit der Frage der Ursprungsbestimmung. Dabei kam er zu dem Ergebnis, es sei notwendig, zunächst einmal mehr Erfahrungen auf diesem Gebiet zu sammeln, bevor man allgemeine Regeln über Ursprungsbestimmung aufstellen könne. Während dieser Zeit müsse jeder Fall einzeln beurteilt und seiner Eigenart gemäß unterschieden werden. Die Wirkung der getroffenen Resolutionen müsse auf die einzelnen Fälle beschränkt bleiben und dürfe nicht verallgemeinert werden. Allerdings sei zu überlegen, ob nicht in bestimmten Industriezweigen, für deren Entwicklung ein besonderes Interesse bestehe, wie zum Beispiel die Textilindustrie, die Regel eingeführt werden sollte, daß nur solche Produkte als Ursprungswaren anzusehen seien, deren Herstellung bei einer bestimmten Stufe innerhalb des Produktionsprozesses begonnen werde¹⁶. Die Sieca¹⁷ schlug außerdem als Kriterium vor, die Qualifizierung als Ursprungsware außer in den in Art. V, Abs. 2 TG genannten Fällen dann abzulehnen, wenn das aus Drittländern importierte Material und das in Zentralamerika daraus hergestellte Produkt in demselben Unterposten („subpartida“) oder Absatz („inciso“) der NAUCA klassifiziert sei. Der CE griff den Vorschlag nicht auf.

1. Der erste Fall von Zweifeln bei der Ursprungsbestimmung, den der CE zu entscheiden hatte, betraf die Herstellung von Decken in einer Textilfabrik in Nicaragua. El Salvador und Guatemala hoben für diese Decken den Freihandel auf, und Guatemala hielt eine größere Menge dieser Ware im Hauptzollamt in Guatemala-Stadt zurück. Beide Länder führten als Begründung an, die zollfrei aus den USA importierten Stoffe würden lediglich in Nicaragua zu Decken geschnitten, zudem sei die Freieinfuhr eine unlautere Handelspraktik, da diese Stoffe in Zentralamerika hergestellt würden. Der vom CE beauftragte ICAITI untersuchte den Produktions-

prozeß und kam zu dem Ergebnis, die Stoffe würden nicht nur geschnitten, sondern auch anderweitig bearbeitet¹⁸. Der CE entschied durch Resolution 17¹⁹, die Decken genössen keinen Freihandel. Zur Begründung führte er an, die Decken seien aus zollfrei importierten Stoffen hergestellt; solche Stoffe würden jedoch in Zentralamerika in ausreichendem Maße hergestellt. In diesem Falle verbiete Art. IX, Abs. 1 TG die zollfreie Einfuhr. Außerdem stellte der CE in der Resolution 17 unter Ziffer 1 den Grundsatz auf, daß Decken, die mit zollfrei importierten Stoffen hergestellt seien, unter den Voraussetzungen des Art. IX TG nicht unter Freihandel fielen. Unter Ziffer 3 heißt es dann noch: „Diese Resolution berührt nicht die im Hauptzollamt von Guatemala lagernden Decken der Firma . . .“

Art. IX, Abs. 1 TG besagt, daß die Regierungen der Vertragsstaaten für Artikel, die aus Drittländern eingeführt werden, keine Zollbefreiungen oder -ermäßigungen gewähren, wenn die betreffenden Waren in den Vertragsstaaten hinreichend hergestellt werden. Der Art. sieht aber keine konkreten Sanktionen für den Fall der Verletzung der Norm vor, sondern bestimmt in Abs. 2 allgemein, daß der CE auf Antrag eines betroffenen Staates das Problem prüft und eine Entscheidung fällt.

Da nach Art. III, Abs. 1 TG alle Ursprungswaren Freihandel genießen, bedeutet die Entscheidung des CE im vorliegenden Fall, gestützt auf Art. IX, Abs. 1 TG, eine Einengung des Begriffs „Ursprungsware“ gegenüber der Definition in Art. V, Abs. 2 TG, soweit es die Herstellung von Decken betrifft; denn die Resolution 17 schließt nicht generell alle Waren unter den Voraussetzungen des Art. IX TG vom Freihandel aus.

Die rechtssystematische Qualität der Entscheidung in Ziffer 3 der Resolution 17 erscheint unklar. Der CE nimmt darin die Decken im Hauptzollamt von Guatemala von der Resolution 17 aus. Das bedeutet konkludent, daß diese Waren Freihandel genießen, obwohl auch sie unter der Voraussetzung des Art. IX hergestellt wurden. Die Tatsache, daß sie die Grenze einmal überschritten haben, müßte sie demnach von Nicht-Ursprungsware in Ursprungsware umqualifizieren.

Die Regierung Nicaraguas hob später die Zollbefreiung für die Stoffe auf, und der CE hob daraufhin durch Resolution 25²⁰ die Resolution 17 auf, mit der Folge, daß die Decken, die nun mit verzollten Importstoffen hergestellt wurden, Freihandel erhielten.

2. Nicaragua brachte den zweiten Fall vor den CE. Es bezweifelte den Ursprung einer Würze („salsa inglesa“), die in El Salvador hergestellt wurde. Der ICAITI untersuchte den Produktionsprozeß und stellte fest, daß die Herstellerfirma konzentrierte Würze aus England importierte und ihr destilliertes Wasser beigab. Die Sieca²¹ kam in ihrem Gutachten zu dem Ergebnis, die Würze werde zwar nicht nur verpackt („simplemente envasado“),

wohl aber nur verdünnt („diluido“) und könne daher nach Art. V TG nicht als Ursprungsware angesehen werden. Der CE erklärte in seiner Resolution 18²² mit der gleichen Begründung die Würze für nicht zentral-amerikanischen Ursprungs und schloß sie vom Freihandel aus.

Der Vertreter El Salvadors im CE stimmte gegen die Resolution, mit der Begründung²³, der CE könne nicht bestimmen, wann eine Ware nur verdünnt sei, ohne vorherige Aufstellung von Kriterien zur Bestimmung des Begriffs „verdünnt“. Doch selbst wenn eine konzentrierte Würze mit Wasser verdünnt werde, könne man bei einer Industrie dieser Art nicht von „verdünnen“ sprechen. Bei der Entscheidung über Freihandel dieser Waren müßten außerdem noch andere Umstände berücksichtigt werden, wie zum Beispiel die Kapazität und Leistung des Unternehmens, die Höhe der Investitionen, die Zahl der Beschäftigten und die Schaffung des Mehrwerts. Das Unternehmen änderte den Herstellungsprozeß. Es gab dem destillierten Wasser Salz, Zucker und Weinessig aus El Salvador bei und verdünnte mit dieser Lösung die konzentrierte importierte Würze. Der CE entschied daraufhin, die Würze sei nicht mehr nur verdünnt und in Zukunft als Ursprungsware, die Freihandel habe, anzusehen; und er hob durch Resolution 20²⁴ die Resolution 18 auf.

3. El Salvador hielt an der Grenze eine Sendung Transistorradios aus Guatemala auf und verlangte eine Bürgschaft in Höhe des Zolls, weil die Radios nur zusammengesetzt („armados“) seien. Die Untersuchung der Sieca ergab, daß zur Herstellung der Radios weitgehend aus Drittländern importierte Einzelteile verwendet wurden und lediglich Batterien und Verschlußdeckel aus Hartpappe aus Guatemala stammten.

Die Sieca²⁵ schlug vor, der CE möge mit einer Entscheidung bis zum Abschluß eines Spezialabkommens über Montageindustrie warten. Bis dahin sollte der Status quo, nämlich Freihandel, beibehalten werden. Der CE entschied²⁶ nicht und überließ es den beiden Ländern, durch bilaterale Verhandlungen eine Lösung zu finden.

Dieser Fall warf erstmals das Problem des Freihandels bei Waren der Montageindustrie auf.

Art. V TG schließt zwar Waren vom Freihandel aus, die nur aus vorfabrizierten, importierten Teilen zusammengesetzt („armados“) sind. Aber die Bedeutung dieser Industrie für Zentralamerika macht doch eine differenziertere Betrachtung notwendig. So sieht denn auch Art. Transitorio 7 des „Convenio Incentivos Fiscales“ ein Zusatzprotokoll über Montageindustrie vor, in dem neben den Steuervergünstigungen auch der Austausch der Waren geregelt werden soll. Ein solches Protokoll konnte bisher jedoch noch nicht unterzeichnet werden.

4. Eine Firma in El Salvador stellte Macheten aus halbfertigen Stahlblättern

her, die aus Deutschland importiert wurden. In Zentralamerika bestand jedoch eine ausreichende Produktion von halbfertigen Stahlblättern. Diese wurden aus importierten Stahlbandeisen hergestellt. Der CE entschied in seiner Resolution 48²⁷, daß die Macheten der Firma erst dann Freihandel genießen, wenn sie aus Stahlbandeisen produziert werden. In diesem Fall hat der CE den Freihandel einer Ware abhängig gemacht von einer bestimmten Produktionsstufe, von der aus das Endprodukt hergestellt werden muß.

5. Guatemala bezweifelte den Ursprung von Eisenstangen „Typ 1/4“, die in El Salvador aus importierten Eisenbarren gemacht wurden. Der CE erklärte diese Stangen als Ursprungsware (Resolution 59)²⁸.

6. Eine Firma in Costa Rica bemalt Gläser und verkauft sie in Zentralamerika. Die Farbe und die Gläser importiert sie aus Drittländern. Die Sicca²⁹ kam zu dem Schluß, die bemalten Gläser seien keine Ursprungsware, weil die Bemalung die Natur der importierten Gläser nicht verändere, also kein neues, von dem ursprünglichen Produkt verschiedenes schaffe. Die Bemalung sei den in Art. V TG aufgezählten Tätigkeiten, wie Verpacken, Verdünnen etc., gleichzusetzen.

Der CE schloß sich der Meinung der Sicca an und entschied, die bemalten Gläser könnten so lange keinen Freihandel haben, als nicht Gläser aus Zentralamerika verwendet würden (Resolution 61)³⁰.

7. Honduras bezweifelte den Ursprung von Weinen aus Guatemala wegen des niedrigen Preises. Es behauptete, die Weine seien aus importierten Traubenextrakten hergestellt, die man in Guatemala verdünne.

Die Sicca³¹ untersuchte die Produktionsweise und stellte fest, daß die Weine aus guatemalteckischen Trauben hergestellt waren; der dann folgende Prozeß schloß ein: Fermentierung, Ablagerung, Klärung und Ziehen auf Flaschen. Der CE beschloß in seiner Resolution 63³², daß die Weine aus Guatemala, da sie auf die oben beschriebene Weise produziert waren, Ursprungsware seien.

8. Honduras behinderte die freie Einfuhr von Kühlschränken aus Costa Rica. Der Vertreter von Honduras im CE führte zur Begründung an, es bestünden Zweifel daran, ob die Kühlschränke wirklich hergestellt und nicht nur ausschließlich aus in Drittländern vorgefabrizierten Teilen zusammengesetzt würden. Der ICAITI hatte eine Studie über die Herstellerfirma in Costa Rica geliefert, und die Sicca hatte den Produktionsprozeß beobachtet. Danach werden die Kühlschränke auf folgende Weise hergestellt: Importiert werden Rohbleche, elektrische Bestandteile und die bereits fertig montierte Einheit aus Kompressor und Motor. Das Rohblech wird geschnitten, gepreßt, montiert und lackiert. Außerdem fertigt die Firma selbst die Plastikeinsätze.

Der CE entschied durch Resolution 66³³, daß Kühlschränke, die auf die oben beschriebene Weise in Zentralamerika hergestellt würden, Waren zentralamerikanischen Ursprungs sind und daher Freihandel genießen.

9. In Guatemala wurden Plastikkugelschreiber aus Einzelteilen fabriziert, die teils importiert, teils in Zentralamerika hergestellt waren. Es gab aber eine regionale Produktion aller Einzelteile bis auf die Tinte. Durch Resolution 78³⁴ entschied der CE, nur solche Plastikkugelschreiber seien Ursprungsware, die aus in Zentralamerika gefertigten Einzelteilen bestünden, mit Ausnahme der Tinte, solange diese nicht in der Region produziert werde.

10. In einigen Ländern wurden Fruchtsäfte aus importierten Konzentraten, denen man Wasser beigab, hergestellt. Der CE³⁵ sah diese Säfte nicht als Ursprungsware an, da sie lediglich verdünnt („diluido“) seien.

11. El Salvador und Guatemala verweigerten die freie Einfuhr von Jutesäcken aus Honduras. Die betreffende hondurenische Firma importierte zollfrei Jutestoffe, schnitt sie zurecht und nähte daraus Säcke.

Die Sieca³⁶ ist der Meinung, das Endprodukt, der Sack, habe eine andere Natur als der Rohstoff, der importierte Stoff, sowohl der äußeren Erscheinung nach als auch hinsichtlich des Gebrauchs. Daher könne man nicht sagen, die Säcke seien lediglich geschnitten („cortado“) im Sinne des Art. V TG. Sie seien also Ursprungsware. Der CE zog für seine Entscheidung (Resolution 82)³⁷ die Erwägung heran, daß in Zentralamerika hinreichend Jute produziert werde und daher zollfreie Importe dieser Stoffe unzulässig seien. Jutesäcke seien nur dann Ursprungsware, wenn sie aus zentralamerikanischen Stoffen gefertigt würden.

Der CE stützt seine Entscheidung also auf Art. IX, Abs. 1 TG, wonach keine Zollbefreiung für Waren gewährt werden darf, die adäquat in Zentralamerika produziert werden. Später hob Honduras die Befreiungen vom Importzoll auf Jutestoffe auf und beantragte, die Resolution 82 aufzuheben, da die Säcke nunmehr Ursprungsware seien. Die Sieca vertritt die Meinung, daß in diesem Falle Freihandel bestünde, da der TG den Freihandel nicht ausnehme für Waren, die aus *verzollten*, importierten Stoffen gefertigt sind, obwohl diese Rohstoffe adäquat in Zentralamerika angeboten werden.

Der CE konnte bisher keine Einigung zur Lösung dieses Problems herbeiführen.

12. Ein Problem der Montageindustrie warf der Bau von Karosserien für Autobusse in El Salvador auf. Die zwei betreffenden Werke stellen die Karosserie im Lande her, importieren das Chassis und den Motor und setzen den Bus zusammen. Als Rohstoffe verwenden die Firmen importierte Eisenbleche, Eisenrohre, Farbe, Fensterscheiben, Lampen etc. Daneben gebrauchen sie Plastikartikel aus Zentralamerika. Die Eisenbleche werden in den beiden

Werken gewalzt, gepreßt und geschnitten und aus ihnen dann die Karosserie gebaut³⁸.

Der CE sieht in dieser Herstellungsweise einen wichtigen Produktionsprozeß, der die Rohstoffe substanziell verändert. Daher erkennt er die Karosserie als Ursprungsware an, die in dem Produktionsprozeß hergestellt wird, der im Dokument Sieca/CE-XXVII/D.J.7 beschrieben ist, und wobei alle Rohstoffe und Teile zu verwenden sind, die in adäquaten Bedingungen in Zentralamerika produziert werden, Resolution 94³⁹. Die Karosserie genießt zwar als Ursprungsware Freihandel, nicht aber der fertige Bus. Die Verzollung des Busses ist also schwierig. Für die für Guatemala bestimmten Busse wendet man folgende Praxis an: das Chassis mit Motor und Rädern wird in Guatemala eingeführt und dort verzollt. Dann bringt man beides im Wege der sogenannten zeitweisen Einfuhr zollfrei nach El Salvador. Dort wird der Bus montiert und schließlich nach Guatemala exportiert⁴⁰.

13. Honduras behinderte die freie Einfuhr von Metalltanks aus El Salvador, mit der Begründung, diese seien nur geschnitten und zusammengesetzt im Sinne von Art. V TG. Die Herstellerin importierte Stahlbleche und fertigte daraus Metalltanks. Der CE erklärte diese Tanks für Ursprungsware, Resolution 100⁴¹. Er begründete dies zum einen damit, der Herstellungsprozeß bringe eine beachtliche Wertschöpfung, die etwa 60% des Wertes des Endprodukts ausmache, zum anderen damit, durch die Produktionsweise werde eine substantielle Veränderung des verwendeten Rohmaterials bewirkt.

b) „Reglamento“ zur Bestimmung des Warenursprungs

Art. V, Abs. 4 TG sieht vor, daß der CE ein „Reglamento“ erläßt, das das bei der Bestimmung des Ursprungs einer Ware zu befolgende Verfahren vorschreibt. Schon in seiner Resolution 1, B⁴² beauftragte er die Sieca mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Projekts, kam dann aber bald wieder von diesem Vorhaben ab⁴³, und erst in seiner 19. Sitzung beschäftigte er sich wieder mit dem „Reglamento“, dessen Entwurf⁴⁴ die Sieca vorgelegt hatte.

Der Entwurf enthält zwei Teile. Der erste regelt materiell den Begriff „Ursprungsware“, und der zweite umfaßt Verfahrensvorschriften, die zu beachten sind, wenn bei einem Zollamt Zweifel über den Ursprung einer Ware bestehen.

Nach Art. III des Entwurfs werden hergestellte Produkte in vier Fällen als Ursprungsware angesehen:

- a) wenn ausschließlich Material verwendet ist, das aus der Region stammt;
- b) wenn der vorwiegend gebrauchte Rohstoff oder der, der dem Endprodukt seinen essentiellen Charakter gibt, aus Zentralamerika stammt;
- c) wenn der unter b) genannte Rohstoff aus Drittländern importiert ist

und das Endprodukt unter einem anderen Unterposten oder Absatz der Zollnomenklatur klassifiziert wird als der Rohstoff;

- d) wenn das importierte Material, das für Produkte verwendet wird, die zusammengesetzt, verpackt, abgefüllt, geschnitten oder verdünnt werden, im Lande einem zusätzlichen Prozeß unterworfen wird, der ihm eine neue Natur gibt.

Diese Tatbestandsmerkmale sollen aber nicht ausschließlichen Charakter haben, denn nach Art. IV kann der CE auf Antrag einer Regierung in konkreten Fällen, die zur Entscheidung stehen, auch andere als die oben aufgeführten Kriterien bei der Bestimmung des Ursprungs einer Ware anwenden.

Der CE nahm das „Reglamento“ nicht an und beauftragte die Sieca, einen neuen Entwurf vorzulegen. Dieser sollte eine andere Fassung des Art. III enthalten, die aus dem Ausnahmecharakter des Konzeptes über Ursprungswaren in Art. V TG entwickelt werden sollte⁴⁵. Die Sieca hat bisher keinen weiteren Entwurf vorgelegt. Sie ist ohnehin der Meinung, ein „Reglamento“ könne keine mathematischen Formeln zur Bestimmung des Ursprungs enthalten, da man dabei in Widersprüche zu Art. V TG gerate. Ein „Reglamento“ sei vielleicht sogar überflüssig, zumindest aber gefährlich⁴⁶.

Hier verwickelt sich die Sieca selbst in Widersprüche. Art. V, Abs. 4 TG schreibt ein „Reglamento“ zwingend vor. Mag es unzweckmäßig sein, so ist es doch nicht überflüssig. Den Widerspruch zu Art. V TG, den die Sieca vermeiden will, ruft man aber gerade dadurch hervor, daß man das vorgeschriebene „Reglamento“ nicht erläßt.

2. „Reglamento“ der Zollformalitäten bei Freihandelswaren

Art. 182, 183 CAUCA verpflichten die Exekutive der fünf Länder, ein einheitliches „Reglamento“ zu erlassen, das die Formalitäten für eine vereinfachte und beschleunigte Zollabfertigung der Freihandelswaren regelt. Der CEC muß das „Reglamento“ zuvor verabschiedet haben.

Mit der Ausarbeitung eines solchen „Reglamento“ befaßten sich die Generaldirektoren des Zolls in zwei Konferenzen im Juli 1967 und April 1968 und legten schließlich einen Entwurf vor⁴⁷, den der CE durch Resolution 106⁴⁸ annahm und den zu verabschieden er dem CEC empfahl. Die Verabschiedung durch den CEC steht noch aus.

Der Entwurf sieht in Titel VIII ein Verfahren vor, das bei Zweifel der Grenzzollämter am Ursprung der Ware zu befolgen ist.

Die Praxis der Grenzzollämter war bisher in diesen Fällen recht unterschiedlich. Die Zollverwaltung selbst zeigte viele Mängel. Diese beruhten zum

einen Teil auf mangelhafter Ausbildung des Zollpersonals, zum anderen Teil auf unzureichenden Baulichkeiten und anderen technischen Einrichtungen des Zolls⁴⁹. Die Unkenntnis des Personals in bezug auf die vertraglichen Bestimmungen des MCCA führte häufig dazu, daß bei Zweifeln über den Ursprung von Waren der Freihandel ganz unterbunden wurde, obwohl nach Art. V, Abs. 3 TG in diesen Fällen lediglich eine Sicherheit in Höhe der normalerweise zu zahlenden Importabgaben zu leisten ist. Um die Identifizierung der Freihandelswaren zu erleichtern, hatte der CE schon in seiner Resolution 1, numeral d)⁵⁰ beschlossen, daß alle hergestellten Waren folgende Aufschrift tragen müssen:

„Producto centroamericano hecho en ... (pais de origen)“ (Zentralamerikanisches Produkt hergestellt in ... [Ursprungsland]).

Der Titel VII des Entwurfs sieht im einzelnen folgendes Verfahren vor: Zunächst liefert das korrekt ausgestellte Zollformular den Beweis für den Ursprung der Ware. Die Zöllner können allerdings vernünftige Zweifel an der korrekten Ausstellung äußern. In diesem Falle müssen sie alle ihnen erreichbaren Mittel heranziehen, um den Ursprung zu klären. Besteht nach Ablauf einer Stunde der Zweifel noch immer, so hat der Interessierte vier Möglichkeiten:

- a) die Ware wird in das Exportland zurückgesandt;
- b) die Ware wird nach Zahlung der in Art. V TG vorgesehenen Sicherheitsleistung importiert;
- c) die Ware wird in der Grenzzollstelle des Einfuhrlandes deponiert;
- d) die Ware wird an das Hauptzollamt des Einfuhrlandes gesandt.

Der Interessent kann sich danach an seine Regierung wenden, damit sie nach Art. V TG zunächst in bilateralen Verhandlungen mit der anderen Regierung eine Lösung sucht. Kommt diese nicht zustande, entscheidet auf Antrag einer Regierung der CE, Art. V, Abs. 2 TG.

Zwar ist das „Reglamento“ noch nicht wirksam, doch sind die Generaldirektoren des Zolls übereingekommen⁵¹, ihre Zollämter anzuweisen, bei Zweifeln am Ursprung einer Ware in der oben dargelegten Weise zu verfahren.

Bemerkenswert an der Regelung ist, daß erstmals ein genauer Zeitraum, nämlich eine Stunde, zur Lösung des Problems in der ersten Phase festgelegt ist.

3. Zollformular für Freihandelswaren

Nach Art. V, Abs. 1 TG müssen die Waren, die Freihandel genießen, von einem Zollformular begleitet sein, das im Annex „B“ des TG beschrieben ist. Das Formular enthält u. a. die Erklärung des Exporteurs und des

Zollamtes des Ausfuhrlandes, daß es sich um Ursprungsware des Landes handelt. Schon zu Beginn der MCCA mißtrauten viele Zollstellen den Versicherungen über Ursprung und verlangten außer dem Zollformular noch Ursprungszertifikate von Handelskammern und Konsulaten. Der CE stellte schon in seiner Resolution 1⁵² numeral b) fest, daß die Zollstellen bei Freihandelswaren als einziges Dokument das in Art. V TG genannte Zollformular, nicht aber weitere Zertifikate verlangen können. Da viele Zollstellen dennoch die CE-Resolution ignorierten, erneuerte der CE seinen Beschluß durch die Resolution 33⁵³. Lediglich in einem Fall ließ er ein weiteres Zertifikat zu. Es handelte sich dabei um Reislieferungen von Guatemala nach Nicaragua. Der Zoll Nicaraguas vermutete, daß der Reis aus Mexiko stammte.

Der CE erlaubte Nicaragua, zum Nachweis des Ursprungs der Reislieferungen ein Zertifikat des guatemalteckischen landwirtschaftlichen Förderungsinstituts INFOP zu verlangen⁵⁴.

Zusammenfassung

In der Praxis der Ursprungsbestimmung hat der CE folgende Kriterien entwickelt:

1. Waren, die aus zollfrei importierten Materialien hergestellt werden, werden dann nicht als Ursprungswaren angesehen, wenn diese Materialien in Zentralamerika in adäquater Weise hergestellt werden. Damit wendet der CE Art. IX, Abs. 1 TG auf Ursprungswaren an. Diese Vorschrift verbietet den Regierungen, Importzollbefreiungen für Waren zu gewähren, die in Zentralamerika in adäquater Weise hergestellt werden. Die Anwendung des Art. IX TG auf Fälle der Ursprungsbestimmung bedeutet die Schaffung einer Sanktion, die dieser Artikel nicht vorsieht. Im Fall 11 ist der CE sogar noch einen Schritt weiter gegangen als im Fall 1. Danach müssen bei adäquater Produktion in Zentralamerika diese Produkte für die Herstellung des Endproduktes verwendet werden, wenn es als Ursprungsware anerkannt werden soll. Der Unterschied zwischen Fall 1 und 11 besteht darin, daß im ersteren Fall das Endprodukt noch als Ursprungsware angesehen wird, wenn es aus *verzolltem* Importmaterial hergestellt wird, im letzteren Fall reicht das Verzollen nicht mehr aus, es wird vielmehr die Verwendung des in Zentralamerika hergestellten Materials verlangt. Dieses Kriterium zog der CE auch im Fall 9 heran.

2. Die Waren müssen in dem fortgeschrittenen Produktionsprozeß hergestellt werden, den ähnliche Unternehmen in Zentralamerika anwenden, das heißt, Rohstoffe oder Halbwaren müssen von der in Zentralamerika möglichen niedrigsten Veredelungsstufe ab verarbeitet werden (Fälle 4,

8, 12). Dieses Kriterium verhindert ungleiche Wettbewerbssituationen, die entstehen können, wenn ein Unternehmen schon weitgehend veredeltes Material zollbegünstigt importiert und daraus das Endprodukt in einem relativ einfachen Produktionsprozeß herstellt, ein anderes Unternehmen dagegen in einem komplizierten Produktionsprozeß weniger veredeltes Material verarbeitet.

3. Die bei der Herstellung des Endprodukts verwendeten Grundstoffe müssen substantiell verändert werden, so daß jenes eine von diesen verschiedene Natur aufweist (Fälle 6, 12, 13).

4. Die Herstellung des Endprodukts muß eine erhebliche Wertschöpfung bewirken (Fall 13).

5. Den in Art. V TG aufgeführten Tatbestandsmerkmalen Verpacken, Verdünnen etc. wird das Bemalen gleichgesetzt (Fall 6).

Diese vom CE entwickelten Kriterien können nicht generell angewandt werden. Der CE hat sie bewußt nur in den Einzelfällen herangezogen, und wenn er ein Kriterium generalisiert, dann nur für eine bestimmte Art von Produkten, wie Fall 1 (Decken), Fall 8 (Kühlschränke), Fall 11 (Jutesäcke), Fall 12 (Autobuskarosserien).

Diese kasuistische Ursprungsbestimmung hat den Vorteil, daß der CE sich dem jeweiligen industriellen Entwicklungsstand elastisch anpassen kann, andererseits birgt sie aber die Gefahr der Rechtsunsicherheit in sich.

4. Maßnahmen gegen Behinderungen des Freihandels

a) Interne Steuern

Die Vertragsstaaten haben bei Abschluß des TG durch Art. VI TG der Gefahr steuern wollen, die darin besteht, daß die bei Freihandelswaren beseitigten Importzölle auf dem Umweg über interne Steuern in den einzelnen Ländern wieder effektiv gemacht werden.

Die sehr detaillierte Regelung des Art. VI TG enthält den etwas mißverständlichen Begriff „Verbrauchssteuern“ („*impuesto al consumo*“). Während in Abs. 1 die Verbrauchssteuer neben die Steuern auf Produktion, Verkauf und Verteilung gestellt ist, spricht Abs. 2 nur von „Verbrauchssteuern“. In Zentralamerika wird der Begriff „Verbrauchssteuer“ nicht einheitlich gebraucht. Einmal kann er eine Produktionssteuer bedeuten, dann aber auch eine Verbrauchssteuer im engeren Sinne, das heißt eine Steuer, die auf einer oder mehreren Stufen innerhalb des Handels mit einem Produkt vom Erzeuger bis zum Endverbraucher liegt⁵⁵. Diese Verbrauchssteuer kann wiederum spezifischen oder allgemeinen Charakter haben. Im ersten Fall wird nur ein bestimmtes Produkt versteuert, im zweiten eine größere Anzahl.

Im letzteren Fall wird die Steuer auch Verkaufssteuer („impuesto a la venta“) genannt⁵⁶.

Aus diesen verschiedenen Bezeichnungen läßt sich der Gebrauch des Begriffs „Verbrauchssteuer“ in Art. VI TG erklären. Art. VI TG will alle Steuern, mit der eine Ware belastet werden kann, umfassen. Daher sind in Abs. 1 Produktion, Verkauf, Verteilung und Konsum aufgeführt. Abs. 2 gebraucht dann den Begriff „Verbrauchssteuer“ im allgemeinen Sinn, die alle diese Stufen des Abs. 1 umfaßt.

Im einzelnen sieht Art. VI TG folgende Regelungen vor:

1. Abs. 1

Wenn ein Mitgliedsland eine Verbrauchssteuer auf Waren heimischer Produktion erhebt, so kann es auf gleiche Waren aus den anderen Ländern des MCCA diese Steuer legen, allerdings nur in gleicher Höhe, wobei gleiche Waren aus Drittländern mindestens in gleicher Höhe versteuert werden müssen. Daraus ist im Umkehrschluß zu folgern, daß keine Verbrauchssteuer auf zentralamerikanische Waren erhoben werden, wenn die heimischen Waren nicht belegt werden.

Eine Ausnahme von diesem Grundsatz ist unter Kap. III TG (Unlautere Handelspraktiken) in Art. XI, Abs. 5 TG vorgesehen. Gemäß dieser Vorschrift wird nicht als Exportsubvention die Befreiung von Verbrauchssteuern auf Waren angesehen, die zum Export in die übrigen Länder des MCCA bestimmt sind. Im Rahmen des Art. VI TG bedeutet das eine Ausnahme von dem Grundsatz, heimische und übrige zentralamerikanische Waren in gleicher Weise zu belasten.

In der Praxis gab es häufig Probleme mit Verbrauchssteuern, die den CE beschäftigten.

El Salvador besteuerte heimische Kosmetika auf anderer Grundlage als diejenigen aus dem übrigen Zentralamerika. Der CE entschied durch Resolution 30⁵⁷, die Verbrauchssteuer müsse auf der gleichen Grundlage erhoben werden, um eine Diskriminierung der zentralamerikanischen Waren gegenüber solchen aus El Salvador zu vermeiden. Er stützte sich dabei außerdem auf die Art. III, Abs. 4, VII TG.

Art. III, Abs. 4 besagt, daß Ursprungsware wie einheimische Ware zu behandeln ist, und Art. VII untersagt, Vorschriften zu erlassen, die die Verteilung oder den Verkauf von Ursprungswaren eines anderen Landes des MCCA betreffen und sie gegenüber einheimischen Waren benachteiligen können.

Costa Rica belegte Waschmittel mit einer Verbrauchssteuer. Ausgenommen waren solche Waschmittel, die zu 100% aus einheimischem Material bestanden. In Honduras wurden Waschmittel zu 100% aus zentralamerikanischem Material hergestellt, die in Costa Rica aber besteuert wurden. Der CE ver-

trat die Ansicht, der Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. III, Abs. 4 TG gebiete es, den Begriff „nationale Materie“ in dem betreffenden Steuergesetz mit „regional“ gleichzusetzen⁵⁸.

Eine andere Steuer in Costa Rica betraf Spirituosen (Schnaps). 80% des Verkaufspreises der Nationalfabrik in Costa Rica wurde als Verbrauchssteuer erklärt. Diesen Satz mußten auch Spirituosen aus den anderen Ländern des MCCA zahlen. Eine Untersuchung der Sieca⁵⁹ ergab jedoch, daß die Produktionskosten plus Gewinn höher als 20% des Verkaufspreises lagen, die Steuer auf Waren aus Costa Rica also weniger als 80% des Preises betrug. Der CE erklärte durch Resolution 54⁶⁰ die Höhe der Steuer als mit Art. VI unvereinbar. Die Waren aus dem MCCA dürften nur in Höhe der von der Sieca ermittelten Zahlen belastet werden.

Ein schwerwiegendes Problem entstand durch die von Nicaragua im Februar 1969 eingeführte Sonderausgleichsteuer („impuesto compensatorio especial de consumo“). Diese Steuer betraf eine Vielzahl von Waren aus den übrigen Mitgliedsländern, nahm aber die heimischen Waren aus. Die Wirtschaftsminister der übrigen vier Länder beschlossen darauf, für alle Waren aus Nicaragua eine Sicherheitsleistung in Höhe des normalen Zolls zu verlangen⁶¹. Das Problem wurde schließlich auf der Sitzung des CEC gelöst, als Nicaragua sich bereit erklärte, die Steuer auch auf heimische Waren auszudehnen⁶². Die Freihandelswaren wurden in anderen Fällen zwar nicht gegenüber heimischen Waren, wohl aber gegenüber Importen aus Drittländern benachteiligt.

Guatemala erhob eine Stempelmarkensteuer („impuesto de timbre“). Diese Steuer fiel auf alle Importpolicen, Rechnungen u. ä. Ausgenommen waren Importe aus Drittländern.

Streng formal gesehen, handelt es sich bei dieser Steuer nicht um eine Verbrauchssteuer, die auf Produktion, Verkauf etc. fällt, sondern um eine Steuer auf Dokumente. Würde man diese Steuer nicht unter Art. VI TG fassen, so könnte diese Vorschrift leicht umgangen werden. Die Sieca⁶³ vertrat die Ansicht, Sinn des Art. VI TG sei es, eine Diskriminierung von Freihandelsware gegenüber heimischen und aus Drittländern importierten Waren durch unterschiedliche Besteuerung zu verhindern. Dagegen verstoße die Stempelmarkensteuer in Guatemala. Der CE entschied durch Resolution 72⁶⁴, die Belastung von Freihandelswaren mit dieser Steuer verstoße gegen Art. VI TG.

Nicaragua belastete Zement mit einer Verbrauchssteuer, wobei Importe aus Drittländern ausgenommen waren. Hier verlangte der CE in seiner Resolution 97⁶⁵, Nicaragua müsse die Steuer auch auf Importe aus Drittländern ausdehnen.

2. Abs. 2a)

Besteht eine nationale Produktion oder in keinem Land des MCCA eine Produktion eines bestimmten Artikels, so kann eine Verbrauchssteuer in der Höhe eingeführt werden, die das betreffende Land für notwendig erachtet.

Problematisch könnte eine sehr geringe Produktion in einem Land zusammen mit einer hohen Verbrauchssteuer werden. Das hätte zur Folge, daß de facto ähnlichen Waren aus den anderen Ländern des MCCA der Zugang zum Markt dieses Landes versperrt würde. Soweit ersichtlich, ist dieses Problem noch nicht vor den CE gebracht worden.

3. Abs. 2b)

Gibt es in einem der Mitgliedsländer eine Produktion bestimmter Güter, so darf ein Land, das keine solche Produktion hat, diese Waren nur dann mit einer Verbrauchssteuer belasten, wenn der CE die Steuer vorher genehmigt hat.

Bisher hat der CE zwei Ländern eine Verbrauchssteuer genehmigt. Honduras und Nicaragua beantragten eine Verbrauchssteuer auf Wachszündhölzer und begründeten den Antrag damit, daß eine heimische Zündholzindustrie bestehe, die Zündhölzer aus Holz herstelle, nationale Rohstoffe verwende und viel investiert habe. Die Wachszündhölzerindustrie habe wenig investiert, führe die Rohstoffe ein und drohe die andere Industrie zu verdrängen.

Der CE gab in seiner Resolution 6⁶⁶ den Anträgen statt.

Eine Ausnahme vom Grundsatz des Abs. 2b) macht Art. 13 des Protokolls zum Generalvertrag⁶⁷, der den Staaten die Möglichkeit gibt, für gewisse Güter in gewisser Höhe Verbrauchssteuern einzuführen, und zwar ohne Genehmigung des CE. Dabei handelt es sich aber um eine vorübergehende Regelung für fünf Jahre im Rahmen der Maßnahmen zur Verbesserung der Zahlungsbilanz.

4. Abs. 2c)

Hat ein Land eine Ware mit einer Verbrauchssteuer belegt, die in keinem der fünf Staaten des MCCA hergestellt wird, und wird später in einem der anderen Länder die Produktion dieser Ware aufgenommen, so ist das besteuernde Land verpflichtet, auf eine Entscheidung des CE hin, diese Steuer nach innerstaatlichem Recht aufzuheben.

In Nicaragua produzierte man Waschmittel, die mit einer Verbrauchssteuer belastet wurden. Später wurde die Produktion eingestellt. Nicaragua erhob jedoch weiterhin die Steuer auf in Honduras produzierte Waschmittel.

Mit diesem Fall hatte der CE einen Tatbestand zu entscheiden, der nicht ausdrücklich in Art. VI, Abs. 2c) TG aufgeführt ist. Während diese Vorschrift den Fall regelt, daß bei einer nichtvorhandenen Warenproduktion

in Zentralamerika eine Verbrauchssteuer eingeführt und später dann in einem Land die Produktion aufgenommen wird, betrifft der vorliegende Fall den Sachverhalt, daß die eingeführte Steuer die nationale wie die übrige zentralamerikanische Produktion belastet, die nationale Produktion später aber eingestellt wird.

Die Sieca⁶⁸ vertrat die Ansicht, es liege eine Gesetzeslücke vor, die der CE gemäß Art. XXII TG schließen könne, nach dem er die Probleme zu lösen habe, die bei der Anwendung des TG entstünden. Die Steuerbelastung von zentralamerikanischen Waren im vorliegenden Fall verstoße gegen Art. VI TG, dessen Sinn es sei, die Besteuerung von zentralamerikanischen Waren zu verhindern, wenn es keine nationale Produktion gebe.

Der CE war derselben Meinung und entschied durch Resolution 71⁶⁹, ein Mitgliedsstaat dürfe keine Verbrauchssteuer mehr für Waren aus Zentralamerika verlangen, wenn die Produktion im eigenen Land eingestellt werde. Der vom CE entschiedene Fall erfüllt zwar nicht in allen Voraussetzungen den im Abs. 2c) geregelten Tatbestand. Übereinstimmung besteht jedoch im Endzustand, den Abs. 2c) regeln will; daß nämlich durch ein später eintretendes Ereignis die vorher mit Art. VI TG in Einklang stehende Verbrauchssteuer nunmehr mit diesem Artikel in Widerspruch gerät, da sie bei nicht bestehender heimischer Produktion die Waren aus den übrigen Ländern des MCCA belastet.

Das folgende Schaubild gibt eine Übersicht über die Zulässigkeit der Verbrauchssteuer:

<i>Nationale Warenproduktion</i>	
<i>besteht</i>	<i>besteht nicht</i>
<i>Verbrauchssteuer zulässig</i>	
1. in gleicher Höhe auf nationale und CA-Waren <i>und</i> in mindestens gleicher Höhe auf Importe aus Drittländern;	1. wenn in keinem anderen Mitgliedsland Warenproduktion besteht;
	2. wenn zwar in einem Mitgliedsland Warenproduktion besteht, der CE aber eine vorherige Genehmigung der Steuer erteilt.

Verbrauchssteuer unzulässig

1. wenn die nationalen Waren oder Importe aus Drittländern von der Steuer ausgenommen werden;
1. wenn auch nur in einem Mitgliedsland Warenproduktion besteht;
2. wenn nach Einführen der Steuer in einem Mitgliedsland eine Produktion aufgenommen wird;
3. wenn bei Einführen der Steuer nationale Produktion bestand, später jedoch eingestellt wurde und weiterhin in einem Mitgliedsland Produktion besteht.

Aus der Regelung wird ersichtlich, daß sie eine Diskriminierung von Waren aus den übrigen Mitgliedsländern gegenüber nationalen Produkten oder Importen aus Drittländern durch Verbrauchssteuern verhindern will. In der Praxis ergeben sich dennoch häufig Nachteile für zentralamerikanische Waren gegenüber heimischen Produkten eines Landes. Ein großes Hindernis für die Gleichbehandlung ist das Einziehen der Verbrauchssteuern. In Zentralamerika kassieren die Grenzzollämter die Verbrauchssteuern, die auf die zentralamerikanischen Waren fallen, während die heimischen Waren erst zu einem späteren Zeitpunkt, etwa nach Verkauf im Inland, belastet werden. Daraus ergibt sich eine unterschiedliche Zahlungsmodalität zugunsten heimischer Waren. Hinzu kommt, daß die zentralamerikanischen Waren durch Registrierung etc. lange bei den Zollämtern lagern und sich dadurch verteuern.

b) Exportsubventionen und unlautere Handelsmethoden
Kapitel III des TG regelt diese Materie in den Art. IX–XIV.

aa) Art. IX TG

Gemäß Art. IX, Abs. 1 TG dürfen die Signatarstaaten für Artikel, die aus Drittländern eingeführt werden, keine Zollbefreiungen oder -ermäßigungen gewähren, wenn die betreffenden Waren in den Vertragsstaaten zu adäquaten Bedingungen hergestellt werden.

Diese Vorschrift ist in Zentralamerika von großer praktischer Bedeutung, da die Länder nach ihren nationalen Industrieförderungsgesetzen bzw. nach dem „Convenio Incentivos Fiscales“ (seit März 1969 in Kraft) eine Fülle

von Zollbefreiungen für Rohmaterialien und Halbfertigwaren gewähren, die dann in Zentralamerika weiterverarbeitet werden. Teilweise werden die so importierten Artikel aber auch in Zentralamerika hergestellt. Die Produzenten dieser Artikel müssen also mit den zollfrei importierten Gütern konkurrieren, die zudem meist aus hochindustrialisierten Ländern stammen und daher häufig im Preis günstiger sind.

Nun machte die Anwendung des Art. IX TG zu Beginn des MCCA deshalb Schwierigkeiten, weil es an Information über die Produktion in Zentralamerika fehlte. Der CE befaßte sich in seiner 8. Sitzung im März 1964 erstmals mit dieser Frage, und er faßte die Resolution 26⁷⁰, um die Anwendung des Art. IX Abs. 1 TG zu verwirklichen. Nach dieser Resolution muß jede Regierung die anderen Regierungen laufend über die Produktion von Rohmaterial, Halbfertigwaren und Verpackungsmaterial in ihrem Land unterrichten. Die Information muß mindestens Daten über Produktionskapazität, effektive Produktion, Qualität und Preis enthalten.

Der CE⁷¹ erörterte die Möglichkeit, den Art. IX, Abs. 1 TG so zu interpretieren, daß alle Importzollbefreiungen für Waren aufzuheben seien, die in Zentralamerika produziert würden, wobei der Importeur dann zu beweisen habe, daß diese Waren nicht zu adäquaten Bedingungen hergestellt würden. Dagegen wandten einige Delegierte⁷² ein, der gegenwärtige geringe Entwicklungsstand der Industrie in Zentralamerika lasse diese Interpretation unbrauchbar erscheinen. Später aber stellte der CE⁷³ doch die Beweisregel auf, daß der Importeur die Nicht-Adäquanz der zentralamerikanischen Produktion zu beweisen habe, ohne aber zu verlangen, daß bei vorhandener Produktion in Zentralamerika die Importzollbefreiung entsprechender Waren aufgehoben werden müsse.

Die Anwendung der Resolution 26 war zunächst nicht sehr erfolgreich. Die Regierungen informierten sich gegenseitig nur sehr lückenhaft⁷⁴. Daher beschloß der CE⁷⁵, jeder Antrag einer Regierung an eine andere, die Zollbefreiung für bestimmte Waren aufzuheben, weil in ihrem Land die Waren zu adäquaten Bedingungen hergestellt würden, müsse von einem Formular⁷⁶ begleitet sein, das ein Minimum an Informationen enthalte. Später verlangte der CE⁷⁷, die Regierung müsse zu den im Formular gegebenen Informationen noch verifizieren, ob die Unternehmen auch die Produkte herstellten, wie sie behaupten.

Die Anträge auf Anwendung der Resolution 26 sollten über die Sieca gestellt werden, damit diese ein Register der Produktion in Zentralamerika führen könne.

Schließlich empfahl der CE in seiner Resolution 79 III⁷⁸ den Regierungen, zur Anwendung der Resolution 26 mittels Dekret, das gebührend zu veröffentlichen sei, die Artikel genau aufzuzählen, für die keine Importzoll-

befreiungen gewährt werden könnten. Diese Resolution gab im MCCA Anlaß zu der Interpretation, daß die Veröffentlichung eines Dekrets ein unerläßliches Erfordernis für die Aufhebung von Zollbefreiungen sei⁷⁹. Aus der Akte des CE⁸⁰ ergibt sich jedoch, daß die Resolution 79 III nur klarstellende Funktion haben soll. Anlaß waren die Regierungsdekrete einiger Länder, die nach den nationalen Industrieförderungsgesetzen Zollbefreiungen gewährten, dabei aber nicht sehr detailliert die betreffenden Waren angaben.

ab) Materielle Voraussetzungen des Art. IX, Abs. 1 TG

Das entscheidende Problem bei der Anwendung des Art. IX, Abs. 1 TG ergab sich für den CE bei dem Tatbestandsmerkmal „angemessene Bedingungen“, unter denen Produkte in Zentralamerika hergestellt sein müssen. Wie sich aus der Resolution 26 ergibt, unterscheidet der CE bei „angemessenen Bedingungen“ drei Kategorien: Preis, Qualität und Kapazität der Produktion. In einigen Fällen, die der CE zu entscheiden hatte, lassen sich aus den Akten keine Kriterien ersehen, die der CE zur Bestimmung von Preis, Qualität und Kapazität herangezogen hat. In den entsprechenden Beschlüssen heißt es lediglich, es bestünde eine zentralamerikanische Produktion zu angemessenen Bedingungen. Das ist in folgenden Fällen gegeben:

Resolution 27⁸¹: Keine Zollbefreiung für gewisse Bleche („laminas lisas galvanizadas“). Eine Firma in Nicaragua stellte sie her, Guatemala gewährte Zollbefreiungen.

Resolution 28⁸²: Keine Zollbefreiung für Tüten aus Papier vom Typ „Kraft“. Sie werden in einigen Ländern Zentralamerikas hergestellt. Nicaragua gewährte Befreiung.

Resolution 49⁸³: Keine Zollbefreiung für halbfertige Stahlblätter für Macheten, da sie in Zentralamerika schon vom Stahlband ab hergestellt werden.

Resolution 60⁸⁴: Keine Zollbefreiung für Gips. Er wird in Nicaragua hergestellt. Costa Rica gewährte Befreiung.

Resolution 65⁸⁵: Keine Zollbefreiung für Papier und Pappe, aus denen Schreibhefte, Blocks und ähnliche Artikel hergestellt werden. Es wird in Guatemala produziert, Honduras gewährte Befreiung.

Resolution 82⁸⁶: Keine Zollbefreiung für Rohfaserstoffe für Säcke.

An anderer Stelle⁸⁷ erörtert der CE die Kriterien für die Beurteilung der Kategorie „Preis“. Um festzustellen, ob der Preis der in Zentralamerika produzierten Waren angemessen im Sinne des Art. IX, Abs. 1 TG ist, kann der mit ihm zu vergleichende Preis der aus Drittländern importierten Ware auf zwei extremen Grundlagen berechnet werden:

1. man nimmt den CIF-Wert oder
2. man addiert zum CIF-Wert den Importzoll. Der CE neigte zu einer Berechnungsgrundlage, die zwischen diesen beiden Extremen liegt. Zum CIF-Wert solle eine gewisse Spanne berechnet werden, die für jede Warengruppe, also Rohstoffe, Halbzeug etc., gesondert festzusetzen sei. Die Sieca wurde mit der Ausarbeitung eines Gutachtens beauftragt. In ihm lehnte die Sieca⁸⁸ den Vorschlag des CE jedoch ab und schlug statt dessen vor, als Berechnungsgrundlage den CIF-Wert plus Importzoll zu nehmen.

Gegen den Vorschlag des CE führte sie ins Feld, er mindere de facto den Zollschutz und verursache eine Vertrauenskrise bei Investitionen.

Der CE nahm dazu nicht abschließend Stellung, hatte aber bald darauf Gelegenheit, einen diesbezüglichen Fall zu entscheiden. Costa Rica gewährte Zollbefreiung bei der Einfuhr von Palmöl aus Malaysia, das zur Herstellung von Margarine verwendet wurde. In Zentralamerika besteht Produktion von Öl aus Baumwollsamern, aus dem man Margarine von gleicher Qualität herstellen kann.

Die Sieca fand in einer Untersuchung⁸⁹ heraus, daß das in Zentralamerika gewonnene Öl pro Pfund um 0,5 Cent \$ CA billiger sei als das aus Malaysia eingeführte Öl, wenn man als dessen Preis den CIF-Wert plus Importzölle berechne. Der CE entschied in seiner Resolution 62⁹⁰, die Zollbefreiung für Palmöl sei unstatthaft. Da der CE sich bei dieser Entscheidung auf die Untersuchung der Sieca stützte, nahm er konkludent als Preis den CIF-Wert plus Importzoll an.

Zur Frage, wann eine angemessene Produktionskapazität in Zentralamerika gegeben ist, nahm der CE in einem Fall ausdrücklich Stellung.

In Guatemala stellt eine Firma Papier Typ „Kraft“ für normale Tüten her. Sie kann etwa 40% der Nachfrage Zentralamerikas decken. Honduras gewährte Zollbefreiung für diese Papiersorte. Guatemala verlangte Aufhebung der Zollbefreiung. Der Delegierte Guatemalas im CE begründete den Antrag damit, die Firma könne ihre Produktion auf 50% der Nachfrage des zentralamerikanischen Marktes steigern; in diesem Falle müsse analog den Bestimmungen des Sondersystems der Zollschutz eingreifen, die Zollbefreiungen also aufgehoben werden. Nach Art. 32 Prot. Reg. Ind. v. 29. Januar 1963 genießen bestimmte Industrien einen erhöhten Schutzzoll, wenn sie mindestens 50% der regionalen Nachfrage decken können.

Den Gedanken der analogen Anwendung des Sondersystems auf Art. IX TG griff der CE nicht auf. Er entschied durch Resolution 96⁹¹, die Regierungen könnten bei Einfuhr dieser Papiersorte Zollbefreiung gewähren, da die gegenwärtige Produktionskapazität von 40% der regionalen Nachfrage nicht als adäquat im Sinne des Art. IX TG bezeichnet werden könne. Die Frage der Qualität der Produktion im Rahmen des Art. IX, Abs. 1 TG

ist, soweit aus den Akten ersichtlich, vom CE noch nicht näher erörtert worden.

Außer dem Tatbestandsmerkmal „adäquate Bedingungen“ war noch der Begriff „Einfuhr“ in Art. IX, Abs. 1 in einem Fall umstritten.

Eine Düngemittelfirma in Costa Rica wollte im Wege der sogenannten zeitweiligen Einfuhr („importación temporal“) Rohfasersäcke einführen, sie mit Düngemitteln füllen und beides in Drittländer exportieren. Bei der zeitweiligen Einfuhr braucht kein Importzoll gezahlt zu werden.

Der CE⁹² vertritt die Ansicht, die Exportförderungsmaßnahme der zeitweiligen Einfuhr sei dann unzulässig, wenn die zeitweilig importierten Waren zu adäquaten Bedingungen in Zentralamerika produziert würden. Das sei bei den Rohfasersäcken der Fall. Der zeitweiligen Einfuhr sei das sogenannte „Draw-Back“⁹³ gleichzustellen. Beide Maßnahmen seien unter der Voraussetzung des Art. IX TG unzulässig, da diese Vorschrift der zentralamerikanischen Produktion die gesamte Nachfrage des regionalen Marktes sichern wolle.

Art. IX TG ist insoweit ein Stimulans zur Industrialisierung durch Zollschutz. Auf der anderen Seite verhindert er ungleiche Wettbewerbsbedingungen, die dadurch entstehen, daß einige Firmen zur Produktion die regionalen Waren verwenden, andere aber zollfrei aus Drittländern importierte Artikel gebrauchen.

Außer der im Art. IX, Abs. 1 TG erwähnten Praktik regelt Kap. III in den Art. XI–XIV die Materie weiterer unlauterer Handelspraktiken, wie Exportsubventionen, Dumping, und einige spezielle Tatbestände.

bb) Dumping

Nach Art. XII TG muß jeder Signatarstaat nach Maßgabe seiner legalen Handhaben den Export von Waren nach einem anderen Mitgliedsland verhindern, wenn die Ware zu einem Preis ausgeführt wird, der unter ihrem normalen Wert liegt und dadurch der Produktion der anderen Länder Schaden zufügt oder zuzufügen droht oder die Errichtung einer nationalen oder zentralamerikanischen Industrie verzögert.

Eine Ware wird dann als zu einem Preis unter ihrem normalen Wert exportiert angesehen, wenn ihr Preis niedriger ist

- a) als der vergleichbare Preis einer ähnlichen Ware unter normalen Handelsbedingungen, die zum Verbrauch auf dem Inlandsmarkt des Exportlandes bestimmt ist;
oder
- b) als der vergleichbare höchste Preis einer ähnlichen Ware, die unter normalen Handelsbedingungen an ein Drittland exportiert wird;
oder

c) als die Produktionskosten dieser Ware im Herstellerland nebst einem angemessenen Zuschlag für Verkaufskosten und Gewinn.

Art. XII TG verbietet also nicht nur das sogenannte Dumping, sondern verpflichtet die Mitgliedsstaaten darüber hinaus dazu, es zu verhindern.

In der Praxis des MCCA beschäftigte sich der CE in einigen Fällen mit dem Dumping.

Eine Zigarettenfabrik in Guatemala produzierte eine Zigarettensorte zunächst nur für den Export nach Honduras und El Salvador. Die Fabrik wollte nun in El Salvador Steuerbanderolen kaufen, mit denen in diesem Land eine Verbrauchssteuer erhoben wird. El Salvador verweigerte jedoch den Verkauf der Banderolen mit der Begründung, der Export der Zigaretten werde mit unlauteren Handelspraktiken durchgeführt, da die Zigaretten nicht in Guatemala verkauft würden. Später wurde die Zigarettensorte dann auch in Guatemala vertrieben.

Der CE mußte sich mit der Frage befassen, welcher Preis in Art. XII, Abs. 2a) zu vergleichen ist, der Preis an den Endverbraucher oder Preis ab Fabrik an den Großhändler.

Die Sieca kam in ihrem Gutachten⁹⁴ zu dem Ergebnis, der Preis ab Fabrik sei zu vergleichen, da die verschiedenen Verbrauchssteuern in beiden Ländern keinen gleichartigen Preisvergleich beim Endverbraucher zuließen. Es müßte der Nettopreis verglichen werden, also der Preis ab Fabrik abzüglich Verbrauchssteuer und Transportkosten.

Nahm man diesen Preis als Grundlage, so ergab sich in Guatemala ein Preis von 0,047 \$ CA, in El Salvador ein Preis von 0,0432 \$ CA pro Päckchen von 20 Zigaretten. Der Preis von El Salvador lag demnach um 0,0038 \$ CA unter dem in Guatemala. Der Preis an den Endverbraucher betrug in beiden Ländern 0,20 \$ CA. Wäre der Nettopreis ab Fabrik in beiden Ländern egalisiert und die bisherige Differenz auf den Endpreis aufgeschlagen worden, hätte sich der Endpreis in El Salvador infolge der Abstufungen der Verbrauchssteuer auf 0,31 \$ CA erhöht. Diese Preiserhöhung hätte die Zigarette gegenüber Zigaretten ähnlicher Qualität aus El Salvador nicht mehr konkurrenzfähig sein lassen.

Die Sieca⁹⁵ war der Ansicht, in diesem Fall sei der niedrigere Exportpreis ausschließlich durch die Abstufungen im Verbrauchssteuersystem von El Salvador bedingt und könne nicht als unlautere Handelspraktik gelten.

Auch der CE vertrat diesen Standpunkt und entschied mit Resolution 58⁹⁶, die Verweigerung der Steuerbanderolen sei unzulässig, weil sie gegen den Freihandelsgrundsatz verstoße.

Ein weiterer Fall, der noch nicht entschieden ist, betrifft die Frage, ob unter Produktion im Sinne von Art. XII die *gesamte* Produktion eines Landes auf dem entsprechenden Sektor zu verstehen ist, oder ob schon ein Teil

der Produktion ausreicht. – In Nicaragua hergestellte Nägel wurden in Costa Rica zu 9,10 \$ CA pro Zentner verkauft, in Nicaragua dagegen zu 9,70 \$ CA. In Costa Rica verkauften dortige Firmen vor dem Import aus Nicaragua einen Zentner Nägel für 12,80 \$ CA, senkten dann die Preise auf 10,00 \$ CA, um mit der Importware konkurrieren zu können.

Nach einer Untersuchung der Sicca⁹⁷ arbeiten einige Firmen bei diesem Preis mit Verlust.

Der CE hat den Fall noch nicht entschieden. Er wird entscheiden müssen, ob es nach Art. XII, Abs. 1 TG ausreicht, daß einigen Firmen, nicht aber der gesamten Produktionsbranche durch die unter normalem Wert verkauften Nägel ein Schaden entstanden ist.

cc) Exportsubventionen

Art. XI, Abs. 1 TG verbietet den Signatarstaaten, direkte oder indirekte Subventionen für Exporte in die Mitgliedsländer des MCCA zu gewähren. Nach Abs. 2 wird als indirekte Exportsubvention jede Praxis der Festsetzung oder Diskriminierung von Preisen in einem Staat betrachtet, die sich dahin auswirkt, daß der Verkaufspreis bestimmter Produkte in den anderen Ländern unter dem Preis liegt, der bei normalem Spiel des Marktes in dem Exportland zustande käme.

Diese indirekte Exportsubvention beruht auf einem künstlich niedriggehaltenen Preis, der aber im Gegensatz zum Dumping in Art. XII TG im Export- und Importland gleich ist. Weitere Voraussetzungen stellt Art. XI nicht, insbesondere nicht den eingetretenen oder drohenden Schaden der Produktion im Importland.

Nicht als Exportsubvention gelten Steuerbefreiungen, die ein Staat in allgemeiner Art mit dem Ziel der Produktionsförderung gewährt, Abs. 4.

Diese Ausnahme betrifft in erster Linie die in den nationalen Industrieförderungsgesetzen und dem „Convenio Incentivos Fiscales“ vorgesehenen Zollbefreiungen für den Import von Rohstoffen, Halbfertigwaren etc. Sind jedoch die Voraussetzungen des Art. IX, Abs. 1 TG erfüllt, besteht also adäquate Produktion in Zentralamerika, dann darf keine Zollbefreiung gewährt werden. Eine Zollbefreiung trotz des Verbots ist dann als Exportsubvention anzusehen. – Der CE hat in seiner Resolution 65_{II}⁹⁸ denn auch eine gegen Art. IX, Abs. 1 TG verstoßende Praxis als unlautere Handelspraxis bezeichnet. – Gemäß Art. XI, Abs. 5 wird auch nicht als Exportsubvention die Befreiung der Waren, die nach einem anderen Mitgliedsland exportiert werden, von der Verbrauchssteuer angesehen. Es ist dies die Ausformung des Grundsatzes des Bestimmungslandes bei der Verbrauchssteuer. Die Importware erhält keine günstigere Wettbewerbsbedingung, weil das Importland in der Regel eine Verbrauchssteuer erhebt.

dd) Weitere unlautere Handelspraktiken

Art. XI, Abs. 1 TG untersagt den Staaten neben den Exportsubventionen auch die Einführung oder Beibehaltung eines Systems, das bewirkt, daß bestimmte Waren zum Export in ein Partnerland zu einem niedrigeren als dem auf dem nationalen Markt eingeführten Preis verkauft werden. Diese Vorschrift betrifft also ein staatliches System, das einen niedrigeren Exportpreis als den Inlandsverkaufspreis zum Ziel hat. Nicht erforderlich ist im Gegensatz zum Dumping in Art. XII TG ein eingetretener oder drohender Schaden der Produktion des Importlandes.

Art. XI, Abs. 1 TG stellt diese Praktik neben die Exportsubventionen. Dem Grunde nach handelt es sich hierbei jedoch ebenfalls um eine Exportsubvention, weil der Zweck eines solchen Systems gerade die Exportförderung ist.

Schließlich regelt Art. XI, Abs. 3 TG noch einen speziellen Fall unlauterer Handelspraktik. Wenn in einem Land Waren aus Rohstoffen hergestellt werden, die unter Monopolbedingungen zu künstlich niedrigen Preisen erworben wurden, diese Waren in ein anderes Mitgliedsland exportiert werden und die bestehende nationale Produktion bedrohen, gibt der CE auf Antrag des sich betroffen fühlenden Staates ein Gutachten ab, ob eine unlautere Handelspraktik vorliegt.

Außer diesen Voraussetzungen muß aber noch ein ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal erfüllt sein, weil der CE begutachtet, ob eine unlautere Handelspraktik vorliegt. Bisher wurde ihm kein einschlägiger Fall zur Begutachtung vorgelegt. Denkbar wäre etwa das Kriterium, daß der Verkaufspreis der Ware unter dem Preis liegt, der unter normalen Marktverhältnissen zustande gekommen wäre, also zum Beispiel dann, wenn die Rohstoffe zu den üblichen Preisen eingekauft worden wären.

Vom Tatbestand des Art. XI, Abs. 3 TG nicht umfaßt ist der Fall, daß der Export der Ware etwa die Errichtung einer nationalen oder zentral-amerikanischen Industrie behindert, den zum Beispiel Art. XII aufführt.

Neben den in Art. XI TG geregelten Tatbeständen gibt Art. XIII, Abs. 1 TG dem CE die Möglichkeit, weitere Sachverhalte als unlautere Handelspraktiken zu qualifizieren. Art. XIII, Abs. 1 lautet: „Wenn einer der Vertragspartner der Meinung ist, daß unlautere Handelspraktiken bestehen, die nicht in Art. XI aufgeführt sind, so kann er den Handel nicht durch einseitigen Beschluß behindern, sondern muß die Angelegenheit dem CE vorlegen, damit dieser begutachtet, ob tatsächlich die Praktiken vorliegen. Der CE gibt innerhalb von 60 Tagen ein Gutachten ab, gerechnet vom Tage des Empfangs einer entsprechenden Mitteilung.“

Soweit ersichtlich, hat der CE bisher noch keinen Sachverhalt gemäß Art. XIII, Abs. 1 TG als unlautere Handelspraktik qualifiziert. Andererseits

haben sich die Wirtschaftsminister einmal auf diese Vorschrift berufen. Es handelt sich um den Fall der Sonderverbrauchssteuer in Nicaragua, womit dieses Land viele Produkte aus den übrigen Ländern des MCCA belegte, die nationalen Waren aber davon ausgenommen hatte. Die Wirtschaftsminister waren der Meinung, es handele sich um eine unlautere Handelspraktik im Sinne von Art. XIII, Abs. 1 TG, da durch die Verbrauchssteuer die Nachfrage nach Produkten aus dem übrigen Zentralamerika gedrosselt werde⁹⁹. Die vier Minister beschlossen, für alle Produkte aus Nicaragua eine Sicherheitsleistung in Höhe des Einfuhrzolls zu verlangen. Während Art. XI TG bei der Regelung der unlauteren Handelspraktiken auf Exportförderung abstellt, nahmen die Minister erstmals eine unlautere Handelspraktik auch im Fall einer Importrestriktion an, wobei sie sich auf Art. XIII, Abs. 1 stützten. Für diese Qualifizierung waren jedoch nicht die Minister zuständig. Diese Aufgabe obliegt nach Art. XIII dem CE.

ee) Maßnahmen

Nach Art. XIII, Abs. 2 TG kann jeder Vertragspartner, wenn er meint, unlautere Handelspraktiken lägen offenbar vor, vom CE die Erlaubnis erbitten, eine Sicherheitsleistung in Höhe der Einfuhrzölle zu verlangen.

Wenn der CE nicht innerhalb von acht Tagen den Fall begutachtet, kann der betroffene Vertragsstaat die Sicherheitsleistung verlangen, solange der CE nicht endgültig entschieden hat, Abs. 3.

Das Recht, eine Sicherheitsleistung zu verlangen, gilt in allen Fällen unlauterer Handelspraktik, also nicht nur im Fall des Abs. 1 des Art. XIII. Die Sicherheitsleistung ist aber von der vorherigen Genehmigung des CE abhängig. Dadurch soll sichergestellt werden, daß die Vertragsstaaten nicht einseitig den Freihandel blockieren.

Die Acht-Tage-Frist sieht der CE nicht als Ausschlußfrist an in dem Sinne, daß nach ihrem Ablauf der betroffene Staat unbeschränkt bis zur endgültigen Entscheidung des CE Sicherheitsleistung verlangen kann. Der CE nimmt vielmehr das Recht für sich in Anspruch, auch nach Ablauf der Frist noch eine vorläufige Entscheidung zu fällen. Das ergibt sich konkludent aus der Resolution 103¹⁰⁰.

Honduras warf einer Firma in El Salvador vor, sie liefere Verpackungschachteln für Kaffee zu Dumpingpreisen, und forderte vom CE die Ermächtigung zur Forderung der Sicherheitsleistung. Der CE entschied erst nach Ablauf der Acht-Tage-Frist den Fall und erklärte die Forderung der Sicherheitsleistung, die Honduras inzwischen beim Zoll verlangte, für unzulässig, da Honduras keine Beweise für unlautere Handelspraktiken erbracht habe. Die Sieca solle Untersuchungen anstellen, damit der Fall endgültig entschieden werden könne. Den Einwand von Honduras, nach

Ablauf der Acht-Tage-Frist könne es von sich aus bis zur endgültigen Entscheidung des CE Sicherheitsleistung verlangen, beachtete der CE nicht.

Die Sicherheitsleistung stellt ihrer Art nach nur eine vorläufige Maßnahme gegen unlautere Handelspraktiken dar. Sie impliziert jedoch als endgültige Maßnahme die Erhebung von Importzöllen. Von weiteren endgültigen Maßnahmen spricht Art. XIV TG, der lautet: „Sobald der CE ein Gutachten über unlautere Handelspraktiken abgegeben hat, teilt er den Vertragspartnern mit, ob es, gemäß diesem Vertrag, zulässig ist oder nicht, Schutzmaßnahmen gegen diese Praktiken zu ergreifen.“ Welche konkreten Maßnahmen getroffen werden können, sagt der TG nicht. Auch der CE hat darüber noch keine Entscheidungen gefällt.

ff) Unlautere Handelspraktiken von Drittländern

Die Vorschriften des TG über unlautere Handelspraktiken betreffen den Handelsaustausch zwischen den Mitgliedsländern des MCCA, regeln aber nicht derartige Praktiken von seiten der Drittländer. Die Einfuhr von Waren aus Drittländern zu Dumpingpreisen etwa könnte leicht die erst im Entstehen begriffene Industrie Zentralamerikas gefährden und dadurch den Austausch zentralamerikanischer Waren innerhalb des MCCA drosseln. Um dieser Gefahr gemeinsam zu begegnen, haben die fünf Mitglieder des MCCA in Kap. III des „Protocolo al Convenio Centroamericano Equip.“ vom 31. Juli 1962¹⁰¹ Sonderregelungen über unlautere Handelspraktiken getroffen.

Nach Art. XII des Protokolls ergreifen die Vertragspartner alle notwendigen Schritte, um unlauteren Handelspraktiken bei der Wareneinfuhr aus Drittländern zu begegnen, insbesondere dem Dumping und den Exportsubventionen.

Wenn eine Regierung multilaterale Maßnahmen für erforderlich erachtet, unterbreitet sie dem CE die Tatsachen, die nach ihrer Meinung die unlautere Handelspraktik begründen. Der CE qualifiziert den Fall unter Anwendung der Definitionen und Kriterien, die der TG über diese Materie bezüglich des zentralamerikanischen Handelsaustausches gibt, Art. XIII Protokoll.

Werden unlautere Handelspraktiken nachgewiesen, so wird gegen den Empfänger der Waren durch CE-Entscheidung eine Sanktion von 100 US \$ pro Bruttokilo und 100% ad valorem der Ware verhängt, unbeschadet jeder anderen Maßnahme, die der CE beschließt. Die Entscheidung des CE ist für die Vertragspartner bindend. Die Sanktion wird von der Regierung des Landes vollzogen, in dem der Import erfolgte, Art. XIV Protokoll.

Diese Maßnahmen – 100 US \$ pro Bruttokilo und 100% ad valorem der Ware – wurden, soweit ersichtlich, bislang noch nicht vom CE verhängt.

c) Gesundheitspolizeiliche Vorschriften

Gemäß Art. III, Abs. 4 TG müssen alle Ursprungswaren wie einheimische Waren behandelt werden. Sie sind von allen quantitativen Beschränkungen oder anderen Maßnahmen befreit, mit Ausnahme von legalen Kontrollmaßnahmen aus gesundheitspolizeilichen Gründen, aus Gründen der Sicherheit oder der polizeilichen Überwachung.

Die Vorschrift will die Freihandelswaren von allen Restriktionen befreien, um einen ungehinderten Austausch zu gewährleisten. Ausgenommen sind die polizeilichen Maßnahmen. Unter ihnen haben die gesundheitspolizeilichen Maßnahmen in der Praxis des MCCA eine besondere Bedeutung. Innerhalb dieser Kategorie sind wiederum die Kontrollen bei landwirtschaftlichen Waren von Wichtigkeit.

Alle Länder des MCCA verlangen bei landwirtschaftlichen Waren Gesundheitszeugnisse, die je nach Land und Art der Waren variieren¹⁰².

Diese Zeugnisse werden für Import und Export verlangt. In einigen Ländern müssen sie von einem Konsulat des importierenden Landes mit einem Visum beglaubigt werden.

Dazu verlangen einige Länder noch Import- oder Exportlizenzen des Wirtschaftsministers, ohne die die Gesundheitszeugnisse nicht ausgestellt werden.

Schließlich müssen die Waren noch von einem Quarantänebeamten inspektiert werden.

Die Fülle dieser Kontrollen kann leicht zur Behinderung des Freihandels führen. In einigen Fällen wurde der Freihandel sogar mit der Begründung unterbrochen, die Ware verstoße gegen gesundheitspolizeiliche Vorschriften.

So sperrte Honduras die Einfuhr von Weinen aus Guatemala mit dieser Begründung. Der CE¹⁰³ gab Honduras auf, genaue Angaben zu machen, gegen welche Vorschriften die Weine verstießen. Honduras berief sich daraufhin nicht mehr auf gesundheitspolizeiliche Vorschriften, sondern begründete die Importsperrung nunmehr damit, die Weine seien keine Ursprungsware. Der CE entschied aber durch Resolution 63¹⁰⁴, die Weine seien Ursprungsware.

In einem anderen Fall verlangte Honduras, die aus El Salvador importierten Eier müßten in neuen Behältern eingeführt werden, da die Benutzung schon gebrauchter Behälter gesundheitsschädigend sei. In Honduras selbst brauchten Eier nicht in neuen Behältern transportiert zu werden.

Der CE sah darin einen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. III, Abs. 4 TG und entschied durch Resolution 73¹⁰⁵, die Maßnahmen seien mit dem im TG festgelegten Freihandel nicht vereinbar.

Einige der im Rahmen der gesundheitspolizeilichen Maßnahmen geforderten Zertifikate sind mit Art. III, Abs. 4 TG¹⁰⁶ nicht vereinbar.

Die Gesundheitszeugnisse selbst sind gerechtfertigt, da sie verhindern sollen, daß Krankheiten eingeschleppt werden. Es gibt jedoch auch Zweifel an der Richtigkeit des im Zertifikat bezeugten Inhalts. Guatemala sperrte die Einfuhr von Salz aus El Salvador, weil es bezweifelte, daß das Salz, wie das Zertifikat auswies, mit Jod versetzt sei. In Guatemala besteht ein Gesetz, nach dem dem Salz Jod beizugeben ist. Damit soll der Jodmangel breiter Bevölkerungskreise beseitigt werden, der zu Funktionsstörungen der Schilddrüse führt.

Der CE erklärte in seiner Resolution 57¹⁰⁷, die Gesundheitszeugnisse, die in legaler Weise von der Regierung eines zentralamerikanischen Landes ausgestellt seien, müßten in allen Ländern der Region anerkannt werden.

Das Visum des Konsulats soll beglaubigen, daß das Gesundheitszeugnis vom zuständigen Beamten ausgestellt ist. In den zentralamerikanischen Ländern ist die Zahl der Quarantänebeamten gering und überschaubar. Es ließe sich leicht eine Liste aller Beamten mit Unterschriftsprobe aufstellen und an die Zollämter verteilen. Dadurch könnte der Zoll leicht die Richtigkeit der Unterschrift prüfen, und ein Visum wäre überflüssig. Hinzu kommt, daß die landwirtschaftlichen Waren zum größten Teil in den grenznahen Gebieten ausgetauscht werden, die Konsulate aber zu meist ihren Sitz in der Hauptstadt des jeweiligen Landes haben. Dadurch ist ein Visum nur mit großem Aufwand an Zeit und Mitteln zu erhalten. Dies stellt eine unnötige Behinderung des Freihandels dar, die mit dem TG nicht vereinbar ist.

Schließlich stellen die Export- oder Importlizenzen der Wirtschaftsminister bei diesen Waren nach Art. III, Abs. 4 TG unzulässige Restriktionen dar, die ihren Grund in einer wirtschaftspolitischen Mengenbeschränkung, nicht aber in gesundheitspolizeilichen Erwägungen haben.

Die Sieca¹⁰⁸ hat Vorschläge unterbreitet, die darauf abzielen, die gesundheitspolizeilichen Vorschriften für landwirtschaftliche Waren in den fünf Ländern zu harmonisieren und den Erfordernissen des Freihandels im Gemeinsamen Markt anzupassen. Nach diesen Vorschlägen sollen u. a. in jeder Zollstelle Quarantänebeamte tätig sein und die Konsulatsvisa sowie die Export- und Importlizenzen abgeschafft werden. Der CE hat die Vorschläge in seiner Resolution 4¹⁰⁹ gutgeheißen und an die Landwirtschaftsminister zur Prüfung weitergeleitet. Bisher wurden sie jedoch nicht verwirklicht.

d) Sonstige Beschränkungen für Freihandelswaren

Nach Art. III, Abs. 4 TG werden die Ursprungswaren in allen Mitgliedsstaaten wie einheimische Waren behandelt und sind von allen quantitativen oder anderen Beschränkungen und Maßnahmen befreit.

Unter die verbotenen Beschränkungen fällt zunächst einmal jede Mengenbeschränkung und jedes Importverbot, dann aber auch jedes Exportverbot. Denn Art. III TG will den unbeschränkten Austausch der Ursprungswaren im MCCA gewährleisten. Zu diesem Austausch gehört nicht nur die ungehinderte Einfuhr, sondern auch die Ausfuhr. Der CE hat dies in einem Fall, der ein Exportverbot betraf, deutlich gemacht.

Da rohes Rindsleder auf dem zentralamerikanischen Markt knapp war, verfügte die Regierung Nicaraguas im Oktober 1966 ein Exportverbot für diese Ware. Eine nicaraguensische Firma konnte dadurch einen Vertrag mit einer Firma in Honduras nicht mehr erfüllen. Honduras brachte den Fall vor den CE. Er entschied in seiner Resolution 64¹¹⁰, das Exportverbot verstoße gegen den TG und Nicaragua habe unverzüglich den Freihandel wieder herzustellen.

Eine weitere Beschränkung des Freihandels hat sich im MCCA durch die Einführung einer sogenannten Handelslizenz ergeben.

Ein Gesetz in Nicaragua verlangt, daß Importeure eine Handelslizenz haben müssen, die gegen eine bestimmte Gebühr jährlich zu erneuern ist. Ohne die Handelslizenz kann keine Ware importiert werden. Die Freihandelswaren im MCCA sind davon nicht ausgenommen.

Die Sieca gab ein Gutachten¹¹¹ ab, das zu dem Schluß kommt, das Gesetz sei auf den Handel mit Freihandelswaren nicht anwendbar. Sie stütze sich dabei auf Art. 3 CAUCA¹¹², unter dessen Buchstaben m) als nationale Ware definiert ist: die Naturprodukte und hergestellten Produkte eines jeden Landes und diejenigen, die nach dem TG Freihandel genießen. Daraus schließt die Sieca, da die Freihandelswaren als nationale Waren gelten, könne bei ihrer Einfuhr nach Nicaragua nicht von „Import“ im Sinne des Gesetzes die Rede sein.

Der CE erklärte, die Handelslizenz verstoße gegen den TG, und beschloß durch Resolution 84¹¹³, Nicaragua müsse die Anwendung des Gesetzes über Handelslizenzen bei zentralamerikanischen Einfuhren suspendieren.

Das Erfordernis der Handelslizenz zur Einfuhr von Freihandelswaren verstößt in verschiedener Hinsicht gegen den TG. Zum einen ist es unvereinbar mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. III, Abs. 4 TG, nach dem Ursprungswaren wie einheimische Waren zu behandeln sind. Für nicaraguensische Waren verlangt das Gesetz keine Handelslizenz.

Zum anderen verstößt es gegen das Verbot jeglicher Restriktionsmaßnahmen in Art. III, Abs. 4 TG. Die Beschränkung liegt schon in der einfachen

Forderung nach einer Handelslizenz für Freihandelswaren und wird noch verschärft durch die Tatsache, daß dafür eine jährliche Gebühr erhoben wird. Da ohne die Lizenz keine Waren importiert werden dürfen, läuft die Gebühr auf eine allgemeine Importabgabe für Freihandelswaren hinaus, die jedoch nach Art. III, Abs. 2 TG unzulässig ist.

Außerdem liegt ein Verstoß gegen Art. VII TG vor. Danach darf kein Signatarstaat Vorschriften über die Verteilung oder den Verkauf von Waren erlassen, die die Ursprungswaren eines anderen Mitgliedslandes gegenüber gleichen einheimischen Waren benachteiligen können.

Der Importeur wird regelmäßig die Gebühr für die Handelslizenz durch Preiserhöhungen der Waren von sich abwälzen, wodurch diese Waren gegenüber einheimischen Waren benachteiligt sein können.

5. Ausnahmen vom Freihandelsprinzip

Von dem Grundsatz des Freihandels für alle Ursprungswaren macht Art. IV TG eine Ausnahme für die Waren, die im Annex „A“ des TG aufgeführt sind. Sie unterliegen Sonderregelungen. Nach Ablauf des fünften Jahres nach Inkrafttreten des TG tritt für diese Waren automatisch Freihandel ein, wenn nicht im Annex „A“ etwas anderes vorgesehen ist. Im Annex „A“ hat jedes Land mit jedem anderen eine Warenliste, die die Bezeichnung der Ware, ihre Klassifizierung nach der Zollnomenklatur NAUCA und die Art der Sonderregelung enthält. Zur Erläuterung und Definition der Sonderregelungen ist im Annex „A“ eine allgemeine Note vorangestellt worden.

Folgende Sonderregelungen bestehen im Annex „A“:

Vorzugstarife (Beispiel: Liste Guatemala-Honduras, 851-02 Schuhe aller Art) Nach Ziff. 2 und 3 der Note umfaßt der Vorzugstarif alle Abgaben, die auf den Warenaustausch zwischen den Partnern erhoben werden, also Zölle, Konsulargebühren und andere Einfuhrabgaben.

Mengenbeschränkungen (Beispiel: Liste Guatemala-Nicaragua, 112-02-00 Fruchtsäfte)

Bis zur Höhe der Kontingente genießen die Waren Freihandel, ebenso die von einer Regierung bewilligten Zusatzkontingente. Die darüber hinausgehenden Warenmengen werden normal verzollt (Ziff. 4 der Note).

Import- und Exportkontrollen (Beispiel: Liste Guatemala-Nicaragua, 412-07-00 Kokosnuß-Öl, 282-01-00 Eisen- und Stahlschrott)

Ihre Anwendung ist den Regierungen freigestellt. Werden die Kontrollen angewandt, so genießen die Waren nur Freihandel, wenn eine entsprechende Import- oder Exportlizenz erteilt ist. Ist sie nicht erteilt, unterliegen die Waren den allgemeinen Zöllen, Mengenbeschränkungen etc. (Ziff. 5 der Note).

Freihandel abhängig von vorheriger Einfuhrzollangleichung (Beispiel: Liste Guatemala-Nicaragua, 122-02-00 Zigaretten)

Die Angleichung gilt als erreicht, wenn zwischen den beiden Partnern der gleiche Zollsatz gültig ist (Ziff. 7 der Note).

Freihandel abhängig von der Unterzeichnung eines Sonderabkommens (Beispiel: Liste Guatemala-Nicaragua, 665-01-00 Glasbehälter¹¹⁴)

Bei einer Sonderregelung hatte der CE zu entscheiden, ob die Unterzeichnung eines Sonderabkommens Bedingung für den Eintritt des Freihandels war. Es handelte sich um den Austausch von Mais, Reis, Hirse und Bohnen zwischen Costa Rica und den übrigen Mitgliedsländern. Bei diesen Waren sieht der Annex „A“ Mengenbeschränkungen vor. In der Sonderregelung heißt es dann weiter: „Freihandel mit Beginn des fünften Jahres ab Inkrafttreten der TG. Innerhalb eines Zeitraumes von nicht mehr als drei Jahren ab Inkrafttreten des TG werden die Vertragsparteien ein Sonderabkommen unterzeichnen, um den Handel zu regulieren, die Versorgungspolitik zu koordinieren und die größtmögliche Freiheit des Handels zu sichern.“

Außer Costa Rica waren alle Länder der Meinung, mit Beginn des fünften Jahres ab Inkrafttreten des TG, also des 4. Juni 1965, bestehe Freihandel für diese Waren. Costa Rica dagegen vertrat die Ansicht, erst nach Abschluß des Sonderabkommens komme Freihandel zum Zuge. Dieses Abkommen war aber am 4. Juni 1965 noch nicht abgeschlossen. Die Sieca kam in einem Gutachten¹¹⁵ zu dem Schluß, das Sonderabkommen sei keine Bedingung für den Freihandel dieser Waren. Einmal spreche der Wortlaut der Sonderregelung klar vom Freihandel mit Beginn des fünften Jahres ab Inkrafttreten des TG. Hätten die Vertragsparteien das Abkommen als Bedingung gewollt, so hätten sie eine andere Formulierung gewählt, wie sie es zum Beispiel in der Liste Guatemala-Costa Rica, 121-01-00 für Tabak getan hätten, wo es heißt „Freihandel, wenn ein Sonderabkommen unterzeichnet ist ...“ Zum anderen handele es sich um eine Ausnahme vom Freihandelsprinzip, die daher eng anzulegen und nicht mit der Klausel beim Tabak gleichzusetzen sei.

Der CE entschied durch Resolution 39¹¹⁶, die Waren genossen mit Beginn des fünften Jahres ab Inkrafttreten des TG Freihandel. Dieser sei nicht von der Unterzeichnung des Sonderabkommens abhängig.

Die Argumentation der Sieca ist zutreffend. Hätten die Vertragspartner eine Bedingung zwischen Freihandel und dem Abschluß des Sonderabkommens treffen wollen, so hätten sie eine andere Formulierung gewählt. Das haben sie außer in dem von der Sieca erwähnten Fall des Tabaks zum Beispiel auch in der Liste Guatemala-Nicaragua, 665-01-00 Glasbehälter gemacht, wo die Sonderregelung lautet: „Libre comercio sujeto a un

protocolo especial“ (Freihandel einem Spezialprotokoll unterworfen). Das Sonderabkommen („Protocolo Especial de Granos“) wurde am 28. Oktober 1965 unterzeichnet.

Die Sonderregelungen im Annex „A“ haben unterschiedliche Dauer. In der Regel endeten sie gemäß Art. IV TG nach Ablauf des fünften Jahres nach Inkrafttreten des TG¹¹⁷. Einige endeten schon früher (z. B. Liste Guatemala-Nicaragua, 821-09-01 Matratzen: Freihandel ab 4. Jahr).

Schließlich bestehen einige zeitlich unbegrenzt (z. B. Liste Guatemala-Nicaragua, 061 Rohrzucker: Importkontrolle) oder sind vom Eintritt einer auflösenden Bedingung abhängig gemacht (Zollangleichung oder Unterzeichnung eines Sonderabkommens).

Die Sonderregelungen im Annex „A“ sind demnach in drei Gruppen einteilen, sie sind

- a) von unbegrenzter Dauer¹¹⁸,
- b) von begrenzter Dauer,
- c) von bedingter Dauer¹¹⁹.

Unter welchen Voraussetzungen die Sonderregelungen abgeändert werden können, bestimmt Art. IV, Abs. 2 TG. Dort heißt es: „Dichas modalidades y requisitos sólo podrán ser modificados previa negociación multilateral en el Consejo Ejecutivo. El Anexo A forma parte integrante de este Tratado.“ („Diese Modalitäten und Erfordernisse können nur abgeändert werden nach vorheriger multilateraler Verhandlung im Exekutivrat. Der Annex A ist ein integraler Bestandteil dieses Vertrages.“)

Schon zu Beginn der MCCA ergab sich die Frage, ob die multilaterale Verhandlung im CE das einzige Erfordernis für die Abänderung sei oder ob noch die Unterzeichnung eines Abkommens hinzukommen müsse. Die Sieca legte dem CE über diese Frage ein Gutachten¹²⁰ vor, in dem sie zu dem Schluß kam, die multilaterale Verhandlung im CE sei ausreichend, Art. IV TG wolle durch die Verhandlung sicherstellen, daß die Interessen der übrigen Mitglieder nicht verletzt würden. Ein Abkommen sei aber nicht erforderlich; denn andernfalls hätte man dies ausdrücklich geregelt, wie zum Beispiel in Art. XXVIII TG.

Dieser Artikel bestimmt: „Las partes contratantes convienen en efectuar consultas en el Consejo Ejecutivo, con anterioridad a la suscripción entre ellos de nuevos tratados que afecten el libre comercio.“ („Die Vertragsparteien kommen überein, bevor sie neue Verträge miteinander unterzeichnen, die den Freihandel berühren, im Exekutivrat Konsultationen durchzuführen.“)

Der CE konnte sich nach dem Gutachten der Sieca nicht entscheiden und wollte erst noch weitere Gutachten zentralamerikanischer Juristen einholen¹²¹. Doch schon in seiner nächsten Sitzung ging der CE ohne

diese Gutachten und ohne jede weitere Erörterung des Problems davon aus, daß zur Abänderung der Sonderregelungen diese Verhandlungen im CE ausreichend seien. So beschloß er, die Quote für Farbe (NAUCA 533-03-01) der Liste Honduras-Nicaragua von 70 000 kg auf 140 000 kg zu erhöhen. Diese Vereinbarung sollte aber erst mit dem Austausch von Noten der Außenminister wirksam werden, der binnen 30 Tagen nach dem Ende der Sitzung des CE zu erfolgen hatte¹²².

Aus der Akte ist keine Begründung des CE für die Notwendigkeit des Notenaustausches ersichtlich. In einem späteren Fall erhob der CE diese Forderung auch nicht mehr. Er entschied sich mit Stimmenmehrheit für eine Zollsenkung für Kekse in der Liste Honduras-Costa Rica¹²³. Guatemala und El Salvador vertraten die Ansicht, die Veränderung der Sonderregelung bedürfe eines Abkommens, die übrigen Mitglieder aber hielten die Vereinbarung im CE für ausreichend.

Die Ansicht des CE und der Sieca hinsichtlich der Abänderung der Sonderregelungen im Annex „A“ ist nicht überzeugend. Aus dem Wortlaut des Art. IV, Abs. 2 TG läßt sich nicht schließen, daß die Sonderregelungen durch Vereinbarung des CE abgeändert werden können. Die Worte „previa negociación“ bedeuten „nach vorhergehender Verhandlung“, nicht aber „durch Verhandlung“. Wenn aber Verhandlungen des CE vorauszu-gehen haben, dann muß ein weiterer Akt folgen. Dieser Akt ist die Unterzeichnung eines Abkommens. In Art. IV, Abs. 2 heißt es u. a.: „Der Annex A ist integraler Bestandteil dieses Vertrages.“ Ist er aber ein Teil des TG, so kann er auch nur in der gleichen Weise verändert werden, wie er geschlossen wurde, nämlich durch multilateralen Vertrag. Die vorherige Verhandlung des CE hat den Sinn, das Integrationsorgan einzuschalten, das mit den Einzelfragen des MCCA vertraut ist, um mögliche Unstimmigkeiten im Vertragswerk auszuschließen.

II · ZOLLUNION

In Art. I TG haben sich die Signatarstaaten zur Errichtung einer Zollunion verpflichtet. In dieser Zollunion werden alle Zollbarrieren innerhalb der Mitgliedsländer fallen und alle Waren ohne Unterschied ihrer Herkunft frei zirkulieren. Unbeschränkter Handel aller Waren im Inneren setzt einen gemeinsamen Zoll nach außen voraus. Daher haben die Mitgliedsländer des MCCA in Art. II TG die Verpflichtung zur Schaffung eines einheitlichen zentralamerikanischen Außenzolls nach Maßgabe des Conv. Equip. (Zentralamerikanisches Abkommen über Angleichung der Importzölle) übernommen. Dieses Abkommen war bereits 1959 – also ein

Jahr vor dem TG – auf Grund des Multilateralen Freihandelsvertrags von 1958 geschlossen worden und bildet im MCCA die Grundlage für die Zollangleichung.

Der Conv. Equip. sieht die Angleichung der Importzölle auf drei einheitlichen Basen vor: der Warenbezeichnung, der Zollberechnung und der Angleichungsmodalitäten.

1. Warenbezeichnung

Nach Art. I, Satz 2 Conv. Equip. wird die NAUCA („Nomenclatura Arancelaria Uniforme Centroamericana“) als einheitliche Zollnomenklatur übernommen. Diese Zollnomenklatur wurde von einem Subkomitee des CCE in den 50er Jahren ausgearbeitet. Das Komitee nahm als Grundlage die von der UNO erarbeitete CUCI („Clasificación Uniforme para el Comercio Internacional“)¹²⁴. Der CCE empfahl dann den Regierungen durch Resolution 18¹²⁵, die NAUCA anzunehmen. Einige Staaten wandten dann zu Statistikzwecken in den folgenden Jahren die NAUCA an. Rechtsverbindlich wurde die NAUCA aber erst durch den Conv. Equip.

2. Zollberechnung

Der gemeinsame Importzoll setzt sich nach Art. V Conv. Equip. aus zwei Teilen zusammen: einem Zoll ad valorem und einem spezifischen Zoll. Als ad-valorem-Grundlage wird der CIF-Wert der Ware genommen; das bedeutet Kosten der Ware im Importhafen, die sich aus den Kosten der Ware selbst im Exporthafen, den Transportkosten und den Kosten für die Versicherung zusammensetzen.

Als Belastungseinheit des spezifischen Zolls nimmt man das Bruttokilo. Die Zollhöhe ist in US \$ ausgedrückt.

Um eine effektiv einheitliche Zollbelastung in allen Mitgliedsländern zu gewährleisten, wurde zum Zweck der Zollberechnung in Art. VI Conv. Equip. eine feste Parität der jeweiligen Landeswährung zum US \$ festgesetzt. Wenn ein Land den Wechselkurs zum US \$ ändert, ist es verpflichtet, die Zölle entsprechend zu modifizieren.

Die Staaten sind nach Art. V Conv. Equip. verpflichtet, keine anderen Abgaben beim Import zu erheben als die im Abkommen vereinbarten. Bestehen mit Nichtsignatarstaaten Abkommen, die niedrigere Zölle als der Conv. Equip. vorsehen, so müssen die Abkommen neu ausgehandelt werden (Art. VII Conv. Equip.).

3. Angleichungsmodalitäten

Der „Convenio“ kennt gemäß Art. II zwei Arten der Angleichung:

- a) eine sofortige Angleichung;
die Liste „A“ des „Convenio“ enthält die einheitlichen Zölle und Waren, die sofort, d. h. mit Inkrafttreten des „Convenio“ wirksam werden;
- b) eine Übergangsregelung;

die Liste „B“ des „Convenio“ enthält die Waren, die unter die Übergangsregelung fallen. Danach werden die Zölle stufenweise angeglichen. Unter I der Liste „B“ ist der zu erreichende Einheitszoll genannt, II führt den Zeitraum an, binnen dessen die Zölle angeglichen werden sollen, und III gibt die Anfangszölle für jedes einzelne Land an.

Die Liste „B“ hat 5 Annexe, in denen für jedes der fünf Mitgliedsländer die Zölle aufgeführt sind, die in jedem Jahr der Übergangszeit gelten.

Die jährliche Erhöhung oder Senkung der Zölle in Richtung auf den Einheitszoll muß gleichmäßig sein. Sie darf nach Art. XIV, Abs. 5 Conv. Equip. nicht unter dem Quotienten liegen, der sich aus der Division der Summe der Zollveränderungen durch die Anzahl der Jahre der Übergangszeit ergibt.

Diese Norm hielten die Staaten in einem Fall nicht ein. Sie hatten für Synthetikgarne im Protokoll zum Conv. Equip. vom 31. Juli 1962 eine stufenweise Zollangleichung vereinbart. Gleichwohl führte Honduras weiterhin diese Waren zu 1,1 US \$ per Bruttokilo ein, worauf das Hochzollland Nicaragua (6 US \$ per Bruttokilo) den Freihandel für die in Honduras aus Synthetikgarn hergestellten Oberhemden unterbrach. Um eine endgültige Lösung zu erreichen, schuf man eine Sonderregelung für Synthetikgarne im „Acuerdo Especial“ vom 7. Februar 1965, die eine nicht gleichmäßige stufenweise Angleichung vorsieht. So kann zum Beispiel Guatemala während der Übergangszeit in jedem Jahr den gleichen Zoll erheben. Außerdem schuf man unterschiedliche Importzölle für den Handel im allgemeinen (Art. II Acuerdo Especial) und für die Bekleidungsindustrie (Art. III Acuerdo Especial).

Die Zollangleichung wurde durch sieben Protokolle zum Conv. Equip. vervollständigt:

- 1) 1. Protokoll von Managua vom 13. Dezember 1960¹²⁶;
- 2) Protokoll von San José vom 31. Juli 1962¹²⁷;
- 3) 1. Protokoll von San Salvador vom 29. Januar 1963¹²⁸;
- 4) Protokoll von Guatemala vom 1. August 1964¹²⁹;
- 5) Acuerdo Especial vom 7. Februar 1965¹³⁰;
- 6) 2. Protokoll von San Salvador vom 5. November 1965¹³¹;
- 7) 2. Protokoll von Managua vom 16. November 1967¹³².

Insgesamt konnten von den 1535 in der NAUCA enthaltenen Warenpositionen 1497 vereinheitlicht werden¹³³. Das sind immerhin 97,5% aller Warenpositionen. Die verbleibenden 38 Positionen machen jedoch einen beträchtlichen Teil der Einfuhren der fünf Länder aus. Bei diesen Waren handelt es sich in der Hauptsache um Autos, Erdöl und dessen Derivate und einige technische Geräte, deren Zölle einen wesentlichen Anteil an den Einkünften der Länder ausmachen. Die Einfuhr dieser Waren beträgt im Durchschnitt für alle Länder 17,7%, wobei Guatemala mit 30% den ersten und Honduras mit 13,6% den letzten Platz einnimmt¹³⁴.

Die Vereinheitlichung dieser Zölle stieß bisher auf große Schwierigkeiten. Doch selbst wenn sie gelingen sollte, wäre die Errichtung einer Zollunion noch nicht in greifbarer Nähe, da die Länder dann vor die Notwendigkeit gestellt würden, ein System zur Verteilung der Zolleinkünfte zu vereinbaren¹³⁵, da bei Freihandel für alle Waren die Importe aus Drittländern sehr wahrscheinlich in das Land eingeführt würden, das die günstigsten Bedingungen zur Einfuhr aufweist, wie zum Beispiel Hafenanlagen etc.

Der CEC beschloß daher im März 1969 in seiner Resolution 54¹³⁶, in naher Zukunft ein Abkommen zu unterzeichnen, das die schrittweise Verwirklichung einer Zollunion regeln sollte. Der bewaffnete Konflikt zwischen El Salvador und Honduras unterbrach jedoch diese Anstrengungen.

4. Veränderung des gemeinsamen Außenzolls

Der gemeinsame Außenzoll ist neben dem Freihandel das konstitutive Element des MCCA. Er soll zusammen mit dem erweiterten Markt als Stimulans für die zentralamerikanische Produktion, insbesondere die Industrie wirken. Eine adäquate Zollpolitik setzt voraus, daß einmal die Höhe des Zolls die Industrie begünstigt, zum anderen aber der Zollschatz auch im entscheidenden Augenblick gewährt wird. Das bedeutet: der gemeinsame Außenzoll muß der jeweiligen Entwicklung der Industrie rasch angepaßt werden. Dieses Erfordernis ist in Zentralamerika nicht erfüllt.

Der Außenzoll wird in der Regel nur sehr langsam verändert. Nach Art. XII Conv. Equip. wird auf Antrag eines Staates der gemeinsame Außenzoll „... a través de la Comisión Centroamericana de Comercio ...“¹³⁷ („durch die Zentralamerikanische Handelskommission“) neu verhandelt. Das bedeutet aber nicht, daß ein Beschluß des CE die Zölle wirksam verändern kann. In der Praxis hat man ein anderes Verfahren befolgt. Die vom CE neu verhandelten Außenzölle wurden jeweils in ein Protokoll¹³⁸ zum Convenio Equiparación aufgenommen, das dann von den Parlamenten ratifiziert wurde. In der Regel verstrichen zwischen der

Unterschrift und dem Inkrafttreten mehrere Jahre. So trat zum Beispiel das am 1. August 1964 unterzeichnete Protokoll von Guatemala erst am 4. Mai 1967 in Kraft.

Mit dieser Starrheit des Außenzolls befaßte sich erstmals eine gemeinsame Konferenz der Wirtschafts- und Finanzminister Zentralamerikas im April 1965¹³⁹. Sie beauftragte die Sieca mit der Ausarbeitung eines Abkommensentwurfs, der die Veränderung des Außenzolls flexibler gestalten sollte. Die Sieca legte dem CE daraufhin ein Projekt¹⁴⁰ vor, das folgendes Verfahren vorsah: ein Abkommen sollte für jede Ware ein Maximum und Minimum des Zolls festlegen. Innerhalb dieses Spielraumes sollte der CEC jeweils die Höhe des Zolls festsetzen können, der dann von jeder Regierung durch Dekret in Kraft gesetzt werden sollte. Der CE wollte das Problem jedoch erneut studieren und verschob eine Entscheidung. Im November 1967 beschäftigte sich dann der CEC mit dieser Frage. Diesmal unterbreitete die Sieca einen weitergehenden Vorschlag¹⁴¹. Der CEC solle, wie im ersten Projekt, die Höhe des Zolls festlegen, wirksam werden solle er jedoch durch Veröffentlichung in einem zu schaffenden Amtsblatt („Gaceta Oficial Centroamericana“).

Der CEC¹⁴² kam zu dem Schluß, diese Lösung entspreche am besten den Erfordernissen der Integration, werde aber sicher auf den Widerstand einiger Länder stoßen.

Auch eine gemeinsame Konferenz des CEC, des Zentralamerikanischen Währungsrates und der Finanzminister¹⁴³ kam zu einem ähnlichen Ergebnis. Sie erklärten, es sei noch nicht die Stunde gekommen, ein Organ des MCCA mit einer so markanten supranationalen Zuständigkeit auszustatten.

Gelang es bisher auch nicht, einen Modus zur schnellen Veränderung des gemeinsamen Außenzolls für alle Waren zu schaffen, so konnte man doch einen Schritt in Richtung eines flexibleren Außenzolls für einige Waren der Baumwolltextilindustrie tun. In Art. XI des 2. Protokolls von Managua setzte man für vier Baumwollstoffarten jeweils einen Minimum- und Maximumzoll fest. Die genaue Höhe des Zolls wird dann nach einem besonderen Verfahren, das Art. XII regelt, festgesetzt.

Mit Inkrafttreten des Protokolls werden zunächst die Minimumzölle angewandt. Jede der Vertragsparteien kann aber bei zwei der vier Stoffarten (es handelt sich um die Zollnummern 652-02-03 und 1652-02-04) eine Erhöhung der Zölle bis zur Höhe des Maximumzolls verlangen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind: die bisherige Zollhöhe muß unzureichend sein, um die zentralamerikanische Produktion dieser Waren zu stimulieren, oder die Erhöhung dient zur Verhinderung unlauterer Handelspraktiken.

Zunächst untersucht die Sieca die Tatsachen, die den Antrag stützen, und unterbreitet dann dem CE den Fall. Dieser entscheidet gemäß Art. XII Conv. Equip. und empfiehlt dem CEC, die neuen Zölle festzusetzen.

Der CEC trifft seine Entscheidung über die neuen Zölle einstimmig. Der Beschluß des CEC wird binnen zehn Tagen nach Ende der Sitzung, in der der CEC die neuen Zölle festgesetzt hat, den Vertragsparteien von der Sieca mitgeteilt. Binnen fünfzehn Tagen nach dieser Mitteilung faßt jede Regierung einen Beschluß, die neuen Zölle in Kraft zu setzen. Dieser Beschluß muß innerhalb von zwei Monaten nach Schluß der oben genannten Sitzung des CEC im Gesetzesblatt jedes Landes veröffentlicht werden. Acht Tage nach der Veröffentlichung werden die neuen Zölle wirksam. Jede Veränderung der Zölle bei den zwei oben erwähnten Baumwollstoffen bewirkt eine automatische Anpassung der Zölle der beiden restlichen in Art. XI aufgezählten Stoffarten, dergestalt, daß der Abstand des spezifischen Zolls zwischen diesen und jenen jeweils 0,50 US \$ per Bruttokilo bleibt.

Der CE kann dem CEC empfehlen, die von ihm vereinbarten Zölle wieder zu senken bis zum Minimalzoll. Die Voraussetzungen einer solchen Senkung sind: Die Maßnahme muß dazu dienen,

1. ungerechtfertigte Preiserhöhungen zu bekämpfen, oder
2. Praktiken, die die Marktbedingungen verzerren, oder
3. unnötige Investitionsduplikationen in der Baumwolltextilindustrie zu vermeiden.

Dieses neue Verfahren zur Veränderung des gemeinsamen Außenzolls wurde bisher noch nicht in der Praxis angewandt, da das im November 1967 unterzeichnete 2. Protokoll von Managua erst am 23. März 1969 in Kraft getreten ist und die Arbeit des CEC seit dem bewaffneten Konflikt zwischen El Salvador und Honduras im Juni 1969 unterbrochen ist.

I · INTEGRATIONSINDUSTRIE

Innerhalb der zentralamerikanischen Integrationsbestrebungen mißt man der Industrialisierung der Region eine hervorragende Bedeutung bei. Sie soll der Motor zur Hebung des Lebensstandards sein. Die Industrialisierung soll neue Arbeitsplätze schaffen und zur Importsubstitution beitragen, um die einseitige Abhängigkeit der Volkswirtschaften vom Devisenerlös der wenigen Exportprodukte wie Kaffee und Bananen zu verringern.

Schon auf seiner 1. Sitzung im Jahre 1952 beschäftigte sich der CCE mit der Industrialisierung in Zentralamerika und bat die CEPAL um die Ausarbeitung von Projekten zur Errichtung neuer Industrien und zur Verbesserung und Rationalisierung schon bestehender Industrien, wobei Prioritäten gesetzt und die Entwicklung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit für alle fünf Länder berücksichtigt werden sollte¹.

Die CEPAL legte in der 3. Sitzung des CCE 1956 ein Dokument² vor. Darin nannte sie die Industriezweige, die für die Integration von Bedeutung sind: Erdölraffinerien, Düngemittel, Schädlingsvernichtungsmittel, Pharmazeutika, Autoreifen und -schläuche, Farben, Firnisse und Färbemittel, Glas, Keramik, Plastik- und Metallbehälter, Fischereiprodukte, Schweißrohre, Zellstoff- und Papierfabrikation.

Der CCE erklärte in dieser Sitzung in seiner Resolution 26³, für die wirtschaftliche Integration Zentralamerikas sei ein Abkommen von grundlegender Bedeutung, das Anreize für die Industrien biete, die regionalen Charakter haben sollten, sogenannte Integrationsindustrien („industria regional de integración“). Gleichzeitig bat er das Sekretariat der CEPAL um den Entwurf eines Abkommens, das bestimmte, was unter Integrationsindustrie zu verstehen sei und welche Anreize ihr gewährt werden sollten. Der Entwurf sollte dann von Experten der fünf Länder geprüft werden.

Die Experten fügten in den CEPAL-Entwurf einige Neuerungen ein und legten das Projekt⁴ dem CCE vor. Es enthält in 41 Artikeln genaue Bestimmungen über den Status der Integrationsindustrie, den Standort und das Prinzip der Gegenseitigkeit, die Kapitalzusammensetzung, Steuererleichterungen und Verpflichtungen der Industrie sowie die Gründung

eines zentralamerikanischen Fonds zur industriellen Entwicklung. Der CCE hielt jedoch eine Vereinfachung des Abkommens für notwendig. Es sollte sich darauf beschränken, die Grundzüge der Integrationsindustrie zu regeln⁵. So unterzeichnete man schließlich am 10. Juni 1958 das Abkommen über die Integrationsindustrien⁶, das nur noch vierzehn Artikel enthält. Am selben Tage wurde auch der Multilaterale Freihandelsvertrag unterzeichnet. Beide Abkommen zusammen sollten die Bedingungen schaffen für die industrielle Entwicklung Zentralamerikas und für die Erweiterung des Handelsaustauschs auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und Gleichmäßigkeit („reciprocidad y equidad“).

Das Abkommen wurde aber nur von drei Staaten ratifiziert und trat nicht in Kraft. Um das Regime der Integrationsindustrien zu retten, wurde das Abkommen durch Art. XVII TG übernommen, und es trat zusammen mit dem TG am 4. Juni 1961 in Kraft.

Um eine Fabrik in das Regime aufzunehmen, ist jeweils ein Zusatzprotokoll zum Abkommen erforderlich. Bisher wurden zwei Protokolle unterzeichnet. Im 1. Protokoll vom 29. Januar 1963⁷ wurden die bereits bestehende Reifenfabrik „GINSÁ“ in Guatemala und je eine Fabrik zur Herstellung von Ätznatron und Schädlingsbekämpfungsmitteln auf Chlorbasis (DDT) in Nicaragua, die nach der Unterzeichnung des Protokolls errichtet worden waren, zu Integrationsindustrien erklärt. Im 2. Protokoll vom 5. November 1965⁸ wurde eine noch zu errichtende Fabrik zur Herstellung von Flachglas in Honduras zur Integrationsindustrie erklärt. Obwohl dieses Protokoll seit dem 20. Januar 1968 in Kraft ist, ist der Betrieb bisher nicht errichtet worden.

Seit 1966 werden sechs Anträge⁹ auf Aufnahme in das Regime geprüft. Es handelt sich um folgende Projekte: Zellstoff- und Papier (Guatemala und Honduras); Nylonfasern (Guatemala und El Salvador); Eisenhüttenwerke (Honduras und Costa Rica). 1967 stellte Nicaragua¹⁰ einen Antrag für Zellstoff- und Papierherstellung. Sämtliche Projekte werden gegenwärtig noch vom ICAITI geprüft.

1. Voraussetzungen der Anerkennung als Integrationsindustrie

Nach Art. II, Abs. 2 Conv. Reg. Ind. werden als Integrationsindustrien die Fabriken angesehen, die nach dem Urteil des CE¹¹ bei Ausnützung ihrer Minimalkapazität den Zugang zum zentralamerikanischen Markt benötigen, um wirtschaftlich und konkurrenzfähig arbeiten zu können.

Bei der Prüfung der drei Fabriken, die bisher zu Integrationsindustrien erklärt worden sind, hat der CE noch folgende Beurteilungskriterien¹² angewandt:

1. Die Fabrik muß Waren liefern können, die in Qualität und Preis gleichen oder ähnlichen Waren, die bisher importiert wurden, vergleichbar sind.
2. Die Fabrik muß in greifbarer Form zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region auf folgende Weise beitragen:
 - a) sie muß neue Investitionsmöglichkeiten auf dem industriellen Sektor schaffen durch Produktion von Kapitalgütern, Halbfertigwaren oder Rohstoffen; und/oder
 - b) eine Devisenersparnis bringen; und/oder
 - c) in erheblicher Weise die technische Ausbildung der zentralamerikanischen Arbeitskräfte fördern.
3. Die Investitionen müssen so groß sein, daß sie eine Kapitalbeteiligung aus den übrigen Ländern Zentralamerikas erforderlich machen.
4. Die Fabriken müssen den Gemeinsamen Markt durch einen vermehrten Handelsaustausch stärken.
5. Die Fabrik muß durch den Gebrauch regionaler Produkte, die Schaffung von Arbeitsplätzen, durch Qualität und Preis ihrer Produkte zur Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der zentralamerikanischen Bevölkerung beitragen.
6. Der Standort muß, ohne notwendigerweise der optimale zu sein, der Fabrik Gewähr für eine technisch und wirtschaftlich gangbare Arbeitsweise bieten.
7. Die Fabrik darf für die Abnehmerfabriken, die Halbfertigwaren und Rohstoffe von ihr beziehen, keine Nachteile hinsichtlich deren Konkurrenzfähigkeit bringen.

Das gesamte Programm der Integrationsindustrien muß nach Art. I Conv. Reg. Ind. auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und Gleichmäßigkeit stehen, damit alle Staaten zusammen und jeder einzelne schrittweise wirtschaftlichen Nutzen daraus ziehen. Zur Verwirklichung dieses Grundsatzes bestimmt der „Artículo Transitorio“ des Conv. Reg. Ind., daß kein Land eine zweite Fabrik als Integrationsindustrie erhalten kann, bevor nicht jedem Land eine Integrationsindustriefabrik zugesprochen worden ist.

El Salvador gab zu erkennen, daß es keinen Antrag auf eine Integrationsindustrie stellen werde¹³. Dadurch hätte das Regime der Integrationsindustrien blockiert werden können, da ohne eine Integrationsindustrie in El Salvador kein Land eine zweite Industrie hätte erhalten können.

Der CEC suchte daraufhin in seiner 6. außerordentlichen Sitzung im Januar 1964 einen Ausweg zu finden. Er fand ihn, indem er den „Artículo Transitorio“ dahingehend interpretierte, daß kein Land eine zweite Integrationsindustriefabrik der gleichen Branche erhalten könne, wenn nicht zuvor jedes Land eine Integrationsfabrik dieser Branche erhalten habe.

Diese Interpretation ist sichtlich von dem Bemühen geprägt, das Regime lebensfähig zu erhalten. Sie gibt dem Artikel allerdings einen Inhalt, der ihn praktisch überflüssig macht; denn er betrifft nunmehr nur noch den Fall, daß sich in Zentralamerika sechs Integrationsindustrien der gleichen Branche etablieren wollen. Da eine Integrationsindustrie aber den Zugang zum regionalen Markt erfordert, würde das eine erhebliche Überproduktion und damit überflüssige Investitionsduplikationen bedeuten, wenn den Produkten nicht auch die Märkte der Drittländer erschlossen werden könnten. Letzteres dürfte aber angesichts der Konkurrenz der hochindustrialisierten Länder auf lange Zeit unmöglich sein.

2. Vergünstigungen für Integrationsindustrien

Um die Errichtung dieser Industrien zu fördern, wird ihnen eine Reihe von Anreizen gewährt: exklusiver Freihandel ihrer Produkte, fiskalische Privilegien und ein Schutzzoll gegenüber Drittländern.

a) Freihandel

Nach Art. 3, 1. Prot. und Art. 11, 2. Prot. genießen die Produkte der Integrationsindustrien Freihandel, während die Produkte anderer zentralamerikanischer Fabriken der gleichen Industriebranchen, die nicht dem Regime angehören, Importzoll zu zahlen haben. Dieser Zoll wird aber jährlich um 10% gesenkt, so daß nach zehn Jahren für diese Produkte ebenfalls Freihandel besteht.

Problematisch wurde der Freihandel für die Produkte der Integrationsindustrie „GINSA“, als Honduras 1966 den Freihandel unterbrach. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es für diese Produkte Freihandel gewährt.

Honduras begründete seinen Schritt damit, daß nach Art. XVII TG der Freihandel für Produkte einer Integrationsindustrie in dem jeweiligen Protokoll zu regeln sei. Das 1. Protokoll sei für Honduras aber noch nicht in Kraft getreten, mit der Folge, daß es erst ab Inkrafttreten Freihandel zu gewähren habe, da Art. XVII TG eine Ausnahme vom Freihandelsprinzip des Art. III TG schaffe.

Der CE erklärte in seiner Resolution 88¹⁴ allgemein, daß sich der Freihandel für Produkte einer Integrationsindustrie vor dem Inkrafttreten des Protokolls, in dem eine Fabrik zur Integrationsindustrie erklärt werde, nach den Vorschriften des TG richte, daß also Waren, die zentralamerikanischen Ursprungs und nicht im Annex „A“ einer Sonderregelung unterworfen seien, nach dem TG Freihandel genössen. In dem Fall der „GINSA“-Produkte entschied er durch Resolution 89¹⁵, daß sie in Honduras Freihandel genießen.

Die Sieca hatte zu dieser Frage zwei Gutachten abgegeben. Im ersten Gutachten vom 16. September 1966¹⁶ kam sie zu dem Ergebnis, für Produkte von Integrationsindustrien bestehe ein Freihandel *sui generis*, er werde erst wirksam von dem Zeitpunkt an, den das Protokoll bestimme. Das ergebe sich aus folgenden Erwägungen: die Übernahme des Conv. Reg. Ind. in Art. XVII TG und die Bestimmung in diesem Artikel, daß der Freihandel in den Protokollen zu regeln sei, hätten klarstellen wollen, daß sich der Freihandel nicht nach der Regel des Art. III TG, sondern nach den Protokollen richte.

In dem zweiten Gutachten¹⁷ vom 1. September 1967 kam sie für die „GINSÄ“-Produkte zu einem anderen Ergebnis. In der 2. Sitzung des CE¹⁸ 1962 sei man bei der Erörterung des Projekts des 1. Protokolls übereingekommen, daß der Freihandel, der vor der Erklärung der „GINSÄ“ zur Integrationsindustrie bestehe, nicht durch die Erklärung berührt werden dürfe. Honduras habe sich auch nach der Unterzeichnung des 1. Protokolls vom 29. Januar 1963 an die Übereinkunft gehalten und bis 1966 Freihandel gewährt. Dazu sei es auch weiterhin verpflichtet.

Bei der Frage des Freihandels für Produkte der Integrationsindustrie ist eine historische Betrachtung erforderlich. Der Freihandel ist neben fiskalischen Anreizen ein Hauptanreiz für die Integrationsindustrien. Bei der Entstehung des Conv. Reg. Ind. bildete der Freihandel in der zentralamerikanischen Integration noch eine Ausnahme. Dann schlossen Guatemala, Honduras und El Salvador am 6. Februar 1960 einen Vertrag, den sogenannten „Tratado Tripartito“¹⁹, der den Freihandel zur Regel erhob. Die Produkte der Integrationsindustrie wurden von der Regel nicht ausgenommen. Damit drohte ein Hauptanreiz dieser Industrie in Fortfall zu geraten, und das Regime war in Frage gestellt. Da man das Regime aber nicht fallenlassen wollte, nahm man in Art. XVII TG den Conv. Reg. Ind. auf und bestimmte u. a., daß der Freihandel in den Protokollen geregelt werde. Dadurch sollte klargestellt werden, daß Freihandel für diese Produkte weiterhin ein Privileg sein soll und ähnliche Produkte von Fabriken, die nicht dem Regime angeschlossen sind, keinen Freihandel genießen sollen. Insoweit handelt es sich um eine Ausnahme vom Prinzip des Art. III TG.

Eine Fabrik, deren Produkte nach dem TG Freihandel haben und die sich dem Regime anschließen will, soll den Freihandel nicht dadurch verlieren, daß sie zur Integrationsindustrie erklärt wird, das entsprechende Protokoll aber noch nicht in Kraft getreten ist. Das ergibt sich aus der Präambel des 1. Protokolls, worin es heißt, daß die Gewährung des Freihandels für die Produkte der im Protokoll bezeichneten Fabriken nicht den Freihandel berührt, der vor der Unterzeichnung des Protokolls bestanden hat.

Dem scheint Art. 3, Abs. 1, 1. Prot. zu widersprechen, der besagt, daß die

Produkte der Fabriken der Integrationsindustrie vom Inkrafttreten des Protokolls ab Freihandel genießen. Die Vorschrift hat für die Produkte Bedeutung, die nach dem Annex „A“ TG vom allgemeinen Freihandel ausgenommen sind.

Das betrifft die Produkte der „GINSA“ – Autoreifen und Schläuche – beim Handel mit Nicaragua. Nach den Listen des Annex „A“ TG (NAUCA 629-01) ist der Freihandel einem besonderen Abkommen unterworfen. In Nicaragua erhielten die Produkte der „GINSA“ erst vom Inkrafttreten des Protokolls an Freihandel. Bis zu diesem Zeitpunkt richtet sich der Freihandel in den übrigen Ländern nach Art. III TG.

Demnach genießen Produkte von Fabriken, die sich dem Regime anschließen, Freihandel nach den allgemeinen Regeln des TG, solange das entsprechende Protokoll nicht in Kraft getreten ist. Ab Inkrafttreten richtet sich der Freihandel nach dem, was das Protokoll bestimmt.

Honduras gewährte auch für die Produkte der Integrationsindustrie in Nicaragua keinen Freihandel. Der CE²⁰ entschied wie im Fall der „GINSA“-Produkte, daß die Produkte der Fabrik in Nicaragua in Honduras Freihandel genießen.

Der exklusive Freihandel für Produkte der Integrationsindustrie ist ein Fremdkörper im Rahmen des Gemeinsamen Marktes. Im TG ist die Errichtung einer Zollunion vorgesehen. In ihr werden alle Waren ohne Unterschied der Herkunft frei gehandelt werden können. Nur die Produkte der Fabriken, die gleiche Waren wie die Integrationsindustrie herstellen, wären von dem allgemeinen Freihandel ausgenommen.

Rosenthal²¹ hält insoweit das Regime der Integrationsindustrien für unvereinbar mit dem TG.

b) Fiskalische Anreize

Die Fabriken genießen zehn Jahre lang die Befreiung vom Importzoll für Rohstoffe und Halbfertigerzeugnisse, die sie zur Herstellung ihrer Produkte benötigen, und Befreiung von der Verbrauchssteuer jener Waren, Art. 6, 1. Prot., Art. 13, 2. Prot.

Die übrigen Vergünstigungen werden nach den nationalen Industrieförderungsgesetzen²² gewährt. Art. 6, 1. Prot. spricht in diesem Zusammenhang zwar vom Conv. Inc. Fisc., da dieses Abkommen, das 1962 unterzeichnet wurde, aber erst im März 1969 in Kraft trat, wurden den Integrationsindustrien in Guatemala und Nicaragua die Vergünstigungen gewährt, die die nationalen Förderungsgesetze dieser Länder vorsehen. Dabei handelt es sich um folgende Vergünstigungen: Befreiung von Einfuhrzöllen für Maschinen und Ausrüstungsgegenstände; Befreiung von Einfuhrzöllen für Brennstoffe (außer Benzin), die im Produktionsprozeß

benötigt werden; Befreiung von Einkommens- und Vermögenssteuer.

c) Schutzzoll

Gegen die Konkurrenz werden die Produkte der Integrationsindustrien durch hohe Schutzzölle abgesichert. Bei den Schädlingsbekämpfungsmitteln wurde der Einfuhrzoll von 0,05 US \$ per Bruttokilo auf 0,10 US \$ heraufgesetzt, Art. 18, 1. Prot. Für Reifen und Schläuche in den Größen und Typen, die „GINSA“ produziert, beträgt der Zoll 0,90 US \$ per Bruttokilo, für die Typen und Größen, die „GINSA“ nicht herstellt, beträgt er 0,10 US \$ per Bruttokilo, Art. 26, 1. Prot.

Die hohen Schutzzölle führten vor Inkrafttreten des Protokolls bei Reifen zu großen Spekulationsimporten aus Drittländern in alle Länder des Gemeinsamen Marktes. Guatemala beantragte im CE die Festsetzung von Importquoten. Der CE sah dazu keine Möglichkeit, weil das Protokoll keine Festsetzung von Importquoten vorsieht. Er gab jedoch den Regierungen die Empfehlung, die Importe auf das normale Maß zu reduzieren. Dabei stützte er sich auf Art. 10 Conv. Reg. Ind., der ihn ermächtigt, den Regierungen Maßnahmen vorzuschlagen, um Probleme der Integrationsindustrien zu lösen²³.

Im 2. Prot. wurde in Art. 18 dem CE die Möglichkeit eingeräumt, Importquoten festzusetzen, um spekulative Importe von Flachglas zu verhindern.

Zu den oben aufgeführten Anreizen kommt noch ein weiteres Privileg hinzu. Die Regierungen und die übrigen Behörden sind nach Art. VII, Abs. 2 Conv. Reg. Ind. verpflichtet, bei Anschaffungen für den amtlichen Gebrauch die Produkte der Integrationsindustrien zu bevorzugen.

3. Verpflichtungen

Den Privilegien, die die Integrationsindustrien genießen, steht eine Reihe von Verpflichtungen gegenüber, die sie zu erfüllen haben. Außerdem enthalten die Protokolle Sanktionen für den Fall der Nichterfüllung der Verpflichtungen.

a) Qualitätsnormen

Die Integrationsindustrien müssen die Qualitätsnormen erfüllen, die vom ICAITI ausgearbeitet und vom CE bestätigt werden. Der ICAITI kontrolliert regelmäßig die Beachtung der Normen und teilt das Ergebnis der Sieca mit. Werden die Normen nicht eingehalten, so kann der CE die Regierungen zu Einfuhren autorisieren, bei denen statt der Schutzzölle die niedrigeren Zölle von 0,05 US \$ per Bruttokilo für Schädlingsbekämp-

fungsmittel und von 0,10 US \$ per Bruttokilo für Reifen und Schläuche erhoben werden, Art. 4, 1. Prot.

b) Preise

Zum Schutz der Verbraucher bestehen Preisvorschriften, damit die Integrationsindustrien nicht unter Ausnützung ihrer monopolartigen Stellung zu überhöhten Preisen verkaufen. Bei den Schädlingsbekämpfungsmitteln darf der Verkaufspreis 615 US \$ pro Tonne nicht übersteigen. Die Produkte müssen in allen Ländern des MCCA zu gleichen Preisen verkauft werden. Art. 17, 1. Prot. Bei Reifen und Schläuchen kommt noch hinzu, daß der CE die genauen Preise festsetzt. Das geschieht auf der Grundlage eines Berichts der Sieca über die Preise für diese Produkte, die vor dem 1. Dezember 1962 in Zentralamerika bestanden, Art. 25, 1. Prot.

Der CE setzte durch Resolution 36²⁴ die Preise fest, wobei er außerdem bei verkürzten Zahlungszeiten Rabatte für die Händler und Endverbraucher vorschrieb. Guatemala²⁵ hielt die Festsetzung der Rabatte für eine Überschreitung der Kompetenz des CE und brachte den Fall vor den CEC. Dieser entschied durch Resolution 30²⁶, der CE habe im Rahmen des Art. 25, 1. Prot. die Kompetenz, Rabatte vorzuschreiben.

Sollten sich die Produktionskosten ändern, kann der CE die Preise der veränderten Lage anpassen.

Der CE läßt durch die Sieca die Einhaltung der Preisvorschriften überwachen. Für den Fall der Nichterfüllung sieht das Protokoll allerdings keine Sanktionen vor.

c) Marktversorgung

Hinsichtlich der Marktversorgung müssen die Fabriken verschiedene Anforderungen erfüllen.

Einmal müssen sie mit einer bestimmten Anfangskapazität produzieren. Für Schädlingsbekämpfungsmittel beträgt sie jährlich 4 700 Tonnen Ätznatron und 2 700 Tonnen DDT, Art. 14, 1. Prot. Die „GINSA“ muß mit jährlich 145 000 Reifen und 116 000 Schläuchen beginnen und ihre Produktion nach einem Jahr auf 225 000 Reifen und 180 000 Schläuche erhöhen, Art. 22, 1. Prot.

Zum anderen sind die Fabriken verpflichtet, den Markt adäquat und regelmäßig mit ihren Produkten zu versorgen, Art. 15, 23, 1. Prot. Die „GINSA“ hat dabei noch die zusätzliche Pflicht, in den fünf Ländern Warenbestände in Höhe des jeweiligen Monatsabsatzes des Vorjahres zu unterhalten. Wird die Pflicht zur adäquaten Marktversorgung verletzt, so stellt – handelt es sich um die Integrationsindustrie in Nicaragua – die Sieca, bei der „GINSA“ hingegen der CE auf Antrag eines Staates die

Verletzung der Verpflichtung sowie die Fehlmenge fest. In Höhe der Fehlmengen können die Regierungen Importlizenzen zu den oben, S. 66, erwähnten Niedrigzöllen erteilen. Bislang ist erst einmal – und zwar beim DDT – eine Fehlmenge festgestellt worden²⁷.

Die Fabriken sind zudem verpflichtet, jede Unterbrechung der Produktion der Sieca unverzüglich mitzuteilen, Art. 16, 24, 1. Prot. Sollte durch die Unterbrechung die Marktversorgung nicht mehr gewährleistet sein, so trifft der CE die oben genannten Maßnahmen.

Die Fabriken müssen der Sieca monatlich einen Bericht über ihre Produktion liefern, Art. 10, 1. Prot.

Schließlich dürfen die Integrationsindustrien weder ein eigenes Verkaufnetz in den Ländern unterhalten noch ihre Produkte durch Exklusivhändler verteilen lassen. Ohne berechtigten Grund dürfen sie keinen Auftrag von Händlern ablehnen, Art. 7, 1. Prot.

d) Investitionen und Kapitalzusammensetzung

Die Integrationsindustrie in Nicaragua ist verpflichtet, den Gegenwert von mindestens 4,5 Millionen US \$ zu investieren. Außerdem müssen mindestens 40% des Gesellschaftskapitals vor Errichtung der Gesellschaft mindestens 180 Tage lang zentralamerikanischen Kapitaleignern zum Kauf angeboten werden, Art. 13, 1. Prot.

Für die Reifenfabrik in Guatemala, die schon bestand, stellt Art. 21, 1. Prot. fest, daß 5 Mill. US \$ investiert sind und das Gesellschaftskapital von 2,5 Mill. US \$ zu über 50% Kapital zentralamerikanischen Ursprungs ist. Jede Kapitalerhöhung muß dergestalt vorgenommen werden, daß über 50% mindestens 180 Tage lang durch öffentliche Bekanntmachung zentralamerikanischen Kapitaleignern zum Kauf angeboten werden muß.

Die Vorschriften über die Kapitalzusammensetzung enthalten lediglich die Verpflichtung, einen bestimmten Anteil des Gesellschaftskapitals zentralamerikanischen Kapitaleignern zum Kauf anzubieten. Sie bieten keine Gewähr für eine ständige bestimmte Beteiligung zentralamerikanischen Kapitals. Diesen Mangel hat man bei der Flachglasindustrie im 2. Prot. behoben, dessen Art. 3 bestimmt, daß 60% des Gesellschaftskapitals zentralamerikanisches Kapital sein muß und dieser Kapitalanteil zu jeder Zeit – auch bei Kapitalerhöhungen – bestehen bleiben muß.

4. *Dumping*

Die Integrationsindustrien sollen gegen Dumpingpraktiken geschützt werden. Das Dumping in Art. 8, 9, 1. Prot. wird in gleicher Weise wie in Art. XII TG definiert (s. o. S. 41). Auf Antrag eines Vertragsstaates prüft

der CE, ob Dumpingpraktiken vorliegen. Stellt er sie fest, so müssen die Regierungen die betreffenden Importe suspendieren. Darüber hinaus kann der CE noch die in Kap. III Prot. San José vom 31. Juli 1962 (s. o. S. 46) aufgeführten Maßnahmen treffen.

Über unlautere Handelspraktiken, deren sich die Integrationsindustrien selbst bedienen, enthalten die Protokolle und der Conv. Reg. Ind. keine Bestimmungen. In diesen Fällen finden die Normen des TG über unlautere Handelspraktiken Anwendung (s. o. S. 37 ff.). Bisher brauchte man sich erst in einem Fall mit unlauteren Methoden von seiten einer Integrationsindustrie zu beschäftigen. Die „GINSA“ stellte außer den im 1. Prot. vorgesehenen Produkten (Autoreifen und Schläuche) noch andere Produkte (Gummistiefel, Gummisohlen und -absätze) her.

Honduras brachte den Fall vor den CE, weil es die Produktion dieser Waren für unvereinbar mit dem 1. Prot. hielt. Es behauptete, die „GINSA“ stelle die Produkte mit zollfrei importierten Rohstoffen her, die zur Produktion von Reifen und Schläuchen bestimmt seien. Außerdem benutze sie dabei die zollfrei importierten Maschinen.

Die Sieca erstattete ein Gutachten²⁸, in dem sie die Ansicht vertrat, weder der TG noch das 1. Prot. enthalte eine Norm, die einer Integrationsindustrie verbiete, auch andere als die im Prot. aufgeführten Produkte herzustellen. Zudem untersuchte die Sieca den Produktionsprozeß der „GINSA“. Diese Untersuchung²⁹ ergab, daß die „GINSA“ bei der Herstellung von Gummistiefeln etc. Maschinen benutzte, die zollfrei importiert waren. Im übrigen gab die „GINSA“ der Sieca nicht alle gewünschten Informationen, so daß nicht festzustellen war, ob und in welcher Menge zollfrei importierte Rohstoffe verwendet wurden.

Der CE³⁰ sah sich wegen der fehlenden Information außerstande, den Fall endgültig zu entscheiden. Da jedoch Grund zur Annahme bestehe, daß die „GINSA“ unter Ausnutzung ihrer Privilegien als Integrationsindustrie die anderen Produkte herstelle und dieses eine unlautere Handelspraktik sei, autorisierte er die Regierungen, gemäß Art. XIII TG für diese Produkte eine Sicherheitsleistung in Höhe des Einfuhrzolls zu verlangen.

Die Ansicht der Sieca, es gebe keine Norm, die einer Integrationsindustrie die Herstellung anderer als der im Prot. erwähnten Produkte verbiete, ist in dieser allgemeinen Form nicht zutreffend. Artikel 20, Abs. 1, 1. Prot. bestimmt, daß die Rechte und Pflichten, die das Protokoll der „GINSA“ gewährt und auferlegt, sich auf die Herstellung von Reifen und Schläuchen beziehen. Daraus ergibt sich, daß die Rechte, also zum Beispiel die zollfreie Einfuhr von Maschinen und Rohstoffen, nicht für die Herstellung anderer Artikel in Anspruch genommen werden dürfen. Ein Rechtsmißbrauch gewährt der „GINSA“ einen unberechtigten Wettbewerbsvorteil,

der als unlautere Handelspraktik im Sinne von Art. XIII TG anzusehen ist.

II · SPEZIELLES FÖRDERUNGSSYSTEM

Bei den Verhandlungen zur Unterzeichnung des 1. Prot. zum Conv. Reg. Ind. schlug El Salvador³¹ als Ergänzung zum Regime der Integrationsindustrien die Schaffung eines speziellen Industrieförderungssystems vor. Die übrigen Mitgliedsländer nahmen den Vorschlag auf, und man schuf das System im Kap. IV des 1. Prot. Ziel des Systems ist es, die Errichtung neuer Industrien zu fördern, die von besonderem Interesse für die wirtschaftliche Entwicklung Zentralamerikas sind, Art. 28, 1. Prot.

1. Voraussetzungen der Anwendung des Systems

Art. 31, 1. Prot. zählt die Produkte der Industrien auf, die nach dem System gefördert werden können. Folgende Produkte wurden aufgenommen: Flachglas³², Glasbehälter (in der Hauptsache Flaschen), Haumesser (Macheten) und Glaskolben für Glühbirnen. Die Aufnahme weiterer Produkte hat nach Art. 35, 1. Prot. durch Unterzeichnung zusätzlicher Protokolle zu erfolgen. Bisher wurde die Liste der Produkte durch Kap. II des 2. Prot. zum Conv. Reg. Ind. und Kap. IV des 2. Protokolls von Managua³³ erweitert. Dabei handelt es sich um folgende Produkte: Schwefelsäure, saugfähiges Papier in Rollen, Toilettenpapier, Aluminiumfolie, Metallgasflaschen, Polyvinylchlorid (PVC), einige landwirtschaftliche Werkzeuge, wie Schaufeln, Spitzhacken, Äxte und Spaten, sowie Silberschmuckstücke und Leuchtröhren.

Das System wird jedoch nur angewandt, wenn die zentralamerikanische Produktion dieser Waren mindestens 50% der regionalen Nachfrage deckt, Art. 32, 1. Prot. Die Vorschriften über das Sondersystem enthalten keine Bestimmung darüber, daß diese Kapazität von einer Fabrik erreicht werden muß. Aus dem Wortlaut „zentralamerikanische Produktion“ ist zu schließen, daß es ausreicht, wenn mehrere Fabriken zusammen die Kapazität von 50% erreichen.

In der Praxis haben sich jedoch Unternehmen niedergelassen, die jeweils mindestens 50% der regionalen Nachfrage decken. Entgegen der Erwartung der Sieca³⁴ hat das Sondersystem daher nicht zu einer Vielzahl von Firmengründungen, sondern höchstens zu der Gründung von ein bis zwei Unternehmen in der jeweiligen Produktionssparte geführt.

2. Vergünstigungen des Systems

Die Förderung, die das System gewährt, besteht in einem hohen Schutzzoll für gleiche Produkte aus Drittländern, der wesentlich über dem gemeinsamen Außenzoll liegt. Die Schutzzölle sind bei den jeweiligen Produkten angegeben, Art. 31, 1. Prot.; Art. 22, 2. Prot.; Art. XXI, 2. Prot. v. Managua. So beträgt beispielsweise der Schutzzoll bei Glaskolben für Glühbirnen 1 US \$ spezifischer Zoll plus 10% ad valorem gegenüber dem gemeinsamen Außenzoll von 0,20% US \$ spezifischer Zoll plus 10% ad valorem.

Für die Anwendung des Schutzzolls gilt folgendes Verfahren: besteht in einem oder mehreren Ländern Produktion dieser Waren, so prüft die Sieca in Zusammenarbeit mit dem ICAITI auf Antrag einer oder mehrerer Regierungen, ob die zentralamerikanische Produktion 50% der regionalen Nachfrage deckt. Kommt sie zu einem positiven Ergebnis, dann teilt sie dies in einer schriftlichen Note allen Regierungen des MCCA mit. Dreißig Tage nach Mitteilung der Note wird der Schutzzoll angewandt, Art. 33, 1. Prot. Bisher ist der Schutzzoll für folgende Produkte wirksam: Glaskolben für Glühbirnen (eine Fabrik in El Salvador)³⁵, Leuchtröhren (je eine Fabrik in Costa Rica und El Salvador), Polyvinylchlorid (PVC) (eine Fabrik in Nicaragua), Metallgasflaschen (eine Fabrik in Guatemala), landwirtschaftliche Werkzeuge (eine Fabrik in El Salvador), Schwefelsäure (eine Fabrik in El Salvador)³⁶.

Der Handelsaustausch dieser Produkte richtet sich nach dem TG, Art. 29, 1. Prot. Das bedeutet, daß sie nur dann Freihandel genießen, wenn sie Waren zentralamerikanischen Ursprungs im Sinne des Art. V TG sind. Besondere steuerliche Anreize sehen die Bestimmungen des Systems nicht vor. Diese richten sich daher nach dem Conv. Inc.

3. Schutz- und Kontrollmaßnahmen

Der drohende hohe Schutzzoll birgt für die Firmen, die die Produktion im Rahmen des Sondersystems aufnehmen wollen, die Gefahr, daß vor der Anwendung des Schutzzolls noch spekulative Einfuhren zum niedrigeren Zoll aus Drittländern getätigt werden, die für einige Zeit die Nachfrage decken könnten. Daher kann nach Art. 34, 1. Prot. der CE auf Antrag eines Vertragsstaates bei Gefahr von spekulativen Einfuhren Importrestriktionen oder Quoten dieser Produkte festsetzen, an die sich die Regierungen halten müssen.

Der Verbraucher wird insoweit geschützt, als nach Art. 37, 1. Prot. der CE die Preise der unter dem Schutz des Sondersystems produzierten Waren ständig beobachten muß. Zwar setzt das System keine Preise fest, anderer-

seits will es aber verhindern, daß der hohe Schutzzoll zu überhöhten Preisen der zentralamerikanischen Produkte führt. Wenn der CE auf der Grundlage eines Gutachtens, das die Sieca in Zusammenarbeit mit dem ICAITI erstellt, feststellt, daß die Preise dieser Waren ungerechtfertigt hoch sind, im Vergleich zu den Preisen, die normalerweise auf dem Markt gezahlt werden, kann er die Länder zu Importen aus Drittländern autorisieren, für die nicht der Schutzzoll, sondern der wesentlich niedrigere gemeinsame Außenzoll zu zahlen ist.

Auf die gleiche Weise wird auch die Versorgung des Marktes gesichert. Wenn die Kapazität der zentralen Firmen zur Deckung des Marktes nicht ausreichen sollte – nach dem System brauchen sie nur 50% der Nachfrage zu decken –, kann der CE Importe in Höhe der von der Sieca festgestellten Fehlmenge zum Niedrigzoll autorisieren.

Die Bestimmungen des Sondersystems enthalten keine Vorschriften über die Qualität der unter dem Schutz des Systems hergestellten Waren. Costa Rica³⁷ hatte die Aufnahme von Qualitätsnormen in das 1. Prot. vorgeschlagen, drang damit aber bei den anderen Verhandlungspartnern nicht durch. Das Fehlen von Qualitätsvorschriften für diese Waren bedeutet eine Gefahr für den Verbraucher, da die Produzenten im Schutze der hohen Zölle zur Herstellung von qualitativ nicht besonders hochwertigen Waren verleitet werden könnten.

Hinsichtlich der Kapitalzusammensetzung der Firmen gibt es ebenfalls keine Vorschriften. Guatemala³⁸ und die Sieca³⁹ hatten vorgeschlagen, daß ein bestimmter Anteil des Gesellschaftskapitals bei der Gründung der Firmen zentralamerikanischen Kapitaleignern zum Kauf angeboten werden sollte. Eine solche Regelung wurde im 1. Prot. nur für die Integrationsindustrien⁴⁰, nicht aber für das Sondersystem getroffen.

4. Verhältnis Sondersystem – Integrationsindustrie

Dieses Verhältnis regelt Art. 36, 1. Prot. Die Vorschrift besagt, daß „die industriellen Tätigkeiten (‘actividades industriales’), die schon den Schutz des Sondersystems genießen, nicht die Vorteile des Abkommens über die Integrationsindustrien erhalten können und daß die industriellen Tätigkeiten, die in das Regime der Integrationsindustrie aufgenommen sind, nicht die Vorteile des Sondersystems genießen können“.

Die Bestimmung umfaßt einmal den Fall, daß eine bestimmte Firma im Rahmen eines der beiden Förderungssysteme Waren produziert. Dann kann sie nicht auch noch die Vorteile des anderen Systems in Anspruch nehmen. So könnte zum Beispiel die „GINSA“ als Integrationsindustrie nicht noch zusätzlich einen Schutzzoll des Sondersystems erhalten. Außer

dem Verbot der Kumulierung der Vorteile beider Systeme in einer Firma regelt Art. 36, 1. Prot. auch noch einen anderen Fall. Das ergibt sich aus dem Wortlaut „actividades industriales“. Die Norm spricht nicht von „plantas“ (Fabriken). Was unter „actividades industriales“ zu verstehen ist, sagt der Artikel nicht. Man könnte daran denken, unter industrieller Tätigkeit einen Industriezweig zu fassen, zum Beispiel Metallindustrie, chemische Industrie etc. Dann fiel zum Beispiel die Herstellung von DDT, die zur Integrationsindustrie erklärt worden ist, unter den Zweig chemische Industrie. Wäre in diesem Fall chemische Industrie eine „actividad industrial“ im Sinne von Art. 36, 1. Prot., so könnte jede andere Tätigkeit im Rahmen der chemischen Industrie nur im Rahmen des Regimes der Integrationsindustrie – nicht aber in dem des Sondersystems – gefördert werden.

Die Praxis des MCCA hat diesen weiten Begriff nicht angewandt. So wurde zum Beispiel Schwefelsäure in den Warenkatalog des Sondersystems aufgenommen; sie ist ebenfalls ein Produkt der chemischen Industrie. Die Herstellung von Flachglas wurde zur Integrationsindustrie erklärt, Glasbehälter aber in den Katalog des Sondersystems übernommen.

Daraus ergibt sich, daß unter „actividad industrial“ nicht ein ganzer Industriezweig, sondern nur die Herstellung bestimmter Produkte eines Industriezweiges zu verstehen ist.

Wenn also eine bestimmte Manufakturtätigkeit schon zur Integrationsindustrie erklärt wurde oder ihre Produkte den Schutz des Sondersystems genießen, dann können nach Art. 36, 1. Prot. alle übrigen Unternehmen, die gleiche Produkte herstellen und auch in ein Förderungssystem aufgenommen werden wollen, nur in das System kommen, in dem sich das erste Unternehmen befindet⁴¹.

Zweifelhaft bleibt der Fall, in dem mehrere Anträge auf Aufnahme einer „actividad industrial“ in beide Systeme gestellt werden, die „actividad“ bisher aber in kein System aufgenommen ist.

1966 hatten Guatemala und Honduras Anträge gestellt, die in beiden Ländern geplanten Zellstoff- und Papierfabriken (s. S. 60) zur Integrationsindustrie zu erklären. Während diese Projekte noch vom ICAITI geprüft wurden, stellte Nicaragua im Januar 1967 einen Antrag, die Zellstoff- und Papierprodukte in den Warenkatalog des Sondersystems aufzunehmen, weil man im Lande eine Zellstoff- und Papierfabrik errichten wolle. Guatemala und Honduras vertraten die Ansicht, der Antrag Nicaraguas könne nicht behandelt werden, da ihre eigenen Anträge noch schwebten und damit Art. 36, 1. Prot. entgegenstehe⁴².

Diese Norm spricht ausdrücklich davon, daß bereits eine „actividad industrial“ die Vorteile eines Systems genießt („... estén gozando ...“). Eine Regelung für den Fall, daß sie noch keinem System angeschlossen

ist und mehrere unterschiedliche Anträge gestellt werden, trifft die Vorschrift nicht.

Der CE brauchte den konkreten Fall nicht mehr zu entscheiden, da Nicaragua seinen Antrag dahingehend abänderte, die geplante Fabrik in das Regime der Integrationsindustrie aufzunehmen (s. S. 60).

Das Problem in der Weise zu lösen, daß man gemäß dem zeitlichen Eingang der Anträge entschiede, wäre eine zu mechanische Lösung, die den Problemen der Industrialisierung Zentralamerikas nicht gerecht würde. Die Voraussetzungen beider Förderungssysteme sind verschieden. Die Integrationsindustrien sind als Großbetriebe mit monopolartigem Charakter konzipiert, während das Sondersystem lediglich verlangt, daß es sich um eine neue Industrie in Zentralamerika handeln muß, die die Hälfte der regionalen Nachfrage decken kann. Das Prinzip der Gegenseitigkeit und Gleichmäßigkeit gilt nur bei den Integrationsindustrien. Das hat in der Praxis dazu geführt, daß El Salvador wegen seiner relativ weitgediehenen Industrialisierung noch dazu den größten Teil der Fabriken, die durch das Sondersystem gefördert wurden, angezogen hat (s. S. 70).

Es fehlt bisher an genauen Kriterien für die Anwendung beider Systeme. Art. VIII, Abs. 1 Conv. Reg. Ind. verpflichtet den CE zum Erlaß eines „Reglamento“, das diese Kriterien bei den Integrationsindustrien festzulegen hat. Bislang hat der CE ein solches Reglement noch nicht erlassen. Er hat lediglich einige allgemeine Maßstäbe für die Beurteilung einer Integrationsindustrie aufgestellt (s. S. 61).

III · STEUERLICHE ANREIZE ZUR INDUSTRIELLEN ENTWICKLUNG

Bei der Unterzeichnung des TG bestanden in jedem Land nationale Gesetze, die durch steuerliche Vergünstigungen die Investitionen in industrielle Projekte förderten. Art und Höhe der steuerlichen Anreize differierten dabei von Land zu Land zum Teil sehr erheblich⁴³. In der vom TG vorgesehenen Freihandelszone bedeuten unterschiedliche Steueranreize unterschiedliche Produktionskosten der gleichen Ware je nach dem Land, in dem sie produziert wird. Das wiederum führt zu unterschiedlichen Wettbewerbssituationen im Gemeinsamen Markt. Um diese Zersplitterung zu beseitigen, verpflichteten sich die Vertragsstaaten im Art. XIX TG, die Materie der Steueranreize in einem besonderen Abkommen einheitlich zu regeln. Am 31. Juli 1962 schlossen sie das Abkommen über Steueranreize zur industriellen Entwicklung⁴⁴. Es trat jedoch erst am 23. März 1969 in Kraft, da Honduras sich weigerte, das Abkommen in seiner ursprünglichen

Form zu ratifizieren. Nach seiner Meinung⁴⁵ sei bei der wirtschaftlichen Integration Zentralamerikas der Grundsatz der Gleichmäßigkeit und Gegenseitigkeit bei der Entwicklung praktisch nicht beachtet worden. Das habe für das rückständigere Honduras Nachteile gebracht. Durch das Abkommen werde die Rückständigkeit noch vertieft, da die entwickelteren Länder noch mehr Industrien anziehen würden. Es sei erforderlich, daß Honduras größere Anreize als die übrigen Länder gewähren könne, um die Nachteile seiner Rückständigkeit auszugleichen und Anreize für Investitionen zu schaffen. Die CEPAL legte dem CEC eine Studie⁴⁶ über das wirtschaftliche Wachstum von Honduras in der zentralamerikanischen Integration vor, die zu dem Schluß kommt, die relativ geringere Entwicklung von Honduras, die schon vor Beginn der Integration bestanden habe, bestehe auch weiterhin. Die Charakteristika dieses Zustandes seien: geringere Entwicklung der Exportwirtschaft, weniger entwickelte Infrastruktur, geringere Unternehmerinitiative und weniger Industrie. Innerhalb der zentralamerikanischen Länder belege Honduras den letzten Platz auf folgenden Gebieten: Pro-Kopf-Einkommen, öffentliche und private Investitionen, Steueraufkommen, Exportvolumen, Elektrizitätsversorgung, Straßennetz und Hafenanlagen.

Zur Beseitigung dieses Ungleichgewichts unterzeichneten die fünf Staaten am 23. September 1966 ein Protokoll zum Abkommen⁴⁷, nach dem Honduras größere steuerliche Anreize als die übrigen Länder gewähren kann. Das Protokoll trat am 23. März 1969 gleichzeitig mit dem Abkommen in Kraft.

Die einheitlichen Durchführungsbestimmungen zum Abkommen⁴⁸, die nach Art. 47 Conv. Inc. von allen Ländern nach vorheriger Verabschiedung durch den CE zu erlassen sind, stehen noch aus. Der CE konnte zwar Einigkeit in vielen Artikeln erzielen, die endgültige Verabschiedung des REIFALDI⁴⁹ wurde jedoch durch den bewaffneten Konflikt zwischen Honduras und El Salvador unterbrochen.

1. Anwendungsgebiet des Convenio Incentivos

Die Steueranreize werden bei der Errichtung oder Erweiterung von Anlagen der verarbeitenden Industrie („*Industria manufacturera*“) gewährt, Art. 2 Conv. Inc. Der Annex II des REIFALDI⁵⁰ zählt alle Tätigkeiten auf, die unter die verarbeitende Industrie im Sinne des Conv. Inc. fallen. Dieser Liste liegt die UNO-Klassifizierung („*Clasificación Industrial Internacional Uniforme de Todas las Actividades Económicas*“) zugrunde.

Nicht unter den „Convenio“ fallen nach Art. 3, Abs. 2 Conv. Inc. folgende Tätigkeiten:

Bergbau, Erdöl- und Erdgasförderung, Forstwirtschaft und Holzschlag, Fischzucht und Fischfang, Dienstleistungsindustrie, Landwirtschaft und Wohnungsbau. Sie können durch nationale Gesetze gefördert werden.

Für die pharmazeutische und die Montageindustrie sieht der „Convenio“ den Abschluß besonderer Protokolle vor, die die Steueranreize bei diesen Industrien regeln sollen, Art. Trans. 6, 7 Conv. Inc. Bislang wurden keine entsprechenden Protokolle unterzeichnet. Es existiert lediglich ein vorläufiger Entwurf der Sieca eines Protokolls für die Montageindustrie⁵¹.

2. *Qualifizierung*

Nach Art. 2 Conv. Inc. können nur solche Industrien steuerliche Anreize erhalten, die in effektiver Weise zur wirtschaftlichen Entwicklung Zentralamerikas beitragen. Bei der Beurteilung des Beitrages zur wirtschaftlichen Entwicklung sind folgende Kriterien heranzuziehen:

Der durch die Produktion geschaffene Mehrwert muß bedeutend sein; bei der Beratung des REIFALDI konnte der CE⁵² keine Einigkeit darüber erzielen, ob der Gewinn des Unternehmens zum Mehrwert zu zählen sei oder nicht.

Die Fabriken müssen zum vermehrten Gebrauch regionaler Rohstoffe oder Halbfertigwaren beitragen.

Sie müssen allgemein zur erhöhten Verwendung von Arbeitskräften, der Hilfsquellen oder von Kapital Zentralamerikas beitragen, Art. 4, Abs. 2 Conv. Inc.

Außerdem erfordert Art. 4, Abs. 1 Conv. Inc., daß die Fabriken Artikel produzieren, die für andere produktive Tätigkeiten gebraucht werden, *oder* Produkte zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung herstellen *oder*

importierte Produkte, die in wesentlichem Umfang eingeführt wurden, substituieren *oder*

durch die Produkte das Exportvolumen steigern.

3. *Klassifizierung*

Liegen die oben aufgeführten Voraussetzungen vor, so werden die Unternehmen je nach den Produkten, die sie herstellen, unter einer der drei im „Convenio“ vorgesehenen Gruppen klassifiziert, für die unterschiedliche steuerliche Vergünstigungen gewährt werden.

Nach Art. 5 Conv. Inc. fallen unter die Gruppe „A“ die Unternehmen, die folgende Produkte herstellen:

a) industrielle Rohstoffe oder Kapitalgüter;

Annex III des REIFALDI⁵³ führt alle Güter auf, die als industrielle Rohstoffe und Kapitalgüter angesehen werden;

- b) Konsumgüter, Verpackungsmaterial oder Halbfertigwaren, wenn dabei auch zentralamerikanische Rohstoffe, Verpackungsmaterialien oder Halbfertigwaren verwendet werden und mindestens 50% des Gesamtwerts dieser Materialien ausmachen.

Unter die Gruppe „B“ fallen die Unternehmen, die folgende Voraussetzungen zusammen erfüllen:

1. sie produzieren Konsumgüter, Verpackungsmaterial oder Halbfertigwaren, wobei ausschließlich oder zu hohem Anteil, wertmäßig, nicht-zentralamerikanische Rohstoffe, Verpackungsmaterialien und Halbfertigwaren verwendet werden;
2. sie verursachen wichtige Vorteile in der Zahlungsbilanz und schaffen einen hohen Mehrwert im industriellen Prozeß.

Ein Unternehmen, das die Voraussetzungen der Gruppe „B“ erfüllt, kann nach Art. 6 Conv. Inc. unter der Gruppe „A“ klassifiziert werden, wenn die Kosten für Arbeitskräfte einen hohen Anteil der Gesamtkosten der Produktion ausmachen. Dazu bedarf es eines zustimmenden Gutachtens der Sica, das auf Untersuchungen des ICAITI basieren muß.

Unter die Gruppe „C“ fallen einmal alle Unternehmen, die nicht die Voraussetzungen der Gruppen „A“ und „B“ erfüllen, sodann die Unternehmen, die nur einfach montieren, verpacken, abfüllen, schneiden oder verdünnen; schließlich diejenigen, die eine im Annex 1 des Conv. Inc. aufgeführte Herstellertätigkeit ausüben. Darunter fällt die Herstellung von Lederschuhen, Bekleidung, Getränken, Tabakwaren, Kosmetika und Parfüm.

Bei den Gruppen „A“ und „B“ wird noch zwischen „neuen“ und „bestehenden“ Industrien unterschieden.

Als „neu“ wird ein Unternehmen klassifiziert, wenn es

- a) eine Ware produziert, die in dem Lande bisher nicht hergestellt wurde,
oder
- b) die Ware bisher nur mit rudimentären Produktionsmethoden hergestellt wurde und die neue Fabrik folgende Bedingungen erfüllt:
1. sie deckt einen bedeutenden Teil der ungedeckten Nachfrage des nationalen Marktes;
 2. sie führt neue Produktionsprozesse ein, die von den bestehenden grundverschieden sind, und führt zur Erhöhung der Produktivität und Minderung der Kosten, Art. 7 Conv. Inc.

Bei der Klassifizierung unter den Voraussetzungen von b) ist ein zustimmendes Gutachten der Sica erforderlich.

Als „bestehend“ werden alle Unternehmen angesehen, die nicht die Voraus-

setzungen von a) und b) erfüllen. Während der ersten sieben Jahre nach Inkrafttreten des „Convenio“ legt man bei der Klassifizierung dieses Unternehmens als „neu“ gemäß Art. 25 Conv. Inc. nationale Maßstäbe an. Das bedeutet, daß ein Unternehmen als „neu“ eingestuft wird, wenn es in dem Lande bisher keine Produktion dieser Ware gab, wohl aber in einem anderen zentralamerikanischen Land. Nach Ablauf dieser Frist wird ein regionaler Maßstab angelegt, das heißt, ein Unternehmen kann nur dann als „neu“ klassifiziert werden, wenn es in keinem Land eine gleiche Produktion gibt.

4. Vergünstigungen

Der „Convenio“ sieht folgende Steuervergünstigungen vor:

1. Importzollbefreiung für die Güter, die zur Errichtung und zum Betrieb der Unternehmen unerlässlich sind und nicht in adäquater Weise in Zentralamerika hergestellt werden:
 - a) Maschinen und Ausrüstungen,
 - b) Rohstoffe, Halbfertigwaren und Verpackungsmaterial,
 - c) Brennstoffe, die zum industriellen Produktionsprozeß benötigt werden (außer Benzin);
2. Befreiung von den Einkommensteuern;
3. Befreiung von den Vermögenssteuern.

Die Höhe der Vergünstigungen ist nach den drei Gruppen gestaffelt, wobei „A neu“ die meisten und „C“ die wenigsten Vergünstigungen erhält. Im anschließenden Schaubild wird eine Übersicht über die Vergünstigungen gegeben.

Vergünstigungen	A neu	A bestehend	B neu	B bestehend	C
Vollständige Importzollbefreiung	Jahre				
Maschinen und Ausrüstungen	10	6	8	5	3
Importzollbefreiung	80% =		80% =		
Rohstoffe, Halbfertigwaren, Verpackung	5 Jahre		3 Jahre		
	50% =		50% =		
	5 Jahre		2 Jahre		
Importzollbefreiung	100% =		100% =		
Brennstoffe	5 Jahre		3 Jahre		
			50% =		
			2 Jahre		
Art. des Conv. Inc.	11	12	13	14	15

Vergünstigungen	A neu	A beste- hend	B neu	B beste- hend	C
Vollständige Befreiung von Einkommensteuer	8 Jahre*	2 Jahre*	6 Jahre		
Vollständige Befreiung von Vermögenssteuer	10 Jahre*	4 Jahre*	6 Jahre		
Art. des Conv. Inc.	11	12	13	14	15

* Produzieren die Unternehmen der Gruppe „A“ industrielle Rohstoffe und Kapitalgüter (Art. 5, Abs. 2 a Conv. Inc.) und verwenden sie dabei auch zentralamerikanische Rohstoffe, die mindestens 50% des Wertes aller verwendeten Rohstoffe ausmachen, so erhalten sie eine zusätzliche Steuerbefreiung von zwei Jahren, Art. 16 Conv. Inc.

Honduras kann nach dem Protokoll zum „Convenio“ größere Vergünstigungen gewähren. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem nachfolgenden Schaubild.

Vergünstigungen	A neu	A beste- hend	B neu	B beste- hend	C
Vollständige Importzollbefreiung Maschinen und Ausrüstung	12 Jahre	8 Jahre	10 Jahre	6 Jahre	5 Jahre
Importzollbefreiung Rohstoffe, Halbfertigwaren, Ver- packungsmaterial	Niederlassung				
	<i>im 1. Jahr</i>				
	100% =		100% =		
(Jahr der Niederlassung nach	5 Jahre		3 Jahre		
Inkrafttreten des Prot. entscheidet	60% =		70% =		
über die Höhe der Vergünstigung)	5 Jahre		2 Jahre		
	<i>im 2. Jahr</i>				
	100% =		100% =		
	5 Jahre		3 Jahre		
	70% =		70% =		
	4 Jahre		1 Jahr		
	50% =		50% =		
	1 Jahr		1 Jahr		
Art. des Prot. Conv. Inc.	3	4	5	6	7

Vergünstigungen	A neu	A beste- hend	B neu	B beste- hend	C
Niederlassung					
<i>im 3. Jahr</i>					
	100% =		100% =		
	5 Jahre		3 Jahre		
	70% =		50% =		
	3 Jahre		2 Jahre		
	50% =				
	2 Jahre				
<i>im 4. Jahr</i>					
	100% =		100% =		
	5 Jahre		2 Jahre		
	70% =		80% =		
	2 Jahre		1 Jahr		
	50% =		50% =		
	3 Jahre		2 Jahre		
<i>im 5. Jahr</i>					
	100% =		100% =		
	5 Jahre		1 Jahr		
	70% =		80% =		
	1 Jahr		2 Jahre		
	50% =		50% =		
	4 Jahre		2 Jahre		
Importzollbefreiung Brennstoffe	100% =		100% =		
	5 Jahre		3 Jahre		
			50% =		
			2 Jahre		
Vollständige Befreiung von Einkommensteuer	10 Jahre*	4 Jahre*	8 Jahre	2 Jahre	2 Jahre
Vollständige Befreiung von Vermögenssteuer	12 Jahre*	6 Jahre*	8 Jahre	3 Jahre	2 Jahre
Art. des Prot. Conv. Inc.	3	4	5	6	7

* Siehe Fußnote auf S. 78.

Als zusätzliche Vergünstigung können den Unternehmen, die unter die Gruppen „A neu“ und „B neu“ klassifiziert sind, von der hondurensischen Regierung Gebäude zur industriellen Nutzung zehn Jahre kostenlos überlassen oder zu 50% des Wertes veräußert werden, Art. 9 Prot. Conv. Inc. Alle vorgenannten Vergünstigungen betreffen die Neuerrichtung von Fabriken. Bei Erweiterung schon bestehender Fabrikanlagen werden geringere Vergünstigungen gewährt.

Einmal können alle Unternehmen, die unter eine der drei Gruppen klassifizierbar sind – auf eine tatsächliche Klassifizierung kommt es nicht an –, Zollbefreiung für Maschinen und Ausrüstungen und Befreiung von der Vermögenssteuer erhalten, Art. 20 Conv. Inc. Letzteres betrifft nur die Neuinvestitionen. Außerdem richten sich diese Vergünstigungen nach den bei den einzelnen Gruppen angegebenen.

Für Honduras gelten gemäß Art. 8 Prot. Conv. Inc. die entsprechend größeren Vergünstigungen.

Bestreiten die Unternehmen Erweiterungsinvestitionen in Maschinen und Ausrüstungen aus eigenen Gewinnen, kommt eine weitere Vergünstigung hinzu. In Höhe der Neuinvestition können sie ihre Gewinne von dem zu versteuernden Einkommen abschreiben, Art. 9 Conv. Inc. Diese Regelung gilt jedoch nur bei Unternehmen, die bereits klassifiziert waren.

Honduras kann nach Art. 10 Prot. Conv. Inc. diese Vergünstigungen unter weniger restriktiven Voraussetzungen gewähren. Zum einen ist nicht erforderlich, daß das Unternehmen tatsächlich klassifiziert war, und zum anderen reicht eine Investition in industrielle Gebäude – nach dem Conv. Inc. nur Maschinen und Ausrüstungen – aus. Anders als bei der Errichtung von Fabriken werden also bei der Erweiterung schon bestehender Fabrikanlagen keine Importzollbefreiungen für Brennstoffe sowie Rohstoffe, Halbfertigwaren und Verpackungsmaterial gewährt.

Art und Umfang der steuerlichen Vergünstigungen für die verarbeitende Industrie regelt der Conv. Inc. abschließend. Die Länder dürfen keine von diesen verschiedenen gewähren, Art. 3 Conv. Inc. Soweit die nationalen Förderungsgesetze dem Conv. Inc. entgegenstehen, werden sie aufgehoben, Art. 46 Conv. Inc.

5. Übergangsregelungen bei der Gewährung von Vergünstigungen

Mit dem Inkrafttreten des „Convenio“ ergibt sich das Problem, ob und in welchem Umfang die nach den nationalen Gesetzen gewährten Vergünstigungen neben den nach dem „Convenio“ zu gewährenden weitergelten sollen.

Nach Art. Transitorio 1 Conv. Inc. genießen die Unternehmen die ihnen

nach nationalen Gesetzen gewährten Vergünstigungen grundsätzlich weiter. Lediglich die Importzollbefreiungen für Baumaterialien enden 30 Tage nach Inkrafttreten des „Convenio“, die anderen Vergünstigungen verfallen nur dann, wenn sie ein Jahr nach dem die Vergünstigungen zusprechenden Regierungsdekret oder sechs Monate nach Inkrafttreten des Conv. Inc. noch nicht in Anspruch genommen worden sind.

Die nach nationalen Gesetzen klassifizierten Unternehmen können zudem noch die höchsten Vergünstigungen erhalten, die ein anderes Unternehmen mit gleicher Warenproduktion in der Region erhalten hat. Das gleiche gilt gemäß Art. Transitorio 4 Conv. Inc. auch für die Unternehmen, die erst nach Inkrafttreten des „Convenio“ errichtet werden.

Würden diese Regelungen derart weitgehend angewandt, so bedeutete das eine de-facto-Weitergeltung der nationalen Förderungsgesetze auf Jahre hinaus. Die Vereinheitlichung bestünde dann in der Anwendung der höchsten fiskalischen Anreize nach den nationalen Gesetzen. Die Sica⁵⁴ befürwortete deshalb eine restriktive Auslegung dieser Artikel. Der CE nahm den Gedanken auf und erarbeitete in Art. 112 REIFALDI eine Vorschrift, nach der nur noch die Höchstbegünstigungen der Importzollbefreiung für Rohstoffe, Halbfertigwaren und Verpackungsmaterial gewährt werden können, und zwar in der Höhe, die erforderlich ist, um ungleiche Wettbewerbssituationen bei gleicher Warenproduktion zu beseitigen.

Art. Transitorio 2 Conv. Inc. gibt den nach nationalen Gesetzen klassifizierten Unternehmen, die nach dem „Convenio“ unter die Gruppen „A“ und „B“ fielen, die Möglichkeit, sich nach dem „Convenio“ reklassifizieren zu lassen. In diesem Fall erhalten sie die Vergünstigungen des „Convenio“.

Art. Transitorio 3 Conv. Inc. sieht die gleiche Möglichkeit für die Unternehmen vor, die nach dem „Convenio“ unter die Gruppe „C“ fielen. Wenn sie sich aber nicht klassifizieren lassen, werden ihre Produkte beim Export nach anderen Ländern des MCCA als durch Exportsubventionen gefördert angesehen, mit den Folgen des Art. XI TG. Das bedeutet, daß Sicherheitsleistung in Höhe des Einfuhrzolls gefordert werden kann.

Nach dem Wortlaut des Art. Transitorio 3 Conv. Inc. ist die Reklassifizierung für Unternehmen der Gruppe „C“ fakultativ. Andererseits aber verlieren die Produkte dieser Unternehmen bei Nichtreklassifizierung den Freihandel. Freihandel aber ist eines der Hauptziele des TG. Insoweit ist die Regelung dieser Art nicht frei von Widerspruch. Die Sica⁵⁵ schlug vor, im REIFALDI die Reklassifizierung für die Gruppe „C“ obligatorisch zu machen. Der CE⁵⁶ kam zu keiner Einigung. Die Skala der Meinungen reichte von freiwilliger Reklassifizierung (Honduras) über obligatorische nur für bestimmte Industrien (Guatemala) bis zu obligatorischer für die gesamte Gruppe „C“ (die übrigen drei Länder).

6. Wettbewerbsvorschriften

Der „Convenio“ enthält Vorschriften über unlauteren Wettbewerb und die Beseitigung ungleicher Wettbewerbssituationen.

Gemäß Art. 41 Conv. Inc. werden beim Export in Länder des MCCA dann unlautere Handelspraktiken angenommen, wenn die Vergünstigungen mißbräuchlich in Anspruch genommen wurden oder das die Vergünstigungen gewährende Dekret nicht den materiellen Voraussetzungen des „Convenio“ entsprach und dadurch die Kosten der Ware verringert wurden. Das Verfahren und die Sanktionen richten sich nach Kap. III TG (s. o. S. 37 ff.).

Bei Wettbewerbsverzerrungen, die durch *rechtmäßig* gewährte Vergünstigungen entstehen, schafft Art. 26 Conv. Inc. ein Regulativ. Danach kann ein Unternehmen, das annimmt, daß durch die Vergünstigung der Zollbefreiung für Rohstoffe, Halbfertigwaren und Verpackungsmaterial, die ein anderes Unternehmen genießt, der Wettbewerb verzerrt wird, einen Antrag auf die gleiche Vergünstigung in der Höhe stellen, die zur Herstellung einer normalen Wettbewerbssituation notwendig ist. Über den Antrag erstellt die Sieca ein Gutachten binnen dreißig Tagen nach Vorlage des Antrags durch die nationale Behörde. Das Gutachten muß folgendes berücksichtigen:

1. die Höhe des Zolls der importierten Waren,
2. das Verhältnis der Kosten dieser Waren zu denen des Endprodukts,
3. den Preis des Endprodukts auf dem Markt.

Die Sieca legt das Gutachten mit einem Entscheidungsvorschlag dem CE vor, der binnen neunzig Tagen zu entscheiden hat. In der Zwischenzeit kann die vorlegende Regierung gegen Sicherheitsleistung Zollbefreiung für die entsprechenden Waren gewähren.

7. Verfahren

Die Anwendung des „Convenio“ obliegt den zuständigen nationalen Behörden, Art. 22 Conv. Inc. Darin liegt die Gefahr, daß bei der Klassifizierung nicht für ganz Zentralamerika einheitliche Maßstäbe angewandt werden. Als Gegengewicht gegen diese Zersplitterungsgefahr setzt Art. 23 Conv. Inc. den CE als Koordinationsorgan ein. Er hat alle Konflikte zu lösen, die bei der Anwendung des „Convenio“ entstehen.

Die Grundzüge des Verfahrens bei der Gewährung der Vergünstigungen regeln die Art. 29–34 Conv. Inc. Danach hat das Unternehmen, das Vergünstigungen in Anspruch nehmen will, einen Antrag zu stellen, der einige Mindestinformationen über das Industrieprojekt enthalten muß, so über

den Standort, die Höhe des Investitionskapitals, die Art der Produkte, die Menge und Art der geplanten Einfuhren von Rohmaterial etc.

Eine Kurzfassung des Antrags ist im Staatsanzeiger und einer Tageszeitung zu veröffentlichen, um allen natürlichen und juristischen Personen Gelegenheit zu geben, gegen die Gewährung der Vergünstigungen Einwände vorzutragen. In Zusammenarbeit mit einer besonderen Nationalen Kommission entscheidet die Behörde durch Dekret, das im Staatsanzeiger zu veröffentlichen ist. Das Dekret muß folgende Angaben enthalten:

1. die Klassifizierung des Unternehmens und die Produkte, die hergestellt werden;
2. die Vergünstigungen und die Liste der Waren, die zollfrei eingeführt werden können, spezifiziert nach den Positionen der NAUCA;
3. die Frist für die Errichtung der Fabrikanlagen;
4. die Frist für den Produktionsbeginn, die die Spanne von zwei Jahren ab Wirksamkeit des Dekrets nicht überschreiten darf;
5. sonstige Verpflichtungen des Unternehmens.

Ein ablehnender Antragsbescheid hat Bindungswirkung für alle Länder, wenn der CE die Entscheidung bestätigt hat, Art. 27 Conv. Inc. In diesem Fall kann kein Unternehmen mit einem gleichen Industrieprojekt in einem anderen Land klassifiziert werden.

8. Kontrollmaßnahmen und Sanktionen

Die Regierungen müssen die Sieca über alle Entscheidungen im Rahmen des „Convenio“ unterrichten und einen Jahresbericht über die Anwendung des „Convenio“ liefern. Die Sieca wiederum berichtet monatlich über alle Anträge und Entscheidungen in Zentralamerika, Art. 35 Conv. Inc.

Über den korrekten Gebrauch der Vergünstigungen durch die Unternehmen sowie deren weitere Verpflichtungen (wie z. B. Produktionsbeginn etc.) hat die zuständige nationale Behörde zu wachen, Art. 37 Conv. Inc.

Bei Mißbrauch der Vergünstigungen oder Nichterfüllung der Verpflichtungen von seiten der Unternehmen sieht der „Convenio“ verschiedene Sanktionen vor. Macht ein Unternehmen von den zollfrei importierten Gütern unrechtmäßigen Gebrauch (z. B. Veräußerung an Dritte, Verwendung zur Produktion anderer als der im Dekret aufgeführten Waren), dann erhält das Unternehmen eine Geldstrafe, die das Drei- bis Zehnfache des nicht gezahlten Zolls beträgt, und zusätzlich oder alternativ wird das Dekret aufgehoben, unbeschadet weiterer Maßnahmen nach den Gesetzen jedes Landes, Art. 38 Conv. Inc.

Bei Nichterfüllung von Verpflichtungen kennt der „Convenio“ nur die Aufhebung des Dekrets. Die Aufhebung ist obligatorisch, wenn ein

Unternehmen die Frist zum Produktionsbeginn nicht einhält, Art. 39 Conv. Inc., und fakultativ, wenn andere Verpflichtungen nicht erfüllt werden, Art. 40 Conv. Inc.

D · SCHLUSSBETRACHTUNG

I · INNERSTAATLICHE VERWIRKLICHUNG DES GEMEINSCHAFTSRECHTS

Das Recht des MCCA entsteht aus mehreren Quellen:

- a) den Verträgen über die wirtschaftliche Integration;
- b) den „Reglamentos“, die die Verträge generell oder speziell näher regeln;
- c) den Akten der Organe des MCCA, wobei Resolutionen, also Entscheidungen, Empfehlungen und Gutachten unterschieden werden können;
- d) den Lehrmeinungen¹.

Bei der innerstaatlichen Verwirklichung des Gemeinschaftsrechtes sind die Verträge, „Reglamentos“ und Resolutionen zu berücksichtigen; die übrigen Quellen, also Empfehlungen, Gutachten und Lehrmeinungen, wirken nur mittelbar, entweder im Entscheidungsprozeß der Organe oder dem der Regierungen.

Bei *Verträgen* sehen die Verfassungen der fünf Mitgliedstaaten des MCCA die Ratifizierung vor. Die Unterzeichnung von internationalen Verträgen ist nach allen fünf Verfassungen Aufgabe der Exekutive². Die Kompetenz zur Ratifizierung der Verträge regeln die Verfassungen unterschiedlich.

In Nicaragua und El Salvador bedürfen alle Verträge der Zustimmung des Parlaments, Art. 148, Ziff. 8 bzw. Art. 47, Ziff. 29.

In Honduras und Costa Rica ist grundsätzlich die Zustimmung des Parlaments erforderlich, Art. 181 Ziff. 26 bzw. Art. 121, Ziff. 4. Allerdings gibt es Ausnahmen von diesem Grundsatz. So kann in Honduras gemäß Art. 181, Ziff. 26, Satz 2 bei Verträgen über Handelsaustausch, die eine Warenliste enthalten, die Exekutive die Listen durch schlichten Austausch entsprechender Noten des Außenministeriums modifizieren, wenn dieses Verfahren in dem Vertrag vorgesehen ist.

In Costa Rica sieht Art. 121, Ziff. 4, Abs. 3³ folgende Ausnahme vor: keiner Zustimmung des Parlaments bedürfen Protokolle geringeren Rangs („de menor rango“), die auf Grund von Verträgen unterzeichnet sind, denen das Parlament zugestimmt hat, wenn diese Verträge eine solche Ableitung der Protokolle ausdrücklich vorsehen. Diese Protokolle treten mit Veröffentlichung durch die Exekutive in Kraft, Art. 140, Ziff. 10, Abs. 2.

In Guatemala ist grundsätzlich keine Zustimmung des Parlaments erforderlich. Die Ratifizierung ist Aufgabe des Präsidenten, Art. 189, Ziff. 11.

Art. 170, Ziff. 13 und 14 enthalten aber einen Katalog von Fällen, in denen das Parlament den Verträgen zustimmen muß. Als wichtigste Ausnahmefälle seien genannt: ein Vertrag berührt bestehende Gesetze oder vereinbart eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit.

Da die Integrationsverträge bestehende Gesetze über Zölle, Steuerbefreiungen zur industriellen Förderung etc. berühren, bedürfen sie der Zustimmung des Parlaments.

In einigen Verträgen sind „*Reglamentos*“ vorgesehen, die die Ausführung der Verträge näher regeln sollen und in etwa den Charakter von Verordnungen nach deutschem Recht haben.

Nach Art. 182 CAUCA hat die Exekutive jedes Landes die „*Reglamentos*“ herauszugeben („*emitir*“), die multilateral im CEC beschlossen sind („*acordar*“). Bisher hat der CEC den RECAUCA beschlossen. In Guatemala und Costa Rica wurde der RECAUCA⁴ durch Regierungsdekrete veröffentlicht, in Nicaragua hingegen verabschiedete das Parlament CAUCA und RECAUCA zusammen⁵.

Art. 47 Conv. Inc. bestimmt, daß jeder Staat ein einheitliches „*Reglamento*“ zum Conv. Inc. annimmt („*adoptar*“), das der CE auszuarbeiten hat („*elaborar*“). Bisher konnte der REIFALDI noch nicht endgültig im CE erarbeitet werden⁶.

In den vorgenannten Fällen sehen die Verträge eine Übernahme der „*Reglamentos*“ in nationales Recht ausdrücklich vor. Dagegen besagt Art. V TG lediglich, daß der CE ein „*Reglamento*“ über Bestimmung des Warenursprungs erläßt („*establecer*“). Ein solches „*Reglamento*“ wurde bislang nicht erlassen⁷.

In anderen Fällen weisen die Verträge den Organen des MCCA die Zuständigkeit zu, die Ausführung des Vertrages in speziellen Fällen näher zu regeln, ohne den Begriff „*Reglamento*“ zu gebrauchen.

Nach Art. XII, f, 2. Prot. von Managua⁸ kann der CEC innerhalb der Bandbreite zwischen Minimum- und Maximumzoll die genaue Zollhöhe durch Beschluß festsetzen. In Kraft treten die Zölle durch ein Regierungsdekret in den nationalen Gesetzblättern.

Der CE setzt gemäß Art. 2, 2. Prot. Conv. Reg. Ind.⁹ die Glasklassen und Stärken fest, die im Rahmen der Integrationsindustrie zu produzieren sind. Die Beschlüsse des CE sind in den nationalen Gesetzblättern zu veröffentlichen, damit sie im nationalen Recht Rechtswirkung erlangen („... para los efectos legales correspondientes“). Im 1. Prot. Conv. Reg. Ind. fehlt bei ähnlichen Fällen ein ausdrücklicher Hinweis auf das Erfordernis der Übernahme. Gemäß Art. 25 dieses Protokolls setzt der CE die Preise für die

Produkte der Integrationsindustrie „GINSA“ fest. Aus dem Wortlaut des Art. könnte man schließen, daß mit dem Beschluß des CE die Preise in den Ländern verbindlich werden. Tatsächlich jedoch wurde die vom CE durch Resolution festgesetzte Preisliste¹⁰ in den Mitgliedsländern durch Regierungsdekrete in Kraft gesetzt, die in den Gesetzblättern veröffentlicht wurden¹¹.

Nach Art. 4, 1. Prot. Conv. Reg. Ind. bestimmt der CE in Zusammenarbeit mit dem ICAITI die Qualitätsnormen, die die Produkte der Integrationsindustrie erfüllen müssen¹². Auch hier fehlt ein Hinweis auf die Notwendigkeit zur Übernahme in das nationale Recht. Bisher hat der CE die Qualitätsnorm noch nicht festgesetzt. Doch dürfte der Beschluß genau wie der Beschluß über die Preise durch Dekret innerstaatlich verwirklicht werden.

Schließlich hat man dieses Verfahren auch im Fall des Art. 33, 1. Prot. Conv. Reg. Ind.¹³ angewandt. Danach verifiziert die Sieca im Rahmen des Sondersystems, ob 50% zentralamerikanische Produktion besteht. Bei positivem Ergebnis teilt sie dies in einer schriftlichen Note den Regierungen mit. Der Schutzzoll für die Produkte des Sondersystems wird dann nach dem Wortlaut des Art. 33 „... 30 Tage nach dem Datum der schriftlichen Notifizierung angewandt“. Auf Anfrage des Verfassers erklärten die Sachbearbeiter der Sieca, daß die entsprechenden Feststellungen der Sieca und die im Prot. für diese Produkte vorgesehenen Schutzzölle in jedem Land noch durch Regierungsdekrete veröffentlicht seien.

Die Praxis der zentralamerikanischen Staaten geht also dahin, daß in allen Fällen, in denen Verträge sogenannte „Reglamentos“ vorsehen, die die Organe des MCCA zu erlassen haben, diese noch durch einen nachfolgenden Akt der Staatsgewalt des jeweiligen Landes im nationalen Recht verwirklicht werden, und zwar unabhängig davon, ob der Vertrag einen solchen Akt ausdrücklich vorsieht oder nicht.

Bei den *Entscheidungen* der Organe, also in der Hauptsache Streitentscheidungen und Sanktionen, sehen einige Vorschriften in den Verträgen ausdrücklich vor, daß Entscheidungen eines Organs nach innerstaatlichem Recht zu verwirklichen sind.

So hat nach Art. VI, Abs. 2c TG ein Staat, wenn der CE die Unvereinbarkeit einer Verbrauchssteuer mit dem Freihandelsprinzip festgestellt hat, diese Steuer nach den Vorschriften des innerstaatlichen Rechts zu beseitigen.

Im Fall der Stempelmarkensteuer in Guatemala (CE Resolution 72)¹⁴ erließ die Regierung Guatemalas eine Weisung an die zuständigen Behörden, die Steuer bei Freihandelswaren nicht mehr zu erheben. Später wurde das Gesetz entsprechend geändert¹⁵. Nach der Entscheidung über die Verbrauchssteuer auf Waschmittel in Nicaragua (CE Resolution 71)¹⁶ beschritt man

einen etwas ungewöhnlichen Weg: die Regierungen von Nicaragua und Honduras einigten sich darauf, daß die Steuer stufenweise binnen sechs Monaten abgebaut wird. Danach wurde das Gesetz aufgehoben¹⁷.

Nach Art. XIV Prot. Conv. Equip. vom 31. Juli 1962¹⁸ kann der CE bei unlauteren Handelspraktiken Sanktionen erlassen. Die Sanktionen sind von den Regierungen anzuwenden („... la sanción será aplicada por el Gobierno del país ...“).

Bislang hat der CE keine derartige Sanktion verhängt.

In den meisten Entscheidungsfällen sehen die Verträge allerdings nicht ausdrücklich die Übernahme in das innerstaatliche Recht vor. Als wichtiges Beispiel unter vielen anderen seien hier die Entscheidungen des CE bei Zweifel über den Ursprung einer Ware genannt. Hat ein Land in solchen Fällen den Freihandel unterbrochen und entscheidet der CE, daß die betreffende Ware Freihandel genießt, so hat diese Entscheidung keine unmittelbare Wirkung im innerstaatlichen Recht. Vielmehr verpflichtet sie die Regierung, die den Freihandel beeinträchtigende Maßnahme aufzuheben. Das geschieht dadurch, daß die Regierung zum Beispiel den Zollbehörden die Weisung erteilt, in Zukunft die betreffende Ware nicht mehr mit Zoll zu belasten. Nicht in allen Fällen kommen die Regierungen dieser Verpflichtung nach. Trotz der Entscheidung des CE (Resolution 89 und 98)¹⁹, daß die Produkte der Integrationsindustrien in Honduras Freihandel genießen, erhob Honduras, wie Sachbearbeiter der Sieca dem Verfasser mitteilten, auch nach den Entscheidungen des CE weiterhin Importzoll auf diese Produkte.

Auch die Entscheidungsakte der Organe des MCCA entfalten keine unmittelbare Wirkung im innerstaatlichen Recht. Rechtswirkung im nationalen Recht erlangen sie erst durch nachfolgende Akte der staatlichen Organe²⁰.

II · KONZEPTION DES MCCA UND SEINE ZUKUNFTSAUSSICHTEN

Das Konzept der wirtschaftlichen Integration Zentralamerikas beruht auf der Priorität der industriellen Entwicklung. Dieses Ziel will man durch verschiedene Maßnahmen erreichen. Die zentralamerikanische Produktion erhält durch Schaffung einer Freihandelszone einen erweiterten Markt und wird durch einen gemeinsamen Außenzoll vor der Konkurrenz aus Drittländern geschützt. Diese allgemeinen Vorteile für die heimische Produktion begleiten spezielle Industrieförderungsmaßnahmen. Das Regime der Integrationsindustrien soll Industrien größeren Ausmaßes, die den gesamten regio-

nen Markt benötigen, fördern. Das Sondersystem soll neue Industrien, die für die wirtschaftliche Entwicklung Zentralamerikas von besonderer Bedeutung sind, anziehen, und schließlich bietet das Abkommen über Steuervergünstigungen einen gestaffelten Katalog steuerlicher Anreize für Industriebetriebe, wobei man der Produktion von Kapitalgütern und Halbfertigwaren die größten Vorteile gewährt und die traditionelle zentral-amerikanische Industrie (Getränke, Tabakwaren etc.) die geringsten Vergünstigungen erhält.

Infolge der wirtschaftlichen Integration etablierten sich verschiedene neue Industrien in Zentralamerika, die unter anderem auch zur Importsubstitution beitrugen. Den spektakulärsten Erfolg erzielte die Integration auf dem Gebiet des intraregionalen Handelsaustauschs. Dieser wuchs von 8 Millionen US \$ im Jahre 1950 über 32 Millionen US \$ im Jahre 1960 auf 260 Mill. US \$ im Jahre 1970.

Die wirtschaftliche Integration ist jedoch kein Selbstzweck. Die Präambel zum TG bezeichnet ihr Ziel: die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung Zentralamerikas. An diesem Anspruch muß der Erfolg der bisherigen Integrationsmaßnahmen gemessen werden.

Zentralamerika ist vorwiegend agrarwirtschaftlich strukturiert. 63% aller Beschäftigten sind in der Landwirtschaft tätig²¹, etwa 12% in der Industrie²². Von den in der Landwirtschaft Beschäftigten besitzen 80% kein eigenes Land²³; der Grundbesitz ist – mit Ausnahme Costa Ricas²⁴ – in Großgrundbesitz und Minifundien mit Subsistenzwirtschaft aufgeteilt. Zentralamerika hat eine Analphabetenquote von 60%²⁵.

Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen ist von 264 US \$ im Jahre 1961 auf 346 US \$ im Jahre 1967 gestiegen²⁶. Diese summarische Zahl sagt jedoch wenig aus über das tatsächliche Einkommen der verschiedenen sozialen Klassen. Die gemeinsame Mission für Zentralamerika der OEA, BID, CEPAL, BCIE und Sieca schätzte für 1964, daß etwa 7 Millionen Einwohner Zentralamerikas ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von etwa 43 US \$ hätten²⁷.

Das bedeutet bei einer Gesamt Einwohnerzahl von ca. 13 Millionen, daß weit über die Hälfte der Einwohner unter infrahumanen Bedingungen existieren muß.

Die Erfolge der Integration – industrielles Wachstum und erweiterter Handelsaustausch – berühren die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nicht. Sie ist nicht in die Volkswirtschaft integriert, sondern existiert als marginale Masse in reiner Subsistenzwirtschaft.

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialstruktur läßt eine Änderung dieser Lage nicht zu. Ein kleiner Sektor hat ein so hohes Einkommen, daß jede Erhöhung in Konsum ausländischer Güter gesteckt wird, während die

Masse ein so geringes Einkommen hat, daß ihre Nachfrage in der Volkswirtschaft keinen aktiven Faktor bildet²⁸. Dadurch wird wiederum eine weitere Industrialisierung gehemmt.

Die wirtschaftliche Integration hat die Grundprobleme der wirtschaftlichen Entwicklung Zentralamerikas, nämlich die Frage der Agrarreform (Bodenverteilung und Basiserziehungsprogramm für die unqualifizierten Landarbeiter), nicht nur nicht gelöst, sondern nicht einmal in Angriff genommen. Dadurch, daß man die Integration bewußt auf dem industriellen Sektor konzipierte, machte man sie politisch sicher, das heißt, die Interessen des Großgrundbesitzes wurden nicht angetastet.

Die Probleme werden von den Organisationen, die sich mit der Integration beschäftigen, klar gesehen. Die CEPAL erklärt in ihrem letzten Bericht zur Lage der Integration in Zentralamerika²⁹, die Erfahrung in Lateinamerika lehre, daß bei der Industrialisierung in Ländern mit stagnierender Landwirtschaft diese letztlich zum Hemmschuh werde. In Zentralamerika müsse das Problem der Bodenverteilung und der fehlenden Ausbildung gelöst werden, ohne die eine Entwicklung am Ende unmöglich sei³⁰.

Es bleibt die Frage, ob die Regierungen willens und in der Lage sind, diese Aufgaben zu lösen. Die Zeit drängt. Jahr für Jahr steigt die Zahl der ungelerten Arbeitskräfte – mit 3,5% hat Zentralamerika eine der höchsten Quoten des Bevölkerungswachstums der Welt –, die die Masse der Elenden vermehren. Gelingt es nicht bald, auf friedlichem Wege Veränderungen zu schaffen, so ist die Wahrscheinlichkeit gegeben, daß die große Bevölkerungsmehrheit einen anderen Weg zur Lösung sucht, einen Weg, den der kolumbianische Soziologe Camilo Torres mit folgenden Worten beschrieben hat:

„En las circunstancias actuales de América Latina, nosotros vemos, que no se puede dar de comer, ni vestir, ni alojar a las mayorías. Los que detentan el poder constituyen esa minoría económica que domina al poder político, al poder cultural, al militar ... Se debe propiciar entonces, la toma del poder por parte de las mayorías, para que realicen las reformas estructurales económicas, sociales, políticas en favor de esas mismas mayorías. Esto se llama revolución ...“³¹

ANMERKUNGEN

VORWORT

- 1 Panama gehört zwar geographisch zum zentralamerikanischen Isthmus, ist aber nicht Mitglied des Gemeinsamen Marktes. Politisch bildete Panama bis 1903 einen Teil der Republik Kolumbien und machte sich dann aus Anlaß des Baus des Panama-Kanals unabhängig.
- 2 Vgl. Herrera: Nacionalismo, Regionalismo, Internacionalismo.
- 3 Gallardo: Las Constituciones . . . , Bd. I, S. 29.
- 4 A. a. O., S. 30.
- 5 Siehe die „Acta de Independencia“, in: Gallardo, Bd. II, S. 661.
- 6 Der Kongreß El Salvadors erklärte sogar am 23. 11. 1822 den Anschluß an die USA; Costa Rica beschloß, sich Kolumbien anzuschließen. Siehe Herrarte, Alberto: La Unión de Centroamérica, S. 97 f.
- 7 A. a. O.
- 8 Text in: Gallardo, Bd. II, S. 667 ff.
- 9 „Constitución de la República Federal de Centroamérica“, in: Gallardo, Bd. II, S. 703 ff.
- 10 Herrarte, S. 106.
- 11 Der Zerfall der Föderation hat vielfältige Gründe sozio-ökonomischer und politischer Art, insbesondere des Gegensatzes der liberalen und konservativen Parteien. Vgl. im einzelnen Regalado Dueñas, Miguel: La Realidad Política Centroamericana . . .
- 12 Parker: The Central American Republics, S. 80.
- 13 17. 3. 1842: „Convención de Chinandega“, in: Gallardo, Bd. I, S. 361.
27. 7. 1842: „Pacto Permanente de la Federación Centroamericana“, in: Gallardo, Bd. I, S. 365.
7. 10. 1842: „Pacto de Convocatoria para una Asamblea Constituyente“, „Pacto de Erección de un Gobierno Provisional de la Nación“. Beide Pakte wurden in der sog. „Dieta de Nacaome“ geschlossen. In: Gallardo, Bd. I, S. 370.
8. 12. 1849: „Tratado de León“, die drei Regierungen wollen eine Regierung mit Sitz in Chinandega (Nicaragua) bilden. In: Gallardo, Bd. II, S. 1108 ff.
5. 11. 1852: „Estatuto Nacional“, die 3 Staaten gründen die „República de Centroamérica“. Anlaß war die Landung britischer Schiffe in der Mündung des Rio Romano in Honduras. In: Gallardo, Bd. II, S. 1114.
- 14 Text des Dekrets v. 28. 2. 1885, in: Gallardo, Bd. II, S. 1135.
- 15 „Pacto de Unión Provisional de los Estados de Centroamérica“ v. 15. 10. 1889; Text in: Gallardo, Bd. II, S. 1154.
- 16 „Pacto de Amapala“ v. 20. 6. 1895, Text in: Gallardo, Bd. I, S. 481.
- 17 „Tratado de Unión Centroamericana“ v. 15. 6. 1897, Text in: Gallardo, Bd. I, S. 483.

- 18 „Constitución Política de los Estados Unidos de Centroamérica“ v. 27. 8. 1898, Text in: Gallardo, Bd. II, S. 773.
- 19 Man hatte diese Stadt in Costa Rica gewählt, weil man glaubte, sie sei am entferntesten von den Zentren politischer Intrigen und Unruhen. Siehe Karnes: *The Failure of Union*, S. 193.
- 20 Zitiert bei Gallardo, Bd. I, S. 528.
- 21 Die Fälle sind im einzelnen beschrieben in: Moreno: *Historia de las Relaciones . . .*, S. 179–203, 215–244.
- 22 Im Bryan-Chamorro-Pakt räumte Nicaragua den USA u. a. ein ewiges Recht zum Kanalbau sowie ein Recht zur Einrichtung eines Marinestützpunktes im Golf von Fonseca ein. Costa Rica rügte Verletzung der Konsultationspflicht beim Kanalbau und El Salvador die Verletzung seiner Souveränität durch den Stützpunkt. Die klagezusprechenden Urteile des Gerichtshofes mißachtete Präsident Diaz von Nicaragua, gestützt auf die von den USA 1912 im Lande gelandeten Marines. Siehe Karnes, S. 199 ff.
- 23 „Constitución Política de la República Federal de Centroamérica“ vom 9. 9. 1921, Text in: Gallardo, Bd. II, S. 810.
- 24 Karnes, S. 221.
- 25 Im einzelnen siehe Gallardo, I, S. 556.
- 26 CNPE: *Recopilación . . .*, Bd. I, S. 3.
- 27 „Pacto de Unión Confederada de los Estados de Centroamérica“ vom 8. 4. 1947, Text in: Gallardo, Bd. II, S. 1206.
- 28 Carta de San Salvador vom 14. 10. 1951, Text in: Gallardo, Bd. II, S. 1232.
- 29 Es gab in der „Oficina Centroamericana“ jahrelang so wenig zu tun, daß der Delegierte Guatemalas, Manuel Chavarria, seinen Rücktritt erklärte, weil er nichts zu tun habe. Gallardo, Bd. I, S. 608.
- 30 „Carta de la Organización de Estados Centroamericanos“, Panamá, 12. 12. 1962, Text in: Fernandez-Shaw: *La Integración . . .*, S. 137.

A · WIRTSCHAFTLICHE INTEGRATIONSBESTREBUNGEN

- 1 Castillo: *Growth and Integration . . .*, S. 77.
- 2 CEPAL E/CN 12/275.
- 3 Im einzelnen siehe Fernandez-Shaw, S. 191 ff.
- 4 GATT, BISD 5. Supplement, S. 29; vgl. auch GATT, BISD 10. Supplement, S. 51.
- 5 Delgado: *Origen, Estructura y Funcionamiento del Mercado Común Centroamericano*, S. 58.
- 6 Sieca, *Convenios Centroamericanos . . .*, Bd. I, S. 1. Acuerdo Regional para la Importación de Vehículos por Carretera.
- 7 Sieca, *Convenios . . .*, Bd. I, S. 6.
Tratado Multilateral de Libre Comercio e Integración Económica Centroamericana vom 10. 6. 1958.
- 8 A. a. O., S. 19. Acuerdo Centroamericano sobre Circulación por Carretera; S. 29, Acuerdo Centroamericano sobre Señales Viales Uniformes.
- 9 A. a. O., S. 17. Convenio sobre el Régimen de Industrias Centroamericanas de Integración.
- 10 Sieca, *Convenio Centroamericano sobre Equiparación de Gravámenes a la Importación*, Sonderdruck.

- 11 Nomenclatura Arancelaria Uniforme Centroamericana = NAUCA.
- 12 Nicaragua hielt sich wegen ernster Grenzstreitigkeiten mit Honduras zurück, und Costa Rica bevorzugte die schrittweise Integration, wie sie der Vertrag von 1958 vorsah.
Castrillo Zeledón: La Zona de Libre Comercio . . . , S. 21.
- 13 A. a. O.
- 14 Sieca, Convenios . . . , Bd. I, S. 50.
Tratado de Asociación Económica, sog. „Tratado Tripartito“.
- 15 Sieca, Resoluciones del CCE, S. 183.
- 16 Sieca, Convenios . . . , Bd. I, S. 62. Tratado General de Integración Económica Centroamericana.
In Zukunft CEC genannt.
- 17 In Zukunft CE genannt.
- 19 In Zukunft Sieca genannt.
- 20 Sieca, Convenios . . . , Bd. III.
Código Aduanero Uniforme Centroamericano (CAUCA).
- 21 Sieca, Acta CEC Nr. 16, Anexo 5.
- 22 Sieca, Reglamento al CAUCA, Sonderdruck.
- 23 Für die übrigen Länder ist er bereits in Kraft.
- 24 Sieca, Convenios . . . , Bd. II, S. 19.
Protocolo al Convenio sobre el Régimen de Industrias Centroamericanas de Integración.
- 25 Sieca, Convenios . . . , Bd. IV, S. 9.
- 26 Sistema especial de promoción de actividades productivas.
- 27 Sieca, Convenios . . . , Bd. IV, S. 9.
- 28 Sieca, Convenios . . . , Bd. IV, S. 25.
Segundo Protocolo de Managua.
- 29 A. a. O., Bd. II, S. 13.
Convenio Centroamericano de Incentivos Fiscales al Desarrollo Industrial.
- 30 Sieca, Acta CE Nr. 39, Anexo 1.
Reglamento al Convenio Centroamericano de Incentivos Fiscales al Desarrollo Industrial.
- 31 Sieca, Convenios . . . , Bd. IV, S. 17. Protocolo sobre Trato Preferencial a Honduras.
- 32 Sieca, Convenios . . . , Bd. II, S. 9.
Protocolo al Convenio Centr. sobre Equiparación . . .
- 33 Sieca, Acta CE Nr. 38, S. 17.
- 34 MCP, Estudios Industriales I; Programa de Desarrollo de la Industria Textil de Hilados y Tejidos de Algodón.
- 35 Sieca, Convenios . . . , Bd. I, S. 132.
Convenio Constitutivo del Banco Centroamericano de Integración Económica.
- 36 BCIE; Origen, Políticas y Gestión.
Ordoñez Fernandez: El Banco Centroamericano . . .
- 37 IIEJI-INTAL-BID, Instrumentos . . . , S. 160.
Convenio Constitutivo de la Cámara de Compensación Centroamericana.
- 38 Gonzales del Valle: Estructura y Funcionamiento . . .
- 39 Fernández-Shaw: La Integración . . . , S. 854.
Convenio de Compensación y de Créditos entre los Bancos Centrales y el Banco de México, S. A. vom 27. 8. 1963.

- 40 A. a. O., S. 863.
- 41 Parke Young: Unión Monetaria ...
- 42 Sieca/69 VII-4/10, Estado Actual y Perspectivas ...
- 43 Sieca, Convenios ..., Bd. IV, S. 5.
Protocolo Especial sobre Granos.
- 44 Im einzelnen BCIE: Programa regional de almacenamiento de granos básicos.
- 45 IIEJI-INTAL-BID, Instrumentos ..., S. 227.
Convenio Constitutivo de la Corporación Centroamericana de Servicios de Navegación Aérea.
- 46 Sieca, Convenios ..., Bd. IV, S. 15.
Tratado sobre Telecomunicaciones.
- 47 Sieca, Informe sobre los Avances ... (Mai 69-Juni 67).
- 48 Sieca/CEC-CMCA-II/D.T. 2. Medidas de Emergencia ..., Anexo 1.
- 49 A. a. O.
- 50 Der Peso Centroamericano (\$CA) ist eine Rechnungseinheit im Werte des US Dollars. Die Einheit des Peso wurde durch Art. 5 des Abkommens über die Kompensationskammer geschaffen (siehe Fußnote 37 S. 93).
- 51 Sieca, Medidas ..., a. a. O.
- 52 A. a. O.
- 53 Sieca, Protocolo al Tratado General (Medidas de Emergencia de Defensa de la Balanza de Pagos), Sonderdruck.
- 54 Impuesto de Estabilización Económica.
- 55 Siehe Bericht über die Vortragsreihe der Jur. Fakultät der Universität „San Carlos“ von Guatemala in: „Diario El Gráfico“, Guatemala, vom 11. 8. 1969, S. 1: „Orígenes y Consecuencias del Conflicto El Salvador-Honduras“.
- 56 Sieca, Algunos Aspectos Sociales y Económicos de los Países Centroamericanos, S. 1.
- 57 Meyers Kontinente und Meere, Mittel- und Südamerika, S. 40, Tabelle 7.
- 58 Baeza Flores: Julio 1969: Guerra de Troya en Centroamérica, S. 6.
- 59 Sieca, Algunos Aspectos Sociales y Económicos de los Países Centroamericanos, S. 1.
- 60 Mijangos López, García Laguardia: „La Guerra de Fútbol“, in: „Diario El Gráfico“, Guatemala, vom 7. 8. 1969, S. 7.
- 61 Vgl. Sieca, Declaración Conjunta de los Ministros de Relaciones Exteriores de Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua y Costa Rica.
- 62 A. a. O.
- 63 Siehe Sieca, Acta de la Reunión de Ministros de Economía de Centroamérica, 9. 1. 1970.
- 64 Sieca, Suplemento de la Carta Informativa No 106, August 1970, S. 42.
- 65 Siehe Acta final de la Tercera Reunión de Ministros de Economía de Centroamérica. In: INTAL, Boletín de la Integración, Nr. 61, Jan. 1971, S. 29 ff.
- 66 Siehe Text in: INTAL, Boletín de la Integración, Nr. 62, Febr. 1971, S. 99 ff.

B · ZIELE DES GENERALVERTRAGES

- 1 Hacia una Teoría de la Integración Económica, S. 7 f.
- 2 Der allgemeine Integrationsbegriff als Zusammenschluß von Teilen zu einem Ganzen, wobei Integration sowohl den Zustand als auch den Prozeß umfaßt.

- Siehe Balassa, a. a. O., S. 1 u. 6; Wendel: Die Zentralam. Wirtsch. Integration, S. 11.
- 3 Estado Actual de la Integración Centroamericana, S. 123.
 - 4 Teoría General del Derecho de la Integración . . ., S. 93 ff.
 - 5 Necesidad de un Sistema Institucional y Jurídico, S. 173 ff.
 - 6 In IIEJI: Derecho de la Integración Latinoamericana, S. 10 Fußnote 8, ist ein weiterer Beitrag im „Anuario Uruguayo de Derecho Internacional“ IV, 1965/66, S. 30, über Integrationsformen zitiert.
 - 7 Resumen y Comentarios de los Tratados de Integración Ec. Centroamericana.
 - 8 A. a. O., S. 1.
 - 9 A. a. O., S. 2.
 - 10 A. a. O., S. 3.
 - 11 A. a. O., S. 3.
 - 12 Scherer, S. 89.
 - 13 Scherer, S. 92.
 - 14 Nachweise bei Scherer, S. 89 ff.
 - 15 Die Errichtung des Gemeinsamen Marktes . . ., ZaöRV Bd. 18, S. 459 ff. (460).
 - 16 Sieca, Acta CE Nr. 4, S. 10.
 - 17 Sieca, CE-IV/13 Add. 1, S. 7.
 - 18 Sieca/CE-III/D.T. 6, S. 6.
 - 19 Sieca, Acta CE Nr. 4, S. 12.
 - 20 Sieca, Acta CE Nr. 8, S. 16.
 - 21 Sieca/CE-IV/17, S. 6.
 - 22 Sieca, Acta CE Nr. 4, S. 16.
 - 23 A. a. O., S. 17.
 - 24 Sieca, Acta CE Nr. 6, S. 22.
 - 25 Sieca/CE-IV/DT 4, S. 4.
 - 26 Sieca, Acta CE Nr. 6, S. 23.
 - 27 Sieca, Acta CE Nr. 19, S. 18.
 - 28 Sieca, Acta CE Nr. 23, S. 59.
 - 29 Sieca/CE-XXIV/D.T. 15, S. 4.
 - 30 Sieca, Acta CE Nr. 24, S. 13.
 - 31 Sieca/CE-XXIV/D.T. 22.
 - 32 Sieca, Acta CE Nr. 24, S. 22.
 - 33 Sieca, Acta CE Nr. 24, S. 36.
 - 34 Sieca, Acta CE Nr. 26, S. 19.
 - 35 Sieca, Acta CE Nr. 27, S. 53.
 - 36 Sieca, CE-XXVII/D.T. 30, S. 4.
 - 37 Sieca, Acta CE Nr. 27, S. 31.
 - 38 Der genaue Produktionsprozeß und die dabei verwendeten Materialien sind in dem Sieca-Dokument Sieca/CE-XXVII/D.J. 7 beschrieben.
 - 39 Sieca, Acta CE Nr. 30, S. 61.
 - 40 Sieca, Acta CE Nr. 27, S. 41.
 - 41 Sieca, Acta CE Nr. 33, S. 91.
 - 42 Sieca, Acta CE Nr. 1, S. 5.
 - 43 Siehe Seite 22 f.
 - 44 Sieca, CE-XIX/94.
 - 45 Sieca, Acta CE Nr. 19, S. 7.
 - 46 Sieca/CE-XIX/94, S. 4.

- 47 Sieca/RDA-II/INF. Anexo Nr. 1.
- 48 Sieca, Acta CE Nr. 37, S. 75.
- 49 Im einzelnen siehe ICAP/INF/031/150/67, Investigación sobre el funcionamiento de las aduanas fronterizas centroamericanas.
- 50 Sieca, Acta CE Nr. 1, S. 6.
- 51 Res. Nr. 2 der Konferenz vom Juli 1967, siehe Sieca/RDA-I/INF. Nr. 1, Anexo, S. 3.
- 52 Sieca, Acta CE Nr. 1, S. 6.
- 53 Sieca, Acta CE Nr. 12, S. 16.
- 54 Sieca, Acta CE Nr. 38, S. 25.
- 55 Sieca/69/VII-2-A/79, S. 3.
- 56 A. a. O., S. 4.
- 57 Sieca, Acta CE Nr. 8, S. 22.
- 58 Sieca, Acta CE Nr. 17, S. 32.
- 59 Sieca/CE-XXII/D.T. 3.
- 60 Sieca, Acta CE Nr. 22, S. 7.
- 61 Sieca, Acta de la Reunión de Ministros de Economía de Centroamérica. 1. 3.-4. 3. 1969, S. 21.
- 62 Sieca, Acta CEC Nr. 25, S. 11.
- 63 Sieca/CE-XXV/D.T. 7, S. 5.
- 64 Sieca, Acta CE Nr. 25, S. 17.
- 65 Sieca, Acta CE Nr. 33, S. 63.
- 66 Sieca, Acta CE Nr. 2, S. 6.
- 67 Siehe Fußnote 53, S. 94.
- 68 Sieca/CE-XXV/D.T. 4, S. 5.
- 69 Sieca, Acta CE Nr. 25, S. 12.
- 70 Sieca, Acta CE Nr. 8, S. 18.
- 71 A. a. O., S. 16.
- 72 A. a. O., S. 17.
- 73 Sieca, Acta CE Nr. 19, S. 14.
- 74 Im einzelnen s. Sieca/CE-XVIII/89.
- 75 Sieca, Acta CE Nr. 14, S. 13.
- 76 Siehe Formular im Annex 4 der Acta CE Nr. 22.
- 77 Sieca, Acta CE Nr. 27, S. 17.
- 78 Sieca, Acta CE Nr. 26, S. 17.
- 79 Sieca/CE-XXXVIII/D.T. 2, S. 13.
- 80 Sieca, Acta CE Nr. 26, S. 16.
- 81 Sieca, Acta CE Nr. 8, S. 19.
- 82 A. a. O., S. 21.
- 83 Sieca, Acta CE Nr. 19, S. 19. Vgl. auch oben S. 25 Ziff. 4.
- 84 Sieca, Acta CE Nr. 24, S. 11.
- 85 A. a. O., S. 33.
- 86 Sieca, Acta CE Nr. 27, S. 31. Vgl. auch oben S. 27 Ziff. 11.
- 87 Sieca, Acta CE Nr. 19, S. 13.
- 88 Sieca/CE-XXII/D.T. 7, S. 4.
- 89 Sieca/CE-XXIV/D.T. 16, S. 10.
- 90 Sieca, Acta CE Nr. 24, S. 15.
- 91 Sieca, Acta CE Nr. 33, S. 54.
- 92 A. a. O., S. 69.
- 93 Draw-Back: Bei zum Reexport bestimmten Waren werden die zu-

nächst entrichteten Importzölle später wieder zurückgezahlt.

- 94 Sieca/CE-XXIII/D.T. 8, S. 14.
- 95 A. a. O., S. 18.
- 96 Sieca, Acta CE Nr. 23, S. 13.
- 97 Sieca/CE-XXV/D.T. 6, S. 21.
- 98 Sieca, Acta CE Nr. 24, S. 33.
- 99 Sieca, Acta de la Reunión de Ministros de Economía de CA, 1. 3.–4. 3. 69, S. 21.
- 100 Sieca, Acta CE Nr. 37, S. 37.
- 101 Sieca, Convenios . . . , Bd. II, S. 9.
- 102 Im einzelnen siehe Sieca/L-2.
- 103 Sieca, Acta CE Nr. 19, S. 25.
- 104 Sieca, Acta CE Nr. 24, S. 22. Vgl. auch oben S. 26 Ziff. 7.
- 105 Sieca, Acta CE Nr. 25, S. 26.
- 106 Siehe S. 33.
- 107 Sieca, Acta CE Nr. 23, S. 9.
- 108 Sieca/L-2, S. 16.
- 109 Sieca, Acta CE Nr. 1, S. 9.
- 110 Sieca, Acta CE Nr. 24, S. 30.
- 111 Sieca/CE-XXVII/D.T. 39.
- 112 Text in: Sieca, Convenios . . . , Bd. III.
- 113 Sieca, Acta CE Nr. 27, S. 37.
- 114 Vgl. auch S. 51.
- 115 Sieca/CE-XVI/D.T. 6.
- 116 Sieca, Acta CE Nr. 17, S. 14.
- 117 Eine Übersicht über die Waren im Annex „A“, die nach diesem Zeitpunkt Freihandel genießen, gibt das Dokument Sieca/SMC/D.J. 1–66.
- 118 Eine Übersicht über die noch verbleibenden Sonderregelungen nach Ablauf des 5. Jahres gibt das Dokument Sieca/SMC/D.J. 13–66.
- 119 Ebenda.
- 120 Sieca/CE-IV/D.T. 3.
- 121 Sieca, Acta CE Nr. 4, S. 19.
- 122 Sieca, Acta CE Nr. 5, S. 33.
- 123 Sieca, Acta CE Nr. 15, S. 25.
- 124 CEPAL E/CN 12/AC 17/25.
- 125 Sieca, Res. del CCE, S. 21.
- 126 CNPE, Recopilación, Tomo II, S. 117. (Der Text ist nicht in der Textsammlung der Sieca enthalten.)
- 127 Sieca, Convenios . . . , Bd. II, S. 9.
- 128 A. a. O., S. 11.
- 129 Sieca, Convenios . . . , Bd. IV, S. 1.
- 130 A. a. O., S. 3.
- 131 A. a. O., S. 13.
- 132 A. a. O., S. 25.
- 133 IIEJI, Derecho de la Integración, S. 152.
Die Sieca gibt für den amtlichen Gebrauch eine Loseblattsammlung heraus, die alle für die fünf Länder gültigen Importzölle enthält: Sieca, Arancel de Aduanas Centroamericanas.
- 134 Villagrán-Kramer: Integración Económica Centroamericana, S. 76 f.
- 135 Dazu Sancho: En Torno a la Unión Aduanera Centroamericana.

- 136 Sieca, Acta CEC Nr. 25, S. 33.
- 137 Nach Art. XXII Abs. 2 TG hat der CE diese Aufgabe übernommen.
- 138 Die auf S. 55 aufgezählten Protokolle enthalten diese Neuverhandlung.
- 139 Sieca/RMEH-I.
- 140 Sieca, Acta CE Nr. 15, Anexo 4.
- 141 Sieca/CEC-VII-0/D.T. 4.
- 142 Sieca, Acta CEC Nr. 22, S. 14.
- 143 Sieca/CEC/CMCA/MH-I/D.T. 7, S. 8.

C · INDUSTRIEFÖRDERUNG

- 1 Res. 2 (AC) in: Sieca, Resoluciones del CCE, S. 4.
- 2 E/CN 12/CCE/33 „Evaluación del Programa de Integración“.
- 3 Sieca, Res. del CCE, S. 80.
- 4 Annex des CEPAL Dokuments E/CN 12/CCE/68.
- 5 Res. 57 in: Sieca, Res. del CCE, S. 120.
- 6 Sieca, Convenios, Bd. I, S. 17.
- 7 Sieca, Convenios, Bd. II, S. 19.
- 8 Sieca, Convenios, Bd. IV, S. 9.
- 9 Sieca, Acta CE Nr. 24, S. 65.
- 10 Sieca, Acta CE Nr. 29, S. 57.
- 11 Im Text ist noch die „Comisión Centroamericana de Integración Industrial“ genannt. Ihre Aufgaben hat gemäß Art. XXII TG der CE übernommen.
- 12 Sieca, Acta CE Nr. 2, S. 6 ff.; Nr. 15, S. 15 ff.
- 13 Giesecke, S. 68.
- 14 Sieca, Acta CE Nr. 29, S. 39.
- 15 A. a. O., S. 40.
- 16 Annex 3 der Acta CE Nr. 29.
- 17 Annex 4 der Acta CE Nr. 29.
- 18 Sieca, Acta CE Nr. 2, S. 6.
- 19 Sieca, Convenios . . . , Bd. I, S. 50.
- 20 Res. 98, Sieca, Acta CE Nr. 33, S. 74.
- 21 Algunas consideraciones . . . , S. 6.
- 22 Vgl. S. 99, Fußnote 43.
- 23 Sieca, Acta CE Nr. 13, S. 16.
- 24 Sieca, Acta CE Nr. 15, S. 10.
- 25 A. a. O.
- 26 Sieca, Acta CEC Nr. 19, S. 17.
- 27 Sieca/CE-XXXVIII/DT 8 Add. 1.
- 28 Sieca/CE-XXX/DT 3.
- 29 Sieca/CE-XXX/DT 3 Add. 1.
- 30 Sieca, Acta CE Nr. 37, S. 31.
- 31 Sieca, Acta CE Nr. 2, S. 11.
- 32 Dieses Produkt wurde durch das 2. Prot. zum Conv. Reg. Ind. aus dem System wieder herausgenommen, als man die Industrie zur Herstellung von Flachglas zur Integrationsindustrie erklärte.
- 33 Sieca, Convenios . . . , Bd. IV, S. 25.
- 34 Sieca, Acta CE Nr. 27, S. 60.
- 35 CIES, Avances 64–66, S. 16.

- 36 Sieca, Avances en Materia Industrial, S. 7.
- 37 Sieca, Acta CE Nr. 3, S. 12.
- 38 A. a. O.
- 39 Sieca/CE-III/D.T. 5, S. 7.
- 40 Siehe oben S. 67.
- 41 So auch Sieca/CE-XXVII/D.T. 25, S. 6.
- 42 Sieca, Acta CE Nr. 25, S. 69.
- 43 Vgl. im einzelnen das CEPAL-Dokument CCE/GIF/I/DT 2, Quadro comparativo de los beneficios fiscales que conceden las leyes nacionales de fomento industrial en Centroamérica.
- 44 Convenio Centroamericano de Incentivos Fiscales al Desarrollo Industrial, Sieca, Convenios . . . , Bd. II, S. 13.
- 45 Exposición de Honduras en Relación al Conv. Centr. de Incentivos Fiscales al Desarrollo Industrial, Sieca, Acta CEC Nr. 17, Anexo 2.
- 46 CEPAL, El Crecimiento Económico de Honduras y el Desarrollo Equilibrado en la Integración Centroamericana. Nachdruck in : Sieca/CEC/XIII/133.
- 47 Protocolo sobre Trato Preferencial de Honduras, Sieca, Convenios, Bd. IV, S. 17.
- 48 Reglamento al Convenio Centroamericano de Inc. Fisc. al Desarrollo Industrial (REIFALDI).
- 49 Entwurf in: Sieca, Acta CE Nr. 39, Anexo 1.
- 50 Sieca/REGEAR/INF Rev. 1.
- 51 Sieca/CE-XIX/95 A.
- 52 Sieca, Acta CE Nr. 39, S. 7.
- 53 Sieca/REGEAR/INF. Rev. 1.
- 54 Sieca/CEC-XVIII-E/DT 2, S. 59.
- 55 A. a. O., S. 50.
- 56 Sieca, Acta CE Nr. 39, S. 27.

D · SCHLUSSBETRACHTUNG

- 1 Im einzelnen siehe Fonseca: Las Fuentes del Derecho Común Centroamer., S. 54.
- 2 Verfassungen von: Guatemala, Art. 189, Ziff. 11; El Salvador, Art. 78, Ziff. 12; Honduras, Art. 201, Ziff. 26; Nicaragua, Art. 195, Ziff. 8; Costa Rica, Art. 140, Ziff. 10.
- 3 Dieser Absatz wurde 1969 durch Verfassungsänderung eingefügt. Der neueste Text der Verfassung ist veröffentlicht von der Imprenta Nacional, San José, Costa Rica, Constitución Política de la República de Costa Rica, 1970.
- 4 S. o. S. 12.
- 5 IIEJI, Derecho de la Integración Latinoamericana, S. 996.
- 6 S. o. S. 74.
- 7 S. o. S. 28 f.
- 8 S. o. S. 57 f.
- 9 S. o. S. 60.
- 10 S. o. S. 66.
- 11 Z. B. in Nicaragua durch Dekret vom 4. und 20. 8. 1965 in „La Gaceta“ und in Guatemala in „El Guatemalteco“ vom 6. 8. 1965; so zitiert in IIEJI, Derecho

- de la Integración Latinoamericana, S. 1001.
- 12 S. o. S. 65.
 - 13 S. o. S. 70.
 - 14 S. o. S. 34.
 - 15 IIEJI, Derecho de la Integración Latinoamericana, S. 1000.
 - 16 S. o. S. 36.
 - 17 Siehe Fußnote 15, dort S. 1001.
 - 18 S. o. S. 46.
 - 19 S. o. S. 60 und 64.
 - 20 Zum Problem der innerstaatlichen Anwendung von Völkerrechtsnormen unter Berücksichtigung der Transformations- und Vollzugslehre vgl. im einzelnen Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, Heft 6: Die Anwendung des Völkerrechts im innerstaatlichen Recht.
 - 21 de León Schlotter: Condiciones del Trabajador Rural en América Central, S. 255.
 - 22 Sieca, Algunos Aspectos Sociales . . . , S. 2.
 - 23 Godines: Clases Sociales Rurales, S. 174.
 - 24 Die politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen in Costa Rica unterscheiden sich weitgehend von denen der übrigen Länder Zentralamerikas.
 - 25 A. a. O., S. 171.
 - 26 Sieca, Algunos Aspectos Sociales . . . , S. 3.
 - 27 MCP, Lineamientos de un Programa de Desarrollo Agropecuario para Centroamérica.
 - 28 Hansen: Central America: Regional Integration and Economic Development, S. 67.
 - 29 CEPAL, Evaluación . . . , S. 60.
 - 30 A. a. O., S. 70.
 - 31 „Wir sehen, daß man unter den heutigen Umständen in Lateinamerika den Mehrheiten weder Nahrung noch Kleidung, noch Wohnung geben kann. Diejenigen, die diese Möglichkeit vorenthalten, bilden jene wirtschaftliche Minorität, die die politische, kulturelle und militärische Macht innehat . . . Man muß also die Machtergreifung durch die Mehrheiten begünstigen, damit sie zu ihren Gunsten die ökonomischen, sozialen und politischen Strukturreformen durchführen. Das nennt man Revolution . . .“
Colección „El Sentido de la Historia“ Nr. 3: Camilo Torres, El Cura que murió en las Guerillas, S. 249.

ANHANG

Text des TG*

Generalvertrag über die wirtschaftliche Integration Mittelamerikas

Zur Unterstreichung ihrer Absicht, die Wirtschaftssysteme der vier Länder zu vereinigen und gemeinsam die Entwicklung Mittelamerikas voranzutreiben mit dem Ziel, die Lebensbedingungen seiner Bewohner zu verbessern, in der Überzeugung, daß es notwendig ist, die Integration ihrer Wirtschaftssysteme zu beschleunigen, die bereits bis jetzt erreichten Resultate zu festigen und die Grundlage für zukünftige Maßnahmen zu schaffen, in Erinnerung an die getätigten Vereinbarungen, wie sie in den nachstehend aufgezählten Organen der wirtschaftlichen Integration verankert sind: im multilateralen Abkommen über den freien Handel und die Wirtschaftliche Integration Mittelamerikas; im mittelamerikanischen Vertrag über die Angleichung der Einfuhrzölle und -abgaben und dessen Protokoll über Vorzugszölle in Mittelamerika; in den bilateralen Verträgen über den freien Handel und die wirtschaftliche Integration, wie sie zwischen den mittelamerikanischen Ländern vereinbart wurden; im Abkommen über den wirtschaftlichen Zusammenschluß zwischen den Ländern Guatemala, El Salvador und Honduras, haben die Regierungen der Republiken von Guatemala, El Salvador, Honduras und Nicaragua den vorliegenden Vertrag vereinbart und zu dessen Durchführung die folgenden entsprechenden Bevollmächtigten ernannt: die nach Austausch ihrer entsprechenden, in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, folgendes vereinbart haben:

KAPITEL I

Gemeinsamer Mittelamerikanischer Markt

Artikel I

Die vertragsschließenden Staaten kommen überein, unter sich einen gemeinsamen Markt einzuführen, der innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf Jahren vom Tag des Inkrafttretens dieses Vertrages ab voll wirksam wird. Darüber hinaus be-

* In der Fassung der deutschen Übersetzung, die die Sieca 1962 unter dem Titel „Der Gemeinsame Markt Mittelamerikas“ veröffentlicht hat. Diese Übersetzung ist außerdem abgedruckt in: Giesecke: „Zentralamerika und sein Gemeinsamer Markt“, und in: Lateinamerikan. Institut Hochschule St. Gallen: „Integration in Lateinamerika“.

schließen sie, zwischen ihren Ländern eine Zollunion zu bilden.

Artikel II

Zur Durchführung des vorhergehenden Artikels verpflichten sich die Vertragspartner, eine Freihandelszone in Mittelamerika innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren voll wirksam werden zu lassen und einen einheitlichen mittelamerikanischen Zolltarif einzuführen, der den Beschlüssen des mittelamerikanischen Vertrages zur Angleichung der Einfuhrzölle und -abgaben entspricht.

KAPITEL II

Handelsregeln

Artikel III

Die Unterzeichnerstaaten gewähren sich gegenseitig den freien Austausch aller Waren, die aus ihren Ländern stammen, abgesehen von den Beschränkungen, die sich aus den Sonderbestimmungen im Anhang A des vorliegenden Abkommens ergeben.

Daher sind die Naturprodukte der Partnerstaaten und die dort hergestellten Waren frei von Einfuhr- und Ausfuhrabgaben, einschließlich Konsulargebühren und allen anderen Steuern, Abgaben und Gebühren, die bei der Ein- und Ausfuhr anfallen oder damit zusammenhängen, gleichgültig, ob sie vom Staat, von den Gemeinden oder irgendeiner anderen Stelle erhoben werden.

Die in diesem Artikel gewährten Befreiungen beziehen sich nicht auf die Kosten oder Gebühren für Umladung, Lagerung oder Behandlung von Waren, auch nicht auf andere legale Kosten, die aus Dienstleistungen im Hafen oder bei der Lagerung oder beim Transport resultieren; nicht eingeschlossen sind auch Kursunterschiede, die auf das Vorhandensein zweier oder mehrerer Devisenkurse zurückzuführen sind oder von anderen Devisenbestimmungen in irgendeinem der Partnerstaaten herrühren.

Waren, die in irgendeinem der Unterzeichnerstaaten hergestellt werden, werden in allen Staaten wie einheimische Erzeugnisse behandelt und werden von allen quantitativen oder anderen Beschränkungen oder Maßnahmen befreit, abgesehen von den legalen Kontrollen, die in den Territorien der Signatarstaaten aus Gründen der Gesundheitspflege, der Sicherheit oder der polizeilichen Überwachung bestehen.

Artikel IV

Die Vertragsstaaten vereinbaren für bestimmte Produkte, daß auf sie für eine Übergangszeit die sofort einzuführenden Freihandelsbestimmungen nach Artikel III dieses Vertrages noch nicht zutreffen. Die Produkte fallen spätestens nach Ablauf von höchstens fünf Jahren unter die Freihandelsbestimmungen, es sei denn, auf sie treffen die Sonderbestimmungen des Anhangs A zu.

Der Anhang A führt die Produkte auf, die einer Sonderregelung unterliegen. Der Handel mit diesen Waren unterliegt den in Anhang A genannten Bestimmungen. Diese Bestimmungen dürfen nur durch multilaterale Verhandlungen im Exekutivrat abgeändert werden. Der Anhang A ist ein integraler Bestandteil dieses Abkommens.

Die Teilnehmerstaaten vereinbaren, daß das Protokoll über den mittelamerikanischen

Vorzugstarif, der als Anhang zum mittelamerikanischen Abkommen über die Angleichung der Einfuhrzölle und -abgaben gehört, für diejenigen Produkte nicht gilt, die im vorliegenden Artikel aufgeführt sind, und für die Sonderregelungen bestehen.

Artikel V

Waren, die den Bestimmungen dieses Vertrages unterliegen, müssen als solche im Zollformular bezeichnet werden, das vom Exporteur zu unterschreiben und mit einem Ursprungszeugnis zu versehen ist. Dieses Formular wird den Zollbeamten des Ursprungs- und Bestimmungslandes gemäß Anhang B dieses Vertrages zur Kontrolle vorgelegt.

Wenn über die Herkunft eines Artikels Unklarheit besteht und diese Frage nicht durch zweiseitige Verhandlungen geklärt werden kann, so kann jede der betreffenden Parteien den Exekutivrat anrufen, um den Ursprung der Ware ermitteln zu lassen. Der Rat darf Produkte, die in einem dritten Land hergestellt werden und im Ausfuhrland lediglich zusammengestellt, verpackt, zerteilt oder verdünnt werden, nicht als in einem der Vertragsstaaten erzeugte Waren bezeichnen.

In Fällen, auf die sich der vorhergehende Absatz bezieht, wird die Einfuhr der Ware nicht untersagt, vorausgesetzt, daß dem Einfuhrland die Zahlung der Einfuhrzölle und anderer Abgaben, denen die Waren unterliegen, garantiert wird. Die geleistete Sicherheit verfällt oder wird – je nach Sachverhalt – nach Abwicklung der Angelegenheit zurückgezahlt.

Der Exekutivrat erläßt die Durchführungsbestimmungen über das bei der Ermittlung des Ursprungs der Waren zu befolgende Verfahren.

Artikel VI

Wenn die gehandelten Waren im Inland Steuern, Abgaben oder anderen Belastungen irgendwelcher Art unterworfen sind, die sich auf die Produktion, den Verkauf, die Verteilung oder den Verbrauch in einem der Signatarstaaten beziehen, so kann das betreffende Land ähnliche Waren, die von anderen Vertragsstaaten bezogen werden, mit einer gleich hohen Ausgleichsabgabe belasten. In diesem Fall muß das betreffende Land für die gleichen Waren, die es aus dritten Ländern bezieht, mindestens den gleichen Betrag erheben.

Die Unterzeichnerstaaten einigen sich auf folgende Bedingungen für die Anwendung von Verbrauchssteuern:

- a) Solche Steuern können in der für erforderlich angesehenen Höhe erhoben werden, wenn der betreffende Artikel im eigenen Land hergestellt wird oder wenn der Artikel nicht in einem der Unterzeichnerstaaten hergestellt wird.
- b) Wenn der Artikel nicht in einem der Signatarstaaten hergestellt wird, dies jedoch in einem anderen dieser Länder der Fall ist, dann darf der erstgenannte Staat den Artikel nicht mit Verbrauchssteuern belasten, es sei denn, daß der Exekutivrat dies genehmigt.
- c) Wenn einer der Signatarstaaten eine Verbrauchssteuer erhebt und die Produktion des betreffenden Artikels später in irgendeinem der Vertragsstaaten aufgenommen wird, nicht aber in dem betreffenden Lande, so wird der Exekutivrat, wenn der betreffende Staat es beantragt, diesen Fall beraten und entscheiden, ob die Steuer sich mit dem freien Handel vereinbaren läßt. Die Länder erklären sich bereit, diese Verbrauchssteuern nach Eingang einer entsprechenden Aufforderung des Exekutivrats unter Beachtung ihrer gesetzlichen Vorschriften abzuschaffen.

Artikel VII

Keiner der Signatarstaaten wird Vorschriften über die Verteilung oder den Verkauf von Waren, die in einem anderen Unterzeichnerstaat hergestellt wurden, erlassen, wenn diese Vorschriften die genannten Produkte gegenüber Waren eigener Herstellung oder aus der Produktion irgendeines anderen Landes benachteiligen oder benachteiligen könnten.

Artikel VIII

Waren, die nach den Gesetzen der Vertragsstaaten am Tag des Inkrafttretens dieses Vertrages einem staatlichen Monopol unterliegen, bleiben auch weiterhin den gesetzlichen Vorschriften der Länder und – falls zutreffend – auch den dafür geltenden Vorschriften des Anhangs A des vorliegenden Vertrages unterworfen.

Bei der Errichtung neuer Monopole oder der Änderung bestehender Monopole werden sich die Vertragsstaaten konsultieren mit dem Ziel, den mittelamerikanischen Handel mit diesen Waren besonderen Vorschriften zu unterwerfen.

KAPITEL III

Exportsubventionen und unlautere Handelsmethoden

Artikel IX

Die Regierungen der Signatarstaaten werden für Artikel, die aus Ländern außerhalb Mittelamerikas eingeführt werden, keine Zollbefreiungen oder -ermäßigungen gewähren, wenn die betreffenden Waren in den Vertragsstaaten hinreichend erzeugt werden.

Wenn ein Signatarstaat sich durch Einfuhrzollvorteile geschädigt fühlt, oder durch staatliche Einfuhren, die nicht für die Regierung selbst oder für ihr untergeordnete Stellen getätigt werden, so kann er diesen Fall dem Exekutivrat zur Überprüfung und Entscheidung vorlegen.

Artikel X

Die Zentralbanken der Unterzeichnerstaaten werden eng zusammenarbeiten, um Währungsspekulationen zu vermeiden, die auf die Kurse einwirken könnten, und um die Konvertierbarkeit der Währungen der entsprechenden Länder auf einer Basis zu halten, die unter normalen Verhältnissen die Freiheit, Einheitlichkeit und Stabilität des Währungsaustausches garantiert.

Ein Signatarstaat, der den internationalen Geldtransfer mengenmäßig beschränkt, muß die nötigen Maßnahmen treffen, die garantieren, daß solche Beschränkungen die anderen Staaten nicht diskriminieren.

Bei ernsthaften Schwierigkeiten der Zahlungsbilanz, die die monetären Beziehungen der Zahlungen der Signatarstaaten untereinander beeinträchtigen oder beeinträchtigen könnten, wird der Exekutivrat von sich aus oder auf Antrag eines der Vertragspartner den Sachverhalt in Zusammenarbeit mit den Zentralbanken prüfen, um den Regierungen der Länder eine annehmbare Lösung vorzuschlagen, die mit der Aufrechterhaltung des multilateralen Freihandels vereinbar ist.

Artikel XI

Keiner der Signatarstaaten wird direkte oder indirekte Subventionen für den Export von Waren begünstigen, die für andere Länder bestimmt sind, oder Systeme

importieren oder beibehalten, die den Verkauf dieser Artikel zum Zwecke des Exports in irgendein Partnerland vorsehen, und zwar zu einem Preis, der unter dem Inlandverkaufspreis liegt, wobei Unterschiede der Zahlungsbedingungen und Besteuerung, sowie andere Faktoren, die einen Preisvergleich beeinflussen, entsprechend zu berücksichtigen sind.

Als indirekte Exportsubventionen gelten auch Festsetzungen oder Manipulierungen von Preisen in einem der Vertragsstaaten, die darauf abzielen, daß der Verkaufspreis für bestimmte Produkte im anderen Vertragsstaat unter dem Preis liegt, der unter normalen Marktverhältnissen im Ausfuhrland zustande käme.

Falls die Einfuhr von Produkten, die in einem Vertragsland aus Rohstoffen hergestellt werden, die unter Monopolbedingungen zu künstlich tief gehaltenen Preisen eingekauft wurden, die bestehende Produktion in einem anderen Vertragsland beeinträchtigen sollte, so wird die betroffene Partei die Angelegenheit dem Exekutivrat zur Überprüfung vorlegen, damit dieser entscheidet, ob eine unfaire Handelsweise vorliegt. Der Exekutivrat wird innerhalb von fünf Tagen nach Eingang der Beschwerde entscheiden oder den freien Handel zeitweilig aufheben, wobei der Handel gegen Hinterlegung einer Sicherheit in Höhe der Zollgebühren weiterläuft. Diese Übergangszeit dauert dreißig Tage. In diesem Zeitraum hat der Exekutivrat seine Entscheidung zu fällen. Sollte innerhalb der erwähnten fünf Tage keine Entscheidung des Exekutivrates vorliegen, so kann die betreffende Partei eine Sicherheitsleistung bis zum endgültigen Entscheid des Exekutivrates verlangen.

Steuererleichterungen allgemeiner Art, die einer der Vertragsstaaten zur Förderung seiner Produktion gewährt, gelten jedoch nicht als Exportsubventionen. Ebenso wenig gilt es als Exportsubvention, wenn die Produktion, der Verkauf oder der Verbrauch von Waren steuerfrei sind, die exportiert werden. Normalerweise können die Unterschiede, die beim Devisenverkauf im Freiverkehr durch Anwendung eines höheren als des amtlichen Kurses entstehen, nicht als Exportsubvention gelten. Falls jedoch einer der Vertragspartner Zweifel hat, muß die Angelegenheit dem Exekutivrat zur Prüfung und Einholung eines Gutachtens überwiesen werden.

Artikel XII

Um Praktiken auszuschließen, die gegen die Ziele dieses Vertrages verstoßen, wird jeder Signatarstaat alle ihm zur Verfügung stehenden gesetzlichen Schritte unternehmen, um zu verhindern, daß Ware zu einem Preis, der unter dem Normalwert der Ware liegt, in andere Staaten exportiert werden, wenn diese Ausfuhr der Produktion der übrigen Länder schadet oder unter Umständen schaden kann oder die Entwicklung der nationalen oder mittelamerikanischen Industrie hemmt.

Eine Handelsware wird dann zu einem Preis, der unter dem Normalwert liegt, exportiert, wenn der Preis niedriger ist als:

- a) der vergleichbare Preis unter normalen Handelsbedingungen für eine ähnliche Ware, die für den Inlandsverbrauch des Ausfuhrlandes bestimmt ist; oder
- b) der höchstmögliche vergleichbare Preis einer ähnlichen Ware, die unter normalen Handelsbedingungen an ein drittes Land exportiert wird; oder
- c) die Produktionskosten im Herstellungsland nebst einem angemessenen Aufschlag für Verkaufskosten und Gewinn.

In jedem Fall sollen die bestehenden Unterschiede berücksichtigt werden, die auf Zahlungsbedingungen und auf Besteuerung zurückzuführen sind, sowie auf andere Faktoren, die den Preisvergleich erschweren.

Artikel XIII

Wenn einer der Vertragspartner den Eindruck hat, daß unfaire Handelspraktiken bestehen, die nicht in Artikel XI aufgeführt sind, so kann er den Handel nicht durch einen einseitigen Beschluß behindern, sondern muß die Angelegenheit dem Exekutivrat vorlegen, damit dieser feststellen kann, ob tatsächlich unfaire Methoden vorliegen. Der Rat wird seine Entscheidung innerhalb von höchstens 60 Tagen bekanntgeben, gerechnet vom Tage des Eingangs der Beschwerde ab.

Wenn ein Partner der Ansicht ist, daß unlautere Handelspraktiken feststellbar sind, soll er beim Exekutivrat die Erlaubnis erbitten, eine Sicherheitsleistung in Höhe der Einfuhrzölle fordern zu dürfen.

Sollte der Exekutivrat innerhalb von acht Tagen keine Entscheidung treffen, kann der betreffende Staat eine solche Sicherheitsleistung bis zur endgültigen Entscheidung des Rats verlangen.

Artikel XIV

Sobald der Exekutivrat seinen Beschluß über unlautere Handelsmethoden gefaßt hat, soll er die Vertragspartner benachrichtigen, ob gemäß diesem Vertrag Schutzmaßnahmen gegen diese Methoden getroffen werden sollen oder nicht.

KAPITEL IV

Warenverkehr und Transport

Artikel XV

Jeder der Vertragspartner muß den freien Durchgangsverkehr durch sein Territorium sicherstellen für Güter, die sich auf dem Wege zu oder von einem anderen Signatarstaat befinden. Das gilt auch für die Fahrzeuge, die diese Waren befördern.

Dieser Durchgangsverkehr darf nicht gemindert oder diskriminiert werden oder quantitativen Beschränkungen unterliegen. Im Falle einer Verkehrsstockung oder anderer Behinderung durch höhere Gewalt wird jeder Signatarstaat die Beförderung der Waren, die für die Versorgung seiner eigenen Bevölkerung bestimmt sind, und die Beförderung derer, die auf der Durchreise nach anderen Staaten sind, gleichberechtigt behandeln.

Der Transitverkehr läuft auf den gesetzlich vorgeschriebenen Routen ab und unterliegt den Zollvorschriften und Transitgesetzen und -bestimmungen des Landes, in dem der Verkehr stattfindet. Waren im Durchgangsverkehr – unabhängig von ihrem Bestimmungsort – sind von allen Zöllen, Steuern und anderen Abgaben staatlichen, städtischen oder anderen Charakters befreit, mit denen Durchgangsverkehr normalerweise belastet wird; jedoch dürfen Dienstleistungen mit den tatsächlichen Kosten berechnet werden, die also nicht de facto-Einfuhrzölle oder -abgaben darstellen dürfen.

KAPITEL V

Bauunternehmen

Artikel XVI

Die Signatarstaaten gewähren Unternehmen anderer Partnerstaaten, die mit dem

Bau von Straßen, Brücken, Dämmen, Bewässerungssystemen, mit Elektrifizierungen, Wohnungsbau und anderen Projekten beschäftigt sind, die dem weiteren Aufbau der wirtschaftlichen Infrastruktur Mittelamerikas dienen, die gleiche Behandlung wie Unternehmen ihres eigenen Landes.

KAPITEL VI

Industrielle Integration

Artikel XVII

Die Unterzeichnerstaaten unterschreiben hiermit alle Bestimmungen des Vertrages über die Integration der mittelamerikanischen Industrie und verpflichten sich, zum Zwecke der baldmöglichsten Durchführung des Vorhabens innerhalb eines Zeitraums von höchstens sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages zusätzliche Protokolle zu unterzeichnen, in denen die Industrieanlagen genannt sind, die zunächst von diesem Übereinkommen betroffen werden, sowie die Freihandelsverordnungen, die auf ihre Produkte zutreffen und die anderen Bestimmungen nach Artikel III des Vertrages.

KAPITEL VII

Mittelamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration

Artikel XVIII

Die Signatarstaaten beschließen die Gründung der mittelamerikanischen Bank für die wirtschaftliche Integration, die eine juristische Person sein wird. Die Bank dient der Finanzierung und Förderung eines regional ausgeglichenen, integrierten wirtschaftlichen Wachstums. Zu diesem Zweck werden die Vertragspartner die Gründungsurkunde dieser Bank unterschreiben, die jedem anderen mittelamerikanischen Staat, der Mitglied dieser Bank sein möchte, die Unterzeichnung oder den Beitritt gestattet.

Jedoch bleibt es bei der Abmachung, daß die Mitglieder der Bank keine Garantien oder Anleihen von der Bank erhalten können, wenn sie vorher nicht die Ratifizierungsurkunden der nachstehenden internationalen Abkommen hinterlegt haben:

Den vorliegenden Vertrag.

Den Multilateralen Vertrag über den Freihandel und die Wirtschaftliche Integration Mittelamerikas, unterzeichnet am 10. Juni 1958.

Das Abkommen über die Integration der mittelamerikanischen Industrien, unterzeichnet am 10. Juni 1958.

Das mittelamerikanische Abkommen über die Angleichung der Einfuhrzölle und -abgaben, unterzeichnet am 1. September 1959, und das dazugehörige Protokoll, welches am gleichen Tag wie der vorliegende Vertrag unterzeichnet wurde.

KAPITEL VIII

Steuerliche Maßnahmen zur Förderung des industriellen Aufbaus

Artikel XIX

Um einheitliche steuerliche Anreize für die industrielle Entwicklung zu schaffen, beschließen die Vertragsstaaten, sobald wie möglich eine vernünftige Angleichung der entsprechenden Gesetze und Verordnungen sicherzustellen. Zu diesem Zwecke werden sie innerhalb von sechs Monaten vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages ab ein besonderes Protokoll unterzeichnen, das die Höhe und Art der Steuerbegünstigungen enthält, sowie die Dauer, die Bedingungen, unter welchen sie gewährt werden, die Systeme der industriellen Klassifikation und die Prinzipien und Verfahren der Anwendung. Der Exekutivrat wird für die Koordinierung der steuerlichen Anreize für die industrielle Entwicklung verantwortlich sein.

KAPITEL IX

Organe

Artikel XX

Hiermit wird der mittelamerikanische Wirtschaftsrat ins Leben gerufen, der sich aus den Wirtschaftsministern der Partnerstaaten zusammensetzt und die Aufgabe hat, die mittelamerikanische Wirtschaft zu integrieren und die Wirtschaftspolitik der Vertragsstaaten zu koordinieren.

Der mittelamerikanische Wirtschaftsrat tritt so oft wie nötig zusammen oder wenn einer der Vertragspartner es beantragt. Er prüft die Arbeit des Exekutivrats und faßt Beschlüsse, die er für angebracht hält. Der mittelamerikanische Wirtschaftsrat ist das verantwortliche Organ für die Durchführung der Beschlüsse über die wirtschaftliche Integration, wie sie vom mittelamerikanischen Komitee für wirtschaftliche Zusammenarbeit gefaßt werden. Er kann Gutachten mittelamerikanischer und internationaler Fachleute einholen.

Artikel XXI

Um den vorliegenden Vertrag anzuwenden und um alle Verhandlungen und Arbeiten zu erledigen, die die mittelamerikanische Wirtschaftsunion praktisch wirksam werden lassen, wird hiermit ein Exekutivrat gebildet, der sich aus je einem Delegierten und einem Stellvertreter jedes Unterzeichnerstaates zusammensetzt.

Der Exekutivrat tritt so oft wie nötig zusammen, sowie auf Antrag eines der Vertragspartner oder nach Einberufung durch das ständige Sekretariat. Er fällt seine Entscheidungen durch Mehrheitsbeschluß. Falls keine Übereinstimmung zustande kommt, wird die Angelegenheit an den mittelamerikanischen Wirtschaftsrat verwiesen, der endgültig entscheidet.

Vor einer Beschlußfassung entscheidet der Wirtschaftsrat einstimmig, ob die Angelegenheit durch Übereinstimmung aller Mitglieder oder durch einfache Mehrheit geregelt wird.

Artikel XXII

Der Exekutivrat trifft die Maßnahmen, die notwendig sind, um die im Rahmen dieses Vertrages eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und um Probleme zu

lösen, die bei der Durchführung seiner Bestimmungen entstehen. Er kann gleichermaßen den Regierungen die Unterzeichnung solcher multilateraler Abkommen vorschlagen, die zusätzlich erforderlich sind, um eine wirtschaftliche Integration Mittelamerikas zu erreichen, einschließlich einer Zollunion.

Der Exekutivrat übernimmt im Namen der Vertragspartner die Funktionen, die der mittelamerikanischen Handelskommission im multilateralen Abkommen, über den Freihandel und die wirtschaftliche Integration Mittelamerikas sowie im mittelamerikanischen Abkommen über die Angleichung von Einfuhrzöllen und -abgaben zugewiesen werden, ebenso auch die Vollmachten der mittelamerikanischen Kommission für die industrielle Integration im Abkommen über die Integration der mittelamerikanischen Industrie, und schließlich auch die Befugnisse und Pflichten der gemeinsamen Ausschüsse, die im Rahmen der zwischen den Signatarstaaten bestehenden bilateralen Abkommen ins Leben gerufen werden.

Hiermit wird ein ständiges Sekretariat als juristische Person geschaffen, das sowohl für den mittelamerikanischen Wirtschaftsrat als auch für den Exekutivrat nach dem vorliegenden Vertrag tätig ist. Das Sekretariat hat seinen Sitz und sein Hauptbüro in Guatemala City, der Hauptstadt Guatemalas, und wird von einem Generalsekretär geleitet, der vom mittelamerikanischen Wirtschaftsrat auf drei Jahre ernannt wird. Das Sekretariat richtet alle die Abteilungen und Unterabteilungen ein, die zur Ausübung seiner Funktionen notwendig sind. Die Ausgaben dieser Dienststelle werden durch ein Budget, das der mittelamerikanische Wirtschaftsrat jährlich bestimmt, bestritten, und jedes der Vertragsländer wird zu seinem Unterhalt jährlich einen Betrag, der wenigstens US \$ 50.000,- entspricht, beisteuern, zahlbar in der Währung des Vertragslandes.

Die Mitglieder des Sekretariats genießen diplomatische Immunität. Andere diplomatische Privilegien erhalten nur der Generalsekretär und das Sekretariat selbst.

Artikel XXIII

Hiermit wird ein ständiges Sekretariat als juristische Person geschaffen, das sowohl für den mittelamerikanischen Wirtschaftsrat als auch für den Exekutivrat nach dem vorliegenden Vertrag tätig ist . . .

Die Mitglieder des Sekretariats genießen diplomatische Immunität. Andere diplomatische Privilegien erhalten nur der Generalsekretär und das Sekretariat selbst.

Artikel XXIV

Das Sekretariat hat dafür zu sorgen, daß die nachstehend genannten Verträge von den Vertragspartnern korrekt eingehalten werden:

Das multilaterale Abkommen über den Freihandel und die wirtschaftliche Integration Mittelamerikas.

Das Abkommen über die Integration der Industrie.

Das mittelamerikanische Übereinkommen über die Angleichung der Einfuhrzölle und -abgaben.

Die bilateralen und multilateralen Verträge über den Freihandel und die wirtschaftliche Integration, wie sie zwischen den vertragsschließenden Staaten bestehen, sowie alle übrigen unterschriebenen oder noch zu unterschreibenden Verträge über die mittelamerikanische Integration, deren Interpretation noch nicht besonders einem anderen Organ zugewiesen wurde.

Das Sekretariat ist verantwortlich für die Durchführung der Beschlüsse des Mittelamerikanischen Wirtschaftsrats und des Exekutivrats, die durch diesen Vertrag zustande kamen; es übt außerdem alle die Funktionen aus, die ihm der Exekutivrat

überträgt. Seine Verordnungen sind vom Wirtschaftsrat zu billigen. Das Sekretariat übernimmt außerdem solche Arbeiten und Aufgaben, die ihm vom Exekutivrat und vom mittelamerikanischen Wirtschaftsrat zugewiesen werden. Bei der Bearbeitung dieser Aufträge soll es auf die Arbeit und Untersuchungen anderer mittelamerikanischer oder internationaler Organe zurückgreifen und, wenn es angemessen scheint, diese zur Mitarbeit heranziehen.

KAPITEL X

Allgemeine Bestimmungen

Artikel XXV

Die Signatarstaaten verpflichten sich, keine neuen einseitigen Verträge, die die Prinzipien der wirtschaftlichen Integration Mittelamerikas berühren, mit nicht mittelamerikanischen Ländern abzuschließen. Ebenso kommen sie überein, die „Mittelamerikanische Ausnahmeklausel“ in allen Handelsverträgen beizubehalten, die sie auf der Basis der Meistbegünstigung mit Staaten eingehen, die nicht zu den Vertragspartnern zählen.

Artikel XXVI

Die Signatarstaaten kommen überein, freundschaftlich im Sinne dieses Vertrages und durch den Exekutivrat oder den mittelamerikanischen Wirtschaftsrat, je nach der Sachlage, Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich bei der Auslegung oder Anwendung irgendeiner seiner Klauseln ergeben. Wenn keine Einigung erzielt wird, wird ein Schiedsgericht angerufen. Für das Schiedsgericht benennt jeder Vertragsstaat dem Generalsekretariat der Organisation mittelamerikanischer Staaten drei Richter seines höchsten Gerichts. Aus der Gesamtliste der Kandidaten bestimmen der Generalsekretär der Organisation der mittelamerikanischen Staaten und die Regierungsvertreter in dieser Organisation durch das Los je einen Schiedsrichter verschiedener Nationalität für jeden Vertragspartner. Der Schiedsspruch muß von wenigstens drei Mitgliedern des Schiedsgerichts gefällt werden. Er hat für alle Vertragspartner den Charakter einer „res judicata“ hinsichtlich all der Punkte, die sich auf die Auslegung und Anwendung der Bestimmungen dieses Vertrages beziehen.

Artikel XXVII

Der vorliegende Vertrag steht in seiner Bedeutung für die Vertragspartner über dem multilateralen Abkommen über den Freihandel und die wirtschaftliche Integration Mittelamerikas sowie über allen anderen bi- oder multilateralen Freihandelsabkommen zwischen den Vertragspartnern; jedoch berührt er nicht die Gültigkeit dieser Verträge.

Die Bestimmungen der Handelsverträge und der Abkommen über die wirtschaftliche Integration, auf die sich der vorhergehende Absatz bezieht, werden von den Vertragspartnern insoweit angewandt, als sie nicht im vorliegenden Vertrag erscheinen.

Bis zur Ratifizierung des vorliegenden Vertrages oder im Falle der Ablehnung seitens eines der Vertragspartner werden die Handelsbeziehungen des betreffenden Staates mit den anderen Signatarstaaten durch die Vereinbarungen geregelt, die früher in den Abkommen getroffen wurden, die in der Präambel dieses Vertrages genannt sind.

Artikel XXVIII

Die Vertragsländer verpflichten sich, den Exekutivrat zu konsultieren, bevor sie miteinander neue Verträge abschließen, die den Freihandel betreffen.

Der Exekutivrat prüft jeden einzelnen Fall und untersucht die Auswirkungen, die der Abschluß eines solchen Vertrages auf den Freihandel haben könnte, wie er in diesem Vertrag geregelt wird. Nach der Prüfung durch den Exekutivrat kann der Staat, der sich durch den Abschluß dieser neuen Verträge beeinträchtigt fühlt, jene Maßnahmen treffen, die der Rat zum Schutze seiner Interessen vorschlägt.

Artikel XXIX

In Anbetracht der Auswirkungen der Zollbestimmungen auf den freien Handel, den Warenverkehr und die Anwendung des mittelamerikanischen Einheitszolltarifs werden die verhandelnden Staaten innerhalb eines Jahres vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages an besondere Protokolle unterzeichnen, die zur Einführung eines mittelamerikanischen Einheits-Zollgesetzes und den nötigen Verkehrsvorschriften führen.

KAPITEL XI

Schlußbestimmungen

Artikel XXX

Dieser Vertrag wird unter Einhaltung der verfassungsmäßigen und gesetzlichen Vorschriften in jedem Lande zur Ratifizierung vorgelegt.

Die Ratifizierungsurkunden werden im Generalsekretariat der Organisation der mittelamerikanischen Staaten hinterlegt. Der Vertrag tritt acht Tage nach Hinterlegung der dritten Urkunde durch die ersten drei Unterzeichner in Kraft und für die anderen Länder am Tage der Hinterlegung der entsprechenden Urkunden.

Artikel XXXI

Der Vertrag gilt auf zwanzig Jahre, vom Tage seines Inkrafttretens an gerechnet, und kann nach Ablauf dieser Zeit unbegrenzt erneuert werden.

Nach Ablauf der im vorigen Absatz genannten Zwanzigjahresfrist kann der Vertrag von jedem der Vertragspartner gekündigt werden. Die Kündigung tritt für den entsprechenden Staat fünf Jahre nach der Kündigung in Kraft. Der Vertrag bleibt in diesem Fall für die restlichen Länder noch so lange gültig, wie noch zwei von ihnen daran festhalten.

Artikel XXXII

Das Generalsekretariat der Organisation mittelamerikanischer Staaten verwahrt diesen Vertrag und schickt eine beglaubigte Abschrift davon an die Außenministerien aller Vertragsländer, die sofort vom Eingang jeder Ratifizierungsurkunde verständigt werden, ebenso auch von Kündigungen, falls solche erfolgen. Wenn der Vertrag in Kraft tritt, wird es auch eine beglaubigte Kopie davon an den Generalsekretär der Vereinten Nationen senden zwecks Registrierung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

Artikel XXXIII

Der vorliegende Vertrag steht offen für den Beitritt jedes mittelamerikanischen Staates, der ursprünglich kein Vertragspartner war.

Provisorischer Artikel

Sobald die Regierung der Republik Costa Rica sich formell mit den Bestimmungen dieses Vertrages einverstanden erklärt, werden die durch ihn zustande gekommenen Organe der Organisation der mittelamerikanischen Staaten mittels eines Vinkulationsvertrages einverleibt werden, und die Organisation der mittelamerikanischen Staaten wird in der Form reorganisiert, daß die durch diesen Vertrag entstandenen Organe alle ihre strukturellen und funktionellen Attribute beibehalten.

Zum Zeugnis dessen unterzeichnen die jeweiligen Bevollmächtigten den vorliegenden Vertrag in der Stadt Managua, Hauptstadt der Republik Nicaragua, am dreizehnten Dezember neunzehnhundertsechzig.

Liste der Waren, die einer Sonderabfertigung unterliegen in Übereinstimmung mit Artikel IV dieses Vertrages.

Allgemeine Anmerkung

1. Wenn die Bezeichnung der Überschrift oder der Waren im mittelamerikanischen Einheitszolltarif (NAUCA) übereinstimmt mit der Bezeichnung der Gruppe (drei Nummern), der Abteilung (fünf Nummern) oder der Unterabteilung (sieben Nummern), die in der linken Spalte angegeben sind, umfaßt dieser Titel oder diese Ware alles das, was unter besagter Gruppe, Abteilung oder Unterabteilung in dem NAUCA oder dessen Zollhandbuch angeführt ist. Wenn die Benennung oder die Bezeichnung der Ware kürzer gefaßt ist als die dem Abschnitt der Gruppe, Abteilung oder Unterabteilung der linken Spalte entsprechende, so umfaßt die Bezeichnung nur jene Überschrift oder Ware, die besonders genannt sind.
2. Im Falle von Waren, die im vorliegenden Anhang Vorzugstarife genießen, versteht sich folgendes:
 - a) Die bezeichneten Zolltarife verkörpern die Gesamtsumme der Abgaben, die auf den Warenaustausch zwischen den Partnern erhoben werden, einschließlich der Zölle, Konsulargebühren und anderer Einfuhrabgaben, Kosten und Zuschläge, wie sie in den Unterzeichnerstaaten erhoben werden.
 - b) Die spezifischen Zollsätze gelten für die Standardeinheit von 1 Kilo brutto (kg) und werden ausgedrückt in einer dem US-Dollar gleichwertigen Währungseinheit.
 - c) Die Wertzölle basieren auf dem CIF-Wert der Waren, berechnet bis zum Grenzort des Einfuhrlandes.
3. Bei Waren, die im vorstehenden Anhang Vorzugszöllen unterliegen, die in Prozenten der Einfuhrzölle aufgeführt sind, versteht sich folgendes:
 - a) Vorzugsprozentsätze errechnen sich auf der Basis der zu zahlenden Zölle, Konsulargebühren und anderer Einfuhrabgaben, Kosten und Zuschläge, wie sie in den Signatarstaaten am Tage der Unterzeichnung des Vertrages erhoben werden.
 - b) In den Fällen, wo die Zollangleichung von Waren, die progressiv abzubauen Belastungen tragen, nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages vorgenommen wird und in Höhe des vereinbarten Einheitszolls jederzeit niedriger ist als der Vorzugszollsatz, wie er in diesem Vertrag aufgestellt wurde, werden

* Vom Abdruck der Ausnahmelisten und des Anhangs B wird abgesehen. Diese Teile sind in der oben zitierten Sieca-Broschüre veröffentlicht.

die Vertragsstaaten den Vorzugsprozentsatz nach dem niedrigsten Zollsatz berechnen. Der Exekutivrat wird jeden Fall prüfen und durch erklärende Formulare den betreffenden Parteien vorschlagen, wie sie die bisherigen Bestimmungen den neuen anpassen können.

4. Kontingentierte Waren unterliegen bis zur Höhe der Kontingente auf Gegenseitigkeit den Bestimmungen des Freihandels. Das gleiche gilt für eventuelle Zusatzkontingente. Darüber hinausgehende Warenmengen unterliegen dagegen den Einfuhrzöllen und -abgaben, die in den Vertragsländern am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages bestehen, wenn nicht die in der Liste A dieses Vertrages aufgeführten Vorschriften zutreffen.
5. Die Anwendung der in diesem Anhang vermerkten Export- und Importkontrollen ist den Regierungen der Unterzeichnerstaaten freigestellt. Wenn die Einfuhrkontrolle durchgeführt wird, werden die Waren nur dann Freihandelsbedingungen genießen, wenn die entsprechende Lizenz dafür erteilt wurde. Falls die Lizenz nicht gegeben wurde, werden die Waren den bestehenden Zöllen, Kosten, quantitativen Beschränkungen und den allgemeinen Zollvorschriften unterliegen, wie sie für den Import gelten. Waren, die Ausfuhrkontrollen unterzogen werden, können nur exportiert werden, wenn die entsprechende Lizenz vorliegt.
6. Die Waren, die Monopolbestimmungen nach Artikel VIII dieses Vertrages unterliegen, werden auf Gegenseitigkeit behandelt. Wenn eine der Parteien den Handel in einer oder mehreren monopolisierten Waren einschränkt, so können die betroffenen Partner ähnliche Beschränkungen auf dieselben Artikel legen.
7. Wenn der freie Handel einer Ware, die in der Tabelle dieses Anhangs verzeichnet ist, hinsichtlich der Importzölle und -auflagen vorher durch Zollangleichung eingeleitet wird, so gilt diese Angleichung als erreicht, wenn zwischen beiden Vertragspartnern der gleiche Zollsatz gültig ist. Der Exekutivrat wird die Parteien von dem Zeitpunkt in Kenntnis setzen, an dem die Angleichung in Übereinstimmung mit dem vorigen Absatz abgeschlossen ist.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

A. a. O.	Am angegebenen Ort
Art.	Artikel
BCIE	Banco Centroamericano de Integración Económica
BID	Banco Interamericano de Desarrollo
BISD	Basic Instruments and Selected Documents
\$ CA	Peso Centroamericano
CAUCA	Código Aduanero Uniforme Centroamericano
CCE	Comité de Cooperación Económica del Istmo Centroamericano
CE	Consejo Ejecutivo
CEC	Consejo Económico Centroamericano
CEMLA	Centro de Estudios Monetarios Latinoamericanos
CEPAL	Comisión Económica para América Latina
CIES	Comité Interamericano Económico y Social
CIF	Cost Insurance Freight
CNPE	Consejo Nacional de Planificación Económica
COCESNA	Corporación Centroamericana de Servicios de Navegación Aérea
Conv.	Convenio
Conv. Equip.	Convenio Centroamericano sobre Equiparación de Gravámenes a la Importación
Conv. Inc.	Convenio Centroamericano de Incentivos Fiscales al Desarrollo Industrial
Conv. Reg. Ind.	Convenio sobre el Régimen de Industrias Centroamericanas de Integración
CUCI	Clasificación Uniforme para el Comercio Internacional
EFTA	European Free Trade Association
ESAPAC	Escuela Superior de Administración Pública para América Central
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
ICAITI	Instituto Centroamericano de Investigación y Tecnología Industrial
ICAP	Instituto Centroamericano de Administración Pública
ICDC	Instituto Centroamericano de Derecho Comparado
IIEJI	Instituto Interamericano de Estudios Jurídicos Internacionales
INFOP	Instituto de Fomento de Producción
INTAL	Instituto para la Integración de América Latina
MCCA	Mercado Común Centroamericano
MCP	Misión Conjunta de Programación para Centro América
NAUCA	Nomenclatura Arancelaria Uniforme Centroamericana
ODECA	Organización de Estados Centroamericanos
OEA	Organización de Estados Americanos
o. J.	ohne Jahresangabe

o. O.	ohne Ortsangabe
Prot.	Protocolo
Prot. Conv. Inc.	Protocolo al Convenio Centroamericano de Incentivos Fiscales al Desarrollo Industrial
RECAUCA	Reglamento al Código Aduanero Uniforme Centroamericano
REIFALDI	Reglamento al Convenio Centroamericano de Incentivos Fiscales al Desarrollo Industrial
Res.	Resolución
Sieca	Secretaría Permanente del Tratado General de Integración Económica Centroamericana
SISG	Seminario de Integración Social Guatemalteca
TG	Tratado General de Integración Económica Centroamericana
UN	United Nations
UNAM	Universidad Nacional Autónoma de México
US \$	Dollar der Vereinigten Staaten
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

LITERATURVERZEICHNIS

I · DOKUMENTE

1. *Comisión Económica para América Latina* (CEPAL)
E/CN 12/275. Economic development in Central America – Resolution approved 16. 6. 1951.
E/CN 12/AC 17/25. Report of the sub-committee on unification of the Central American tariff nomenclatures and uniform Central American customs nomenclature.
E/CN 12/CCE/33. Evaluación del Programa de Integración Económica Centroamericana y Nuevas Posibilidades Industriales.
Evaluación de la Integración Económica en Centroamérica. Con el Informe del Noveno Período de Sesiones del Comité de Cooperación Económica del Istmo Centroamericano. Naciones Unidas, New York 1966.
2. *Consejo Interamericano Económico y Social* (CIES)
OEA/Ser. A/X8.
CIES/844. Informe sobre los Avances del Programa de Integración Económica Centroamericana, Diciembre 1964 – Enero 1966. Unión Panamericana, Secretaría General de la OEA, Washington, D. C. 16. 2. 1966.
3. *Instituto Centroamericano de Administración Pública* (ICAP)
ICAP/INF/031/150/67. Proyecto Aduanero Conjunto. Informe de la Investigación sobre el Funcionamiento de las Aduanas Fronterizas Centroamericanas. San José, Costa Rica, März 1967 (Circulación Limitada).
4. *Escuela Superior de Administración Pública para América Central* (ESAPAC)
EXF 108-3000-65. Seminario sobre Aplicación y Administración de los Tratados del Mercado Común Centroamericano. San José, Costa Rica, 1965.
5. *Misión Conjunta de Programación para Centroamérica* (MCP)
Lineamientos de un Programa de Desarrollo Agropecuario para Centroamérica, 1965–1969. Guatemala, Oktober 1964.
Estudios Industriales I; Programa de Desarrollo de la Industria Textil de Hilados y Tejidos Planos de Algodón. Guatemala, Oktober 1964.
6. *Secretaría Permanente del Tratado General de Integración Económica Centroamericana* (Sieca)
a) Sitzungsberichte und Entscheidungssammlungen von CEC, CE und CCE. Actas del CEC Nr. 1–27. Actas del CE Nr. 1–39. Resoluciones del CCE 1952–1966. Guatemala, Februar 1967.

b) Arbeitsdokumente für den CEC und CE*

Sieca/CE-III/DT 5. Nota de Secretaría. Observaciones al Anteproyecto de Protocolo al Convenio sobre el Régimen de Industrias Centroamericanas de Integración. San Salvador, 11. 1. 1963.

- /CE-III/DT 6. Informe de la Secretaría. Januar 1963.
- /CE-IV/13 Add. 1. Nota de la Secretaría. Problemas para determinar el origen de las mercancías. 17. 4. 1963.
- /CE-IV/17. Informe de la Secretaría. 9. 5. 1963.
- /CE-IV/DT 3. Memorandum de la Secretaría. Dictamen preliminar sobre requisitos para la liberación del comercio de mercancías comprendidas en el Anexo „A“ del Tratado. 21. 5. 1963.
- /CE-VI/DT 4. Memorandum. Informe sobre el caso de la Firma „Sistemas electrónicos Centroamericanas S. A.“. 5. 9. 1963.
- /CE-XVI/DT 6. Memorandum de la Sección Jurídica. 20. 7. 1965.
- /CE-XVIII/89. Nota de la Secretaría. (Examen de la información cursada a través de la Sieca para efectos de la Resolución Nr. 26 del Consejo Ejecutivo). 15. 10. 1965. (Confidencial).
- /CE-XIX/94. Nota de la Secretaría. (Proyecto de Reglamento para Determinar el Origen de las Mercancías). 17. 11. 1965.
- /CE-XIX/95 A. Anteproyecto de Protocolo sobre Industrias de Ensamble. 23. 11. 1965.
- /CE-XXII/DT 3. Memorándum de la Sección de Mercado Común. (Forma como se aplica el impuesto de consumo de licores en Costa Rica). 24. 5. 1966.
- /CE-XXII/DT 7. Nota de Secretaría sobre algunos Criterios para la Comparación de Precios. (Para la Aplicación de la Resolución Nr. 26 del Consejo Ejecutivo). 16. 9. 1966.
- /CE-XIII/DT 8. Informe de la Secretaría. (Sobre el Problema de Intercambio de Cigarillo „Fama“). 7. 10. 1966.
- /CE-XXIV/DT 15. Memorándum. (Determinación del origen de productos de cristalería de la empresa Bartlett Collins de Costa Rica S. A.). 8. 11. 1966.
- /CE-XXIV/DT 16. Informe sobre el Problema de Abastecimiento de Materia Prima de la Empresa Numar S. A. de Costa Rica. 8. 11. 1966.
- /CE-XXIV/DT 22. Información sobre la Producción de Vinos de las Fábricas Guatemaltecas. 21. 11. 1966. (Circulación restringida).
- /CE-XXV/DT 4. Impuesto al Consumo de Detergentes (Honduras–Nicaragua). Memorándum de la Sección Jurídica. 16. 1. 1967.
- /CE-XXV/DT 6. Informe sobre precios de clavos elaborados en Nicaragua (Honduras y Costa Rica–Nicaragua). Memorándum presentado por el Departamento de Mercado Común, Sección de Libre Comercio y Arancel Uniforme. 16. 1. 1967.
- /CE-XXV/DT 7. Memorándum del Departamento de Mercado Común sobre impuesto de timbre del 1% de Guatemala. 13. 1. 1967.
- /CE-XXVII/DI 7. Solicitud de libre comercio del Gobierno de El Salvador para carrocerías de autobuses fabricados por „Distribuidora Centroamericana de Autobuses S. A.“ (DICASA) y de Isuzu de Centroamérica S. A. (ISUZUCA). Juli 1967.

* Der Erscheinungsort sämtlicher Dokumente ist Guatemala, wenn kein anderer Ort vermerkt ist.

- /CE-XXVII/DT 25. Consideraciones sobre el Régimen de Industrias de Integración y el Sistema Especial de Promoción de Actividades Productivas, y Criterios para su Aplicación. 21. 7. 1967.
- /CE-XXVII/DT 30. Investigación sobre los sacos de fibras burdas elaborados en Honduras. 19. 5. 1967.
- /CE-XXVII/DT 39. Opinión sobre si es compatible o no con el ordenamiento jurídico de la Integración Económica Centroamericana, la disposición del Gobierno Nicaraguense, en virtud de la cual todas las mercancías procedentes de los demás Estados del área deben consignarse a las personas que previamente hayan obtenido licencia comercial. 18. 7. 1967.
- /CE-XXX/DT 3 und -/DT 3 Add. 1. Opinión sobre si una planta acogida al Convenio sobre el Régimen de Industrias puede dedicarse a la manufactura de artículos distintos de aquellos que se mencionan expresamente en el correspondiente Protocolo. 13. 10. 1967.
- /CE-XXXVIII/DT 2. Nota de Secretaría sobre Procedimientos para aplicar el Artículo IX del Tratado General. 26. 8. 1968.
- Sieca/CEC-VII-0/DT 4. La Inflexibilidad del Arancel Uniforme y la Integración Económica (Nota de Secretaría). 25. 7. 1967.
- CEC/XIII/133. El Crecimiento Económico de Honduras y el Desarrollo Equilibrado en la Integración Centroamericana (Resumen de la Nota de Secretaría de CEPAL). 9. 9. 1966.
- /CEC-XVIII-E/DT 2. Algunos Asuntos Relacionados con la Aplicación del Convenio Centroamericana de Incentivos Fiscales al Desarrollo Industrial (Nota de Secretaría). 16. 4. 1969. (Circulación restringida).

c) Sonstige Dokumente

- Sieca/69/VII-4/10. Estado Actual y Perspectivas del Proceso de Integración en el Sector Agropecuario. 22. 11. 1969.
- /69/VII-2-A/79. Centroamérica: Basis para la Reglamentación del Marco Jurídico Regional Referente a los Impuestos Internos que recaen sobre la Producción, Distribución, Venta o Consumo de Mercancías. 18. 11. 1969.
- Sieca/CEC/CMCA/MH-I/DT 7. Primera Reunión conjunta del Consejo Económico, El Consejo Monetario y los Ministros de Hacienda de Centroamérica. Primer Borrador del Proyecto de Protocolo para manejar en forma flexible el Arancel Uniforme Centroamericano. Managua, 14. 11. 1967.
- /CEC-CMCA-II/DT 2. Medidas de Emergencia para la Defensa de la Balanza de Pagos en Centroamérica. 12. 3. 1968.
- /L-2. Las Disposiciones de Sanidad Agropecuaria y el Libre Comercio Inter-centroamericano. April 1962.
- /RDA-I/Inf. Nr. 1. Primera Reunión de Directores Generales de Aduanas de Centroamérica. Informe de la Reunión. 22. 7. 1967.
- /RDA-II/INF. Segunda Reunión de Directores Generales de Aduanas. Informe de la Reunión. El Salvador, 5. 4. 1968.
- /REGAR/INF. Rev. 1. Reunión del Grupo de Expertos para el Estudio de los Anexos del REIFALDI. Informe de la Reunión. 3. 7. 1969.
- /RMEH-I. Primera Reunión de Ministros de Economía y Hacienda de Centroamérica. Informe de la Reunión. Antigua Guatemala, 4.-10. 4. 1965.
- /SMC/DI/1-66. Lista de Mercancías que gozarán de libre comercio al iniciarse el 4 de junio de 1966, el sexto año de vigencia del Tratado General de Integración Económica Centroamericana. Juni 1966.

- /SMC/DI/3-66. Lista de mercancías que quedan sujetas a regímenes de excepción, al libre comercio, al iniciarse el sexto año de vigencia del Tratado General. Juni 1966.
- Sieca, Acta de la Reunión de Ministros de Economía de Centroamérica. 1.-4. 3. 1969.
- , Acta de la Reunión de Ministros de Economía de Centroamérica. Managua, 9. 1. 1970.
- , Algunos Aspectos Sociales y Económicos de los Países Centroamericanos. 26. 6. 1969.
- , Declaración Conjunta de los Ministros de Relaciones Exteriores de Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua y Costa Rica. 8. 12. 1969.
- , Informe sobre los Avances del Programa de Integración Económica Centroamericana (junio 1967-mayo 1969). 1969.
- , Informe sobre los Avances del Programa de Integración Económica Centroamericana en Materia Industrial (1969). April 1970.
- , Resumen y Comentarios de los Tratados de Integración Económica Centroamericana. o. J. (1963?).
- , Suplemento de la Carta Informativa Nr. 106. August 1970.

II · SCHRIFTTUM

- Argueta Figueroa, Hugo Enrique: Los Incentivos Fiscales en la Integración Económica Centroamericana. In: Colegio de Abogados, Aspectos Jurídicos . . ., S. 179 ff.
- Beaza Flores, Alberto: Julio 1969: Guerra de Troya en Centroamérica. In: Mundo Nuevo, Revista de América Latina. Montevideo-Buenos Aires-Paris, Nr. 42, Dezember 1969.
- Balassa, Bela: Hacia una Teoría de la Integración Económica. In: Wionczek: Integración de América Latina, S. 3 ff.
- Bennatón, Abrahán: Der Zentralamerikanische Gemeinsame Markt. In: Latein-amerikanisches Institut an der Hochschule St. Gallen: Integration in Lateinamerika, Zürich 1965, S. 66-74.
- Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht: Die Anwendung des Völkerrechts im innerstaatlichen Recht. Heft 6, Karlsruhe 1964.
- BCIE: Origen, Política y Gestión. o. O. und o. J.
- , Programa Regional de Almacenamiento de Granos Básicos. Tegucigalpa 1968.
- BID (Hrsg.): Factores para la Integración Latinoamericana. 2. Aufl., Fondo de Cultura Económica, México 1969.
- Carstens, Karl: Die Errichtung des Gemeinsamen Marktes in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Atomgemeinschaft und Gemeinschaft für Kohle und Stahl. In: ZaöRV Bd. 18, S. 459 ff.
- Castillo, Carlos Manuel: Growth and Integration in Central America. Frederick A. Praeger, Publishers, New York, Washington, London 1966.
- , Estado del Programa de Integración Económica Centroamericana. Universidad de San Carlos de Guatemala, 1967.
- Castrillo Zeledón, Mario: La Zona de Libre Comercio en Centroamérica. In: La Universidad, Revista Bimestral de la Universidad de El Salvador, Nr. 3-4 (Mayo-Agosto) 1968, S. 11 ff.
- Colección „El Sentido de la Historia“ Nr. 3: Camilo Torres, El Cura que murió en las Guerrillas. Editorial Nova Terra, Barcelona 1968.

- Colegio de Abogados (Hrsg.): Aspectos Jurídicos e Institucionales de la Integración Económica Centroamericana. Guatemala 1967.
- Colom Argueta, Manuel: Consideraciones sobre los Tratados Básicos de la Integración. In: SISG, Aspectos Sociales . . . , S. 457 ff.
- Cruz, Ernesto: Derecho, Desarrollo e Integración Regional en Centro-América. Análisis y Evaluación. Publicaciones de la Secretaría General de la ODECA, San Salvador 1967.
- Delgado, Pedro Abelardo: Origen, Estructura y Funcionamiento del Mercado Común Centroamericano. In: INTAL (BID), La Integración Latinoamericana . . . , 1965, S. 53 ff.
- Diario El Gráfico: Mesa Redonda en Derecho. Orígenes y Consecuencias del Conflicto El Salvador-Honduras. Guatemala, Ausgabe vom 11. 8. 1969, S. 1.
- Eckenstein, Christoph: Der Zentralamerikanische Gemeinsame Markt: ein Beispiel erfolgreicher Zusammenarbeit unter Entwicklungsländern. In: Lateinam. Institut der Hochschule St. Gallen: Integration in Lateinamerika, S. 117-143.
- Fernández-Shaw, Felix: La Integración de Centroamérica. Ediciones Cultura Hispánica, Madrid 1965.
- Fonseca, Gautama: Las Fuentes del Derecho Común Centroamericano. In: Derecho de la Integración, INTAL (BID), Buenos Aires, Nr. 1, Oktober 1967, S. 51 ff.
- Fonseca, Gautama, und Ramírez, Dante: Los Organos del Tratado General de Integración Económica Centroamericana. In: Derecho de la Integración, INTAL (BID), Buenos Aires, Nr. 6, April 1970, S. 66 ff.
- Gallardo, Ricardo: Las Constituciones de la República Federal de Centro-América, 2 Bde., Instituto de Estudios Políticos, Madrid 1958.
- García Laguardia, Jorge Mario: siehe unter Mijangos.
- Giesecke, Helmut: Zentralamerika und sein Gemeinsamer Markt. Übersee-Verlag, Hamburg 1964.
- Godínez, Carlos Alfredo: Clases Sociales Rurales y Estructuras Agrarias en Centroamérica. In: Revista Universidad de San Carlos, Guatemala, Nr. 72, (Januar-April) 1968, S. 155 ff.
- González del Valle, Jorge: Estructura y Funcionamiento de la Cámara de Compensación Centroamericana. CEMLA, México 1961.
- Guzmán Böckler, Carlos, und Herbert, Jean-Loup: Guatemala: Una Interpretación Historico-Social. Siglo XXI Editores S. A., México 1970.
- Hansen, Roger D.: Central America: Regional Integration and Economic Development. National Planning Association, Washington D. C. 1967.
- Herbert, Jean-Loup: siehe unter Guzmán Böckler.
- Herrarte, Alberto: La Unión de Centro América (Tragedia y Esperanza), Ensayo Político - Social sobre la Realidad de Centro América. Editorial del Ministerio de Educación Pública, 2. Aufl., Guatemala 1963.
- Herrera, Felipe: Nacionalismo, Regionalismo, Internacionalismo. América Latina en el Contexto Internacional. INTAL (BID), Buenos Aires 1970.
- Hilton, Ronald: The Movement Toward Latin American Unity. Frederick A. Praeger, Publishers, New York, Washington, London, 1969.
- ICDC: Curso de Derecho Comparado (Tegucigalpa, Honduras 1965). Boletín Nr. 5-6, 1965-66, Tegucigalpa.
- IIEJI: Derecho de la Integración Latinoamericana, Ensayo de Sistematización, Ediciones Depalma, Buenos Aires 1969.
- : Derecho Comunitario Centroamericano. Ensayo de Sistematización. San José, Costa Rica 1968.

- : Problemática Jurídica e Institucional de la Integración de América Latina, OEA, Washington D. C. 1967.
- INTAL (Hrsg.): Integración y Formación de Comunidades Políticas. Buenos Aires 1966.
- : La Integración Económica de América Latina. Realizaciones, Problemas y Perspectivas. Informe del INTAL. Buenos Aires 1968.
- : La Integración Latinoamericana. Situación y Perspectivas. Buenos Aires 1965.
- Jiménez Lascano, Mauro: Integración Económica e Imperialismo. Editorial Nuestro Tiempo, S. A., México 1968.
- Karnes, Thomas L.: The Failure of Union. Central America 1824–1960. Chapel Hill, The University of North Carolina Press, 1961.
- Latinamerikanisches Institut an der Hochschule St. Gallen: Integration in Lateinamerika. Orell Füssli Verl., Zürich 1965.
- de León Schlötter, René: Condiciones del Trabajador Rural en América Central. In: SISG, Aspectos Sociales ..., S. 252 ff.
- Linares, Antonio: Aspectos Jurídicos de los Sistemas de Integración Económica. Universidad Central de Venezuela, Publicaciones de la Facultad de Derecho, Caracas 1969.
- Lizano Fait, Eduardo: El Mercado Común y la Distribución del Ingreso. Editorial Universitaria Centroamericana, San José, Costa Rica 1970.
- Madariaga Muñoz, Tulio: Un Diagnóstico del Sector Agropecuario y Objetivos de una Programación Agropecuaria a Mediano Plazo. In: Economía, Publicación del Instituto de Investigaciones Económicas y Sociales, Universidad de San Carlos, Guatemala, Nr. 9, April–Juni 1965, S. 20 ff.
- Martínez Moreno, Alfredo: La Conferencia de Washington de 1907 y la Corte de Justicia Centroamericana. Ministerio de Relaciones Exteriores, San Salvador 1958.
- : Aspectos Jurídicos de las Integraciones Económicas. Instituto Hispano-Luso-Americano de Derecho Internacional. Publicación de la Secretaría General, Madrid–Zaragoza 1966.
- Maza, Emilio: La Corte de Justicia Centroamericana. Ediciones de la ODECA, San Salvador 1966.
- : Sistema de Derecho Comunitario Centroamericano. Teoría General, Fuentes e Instituciones. Cultural Centroamericana, Guatemala 1970.
- McClelland, Donald A.: The Common Market's Contribution To Central American Economic Growth: A First Approximation. In: Hilton: The Movement ..., S. 508–536.
- Meyers: Kontinente und Meere. Mittel- und Südamerika. Bibliographisches Institut, Mannheim, Wien, Zürich 1969.
- Mijangos López, Adolfo, und García Laguardia, Jorge Mario: La Guerra de Fútbol. In: Diario El Gráfico, Guatemala, 7. 8. 1969, S. 7.
- Mijangos López, Adolfo: La Reforma Agraria y su Relación con el Crecimiento Demográfico en Centroamérica. In: Revista de la Facultad de Ciencias Jurídicas y Sociales de Guatemala, Nr. 7 y 8, Juli–Dezember 1968, S. 97 ff.
- : Reforma Agraria y Desarrollo de la Comunidad. In: SISG: Aspectos Sociales ..., S. 239 ff.
- Ministerio de Economía: Integración Económica Centroamericana, San Salvador 1968.
- Monteforte Toledo, Mario: La Integración Económica y el Panorama Político de Centroamérica. In: La Universidad, Revista Bimestral de la Universidad de El Salvador, Nr. 3–4, (Mai–August) 1968.

- : Guatemala. Monografía Sociológica. 2. Aufl., Instituto de Investigaciones Sociales, UNAM, México 1965.
- Mora, Eduardo: La Integración Centroamericana, un Caso de Penetración Imperialista. In: Historia y Sociedad, México, Nr. 15, Januar–März 1969, S. 52 ff.
- Moreno, Laudelino: Historia de las Relaciones Interestatales de Centroamérica. Compañía Iberoamericana de Publicaciones, Madrid 1928.
- Moscarella, Joseph: La Integración Económica Centroamericana. In: Wionczek: Integración de América Latina, S. 273 ff.
- Ordóñez Fernández, Hugo: El Banco Centroamericano dentro del Proceso de Integración Económica del Istmo. Sieca, Guatemala, Juli 1968.
- Parke Young, John: Unión Monetaria Centroamericana. México 1964.
- Parker, Franklin D.: The Central American Republics. Oxford University Press, London, New York, Toronto 1964.
- Pinto, Francisco A.: Necesidad de un Sistema Institucional y Jurídico para la Integración Económica del Istmo. In: BID, Factores . . . , S. 165 ff.
- Ponce V., Manuel Angel: Análisis Jurídico de la Sistemática técnico-formal del Tratado de Managua. In: Colegio de Abogados; Aspectos Jurídicos . . . , S. 163 ff.
- Quiñones Amézquita, Mario: Estado Actual de la Integración Centroamericana y sus Aspectos Jurídico-Políticos. In: Colegio de Abogados; Aspectos Jurídicos . . . , S. 97 ff.
- Ramírez, Dante: siehe unter Fonseca
- Ramírez, Roberto: La Integración Jurídica Centroamericana. ICDC, Tegucigalpa 1966.
- Regalado Dueñas, Miguel: La Realidad Política Centroamericana como Crítica Proyectiva. Guatemala 1968.
- Rosenthal, Gert: Algunas Consideraciones acerca del „Convenio sobre el Régimen de Industrias Centroamericanas“. In: Economía, Publicación del Instituto de Investigaciones Económicas y Sociales, Universidad de San Carlos, Guatemala Nr. 8, Januar–März 1965, S. 4 ff.
- Sancho, J.: En Torno a la Unión Aduanera Centroamericana. Sieca, Guatemala, 3. 4. 1969 (nur zum internen Gebrauch der Sieca).
- Scherer, Josef: Die Wirtschaftsverfassung der EWG. Nomos, Baden-Baden 1970.
- Schmitter, Philippe C.: La dinámica de contradicciones y la conducción de crisis en la Integración Centroamericana. In: Revista de Integración, BID-Intal, Buenos Aires, Nr. 5, November 1969, S. 87 ff.
- Segundo Congreso Jurídico Centroamericano: Recomendaciones, Resoluciones, Declaración, Acuerdos. San José, Costa Rica 1964.
- Sidjanski, Dusan: Dimensiones Institucionales de la Integración Latinoamericana. INTAL, Buenos Aires 1967.
- Sieca: 5 Años de Labores en la Integración Económica Centroamericana. Guatemala, 12. 10. 1966.
- : Síntesis del Mercado Común Centroamericano. Guatemala, September 1968.
- SISG: Aspectos Sociales y Políticos de la Integración Centroamericana. Editorial José de Pineda Ibarra, Guatemala 1970.
- Vergara Escudero, Eduardo: Bases Institucionales y Jurídicas del Mercado Común Centroamericano. Editorial Jurídica de Chile, Santiago de Chile 1969.
- Villagrán-Kramer, Francisco: Aspectos Sociales de la Integración Económica Centroamericana. In: Revista Universidad de San Carlos, Guatemala, Nr. 72, (Januar–April) 1968, S. 77 ff.

- : Aspectos Sociales y Politicos de la Integración Centroamericana. In: Colegio de Abogados: Aspectos Jurídicos . . . , S. 9 ff.
 - : Controles de Legalidad y Solución de Conflictos en la Integración Económica Centroamericana. In: Revista de la Facultad de Ciencias Jurídicas y Sociales de Guatemala, Nr. 7–8, Juli–Dezember 1968, S. 5 ff.
 - : El Derecho y la Integración Económica Regional. In: Ciencias Jurídicas y Sociales, Universidad de El Salvador, Tomo X, Nr. 49–50, Januar–Juni 1969, S. 7 ff.
 - : Integración Económica Centroamericana. Aspectos Sociales y Políticos. Imprenta de la Universidad de San Carlos, Guatemala 1967.
 - : Los Instrumentos Legales de la Integración Económica Centroamericana. In: Derecho de la Integración, INTAL (BID), Buenos Aires, Nr. 3, Oktober 1968, S. 36 ff.
 - : Teoría General del Derecho de la Integración Regional. Ensayo de Sistematización. Dirección de Publicaciones del Ministerio de Educación, San Salvador 1969.
- Wendel, Helmut: Die Zentralamerikanische Wirtschaftliche Integration. Darstellung und kritische Untersuchung ihrer Eignung zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Zentralamerikas. Diss. TH Darmstadt, 1966.
- Wionczek, Miguel S.: Economic Cooperation in Latin America, Africa and Asia: A Handbook of Documents. The MIT Press, Massachusetts Institute of Technology, Cambridge 1969.
- (Hrsg.): Integración de la América Latina. Experiencias y Perspectivas. 2. Aufl., Fondo de Cultura Económica, México 1967.

III · VERTRAGSSAMMLUNGEN

- CNPE: Recopilación de los Convenios, Protocolos y Acuerdos celebrados entre los cinco países del Istmo, relativa a la Integración Centroamericana. 2 Bde., Guatemala 1969.
- IIEJI-INTAL (BID): Instrumentos Relativos a la Integración Económica de América Latina. 2. Aufl., México 1968.
- Sieca: Arancel de Aduanas Centroamericano. (Loseblattsammlung zum amtlichen Gebrauch).
- Sieca: Convenios Centroamericanos de Integración Económica. Guatemala, Bd. I u. II 1963; Bd. III 1964; Bd. IV 1968.

IV · BIBLIOGRAPHIEN

- González Dubón, Christina Idalia: Bibliografía Analítica sobre la Integración Económica Centroamericana. Tesis de Licenciada en Bibliotecología, Facultad de Humanidades de la Universidad de San Carlos de Guatemala, Guatemala, September 1969.
- Monteforte Toledo, Mario: Bibliografía Sociopolítica Latinoamericana. UNAM, Instituto de Investigaciones Sociales, México 1968.

REGISTER

- Acajutla 17
- Acta de Independencia Absoluta 5
- Agrarreform 90
- Arévalo, Präsident von Guatemala 7
- Assoziationsvertrag, siehe Tratado Tripartito
- Audiencia de Guatemala 5
- Ausnahmen vom Freihandelsprinzip für Ursprungswaren
 - Import- und Exportkontrollen 50
 - Integrationsindustrie 64
 - Mengenbeschränkungen 50
 - Note zum Annex „A“ 50
- Sonderabkommen Bedingung für Freihandel 51
 - Entscheidung des CE, siehe CE
 - Gutachten der Sieca, siehe Sieca
- Sonderregelungen im Annex „A“ des TG 50 ff.
 - Änderung der Sonderregelung 52
 - Dauer der Sonderregelung 52
- Vorherige Importzollangleichung 51
- Vorzugstarife 50
- Außenminister 17
- Außenzollangleichung
 - Abkommen über – (Conv. Equip.), Abschluß 11
 - Angleichungsmodalitäten 55
 - Decreto Legislativo 97 v. 31. 12. 1970 (Honduras) 18
 - Gemeinsamer Außenzoll als Ziel des TG 19
 - Inflexibilität 57 f.
 - Baumwollstoffe, flexible Veränderung des Außenzolls 57 f., 86
 - Projekte der Sieca zur flexiblen Gestaltung des Außenzolls 57
 - Protokolle zum Conv. Equip. 55
 - Sonderregelung für Synthetikgarne 55
 - Veränderung des gemeinsamen Außenzolls 56 f.
 - Vereinheitlichung, bisher erreichte 56
 - Zollberechnung (ad valorem und CIF) 54
 - Zolleinkünfte, Verteilung 56
 - Zollnomenklatur (NAUCA), Übernahme durch den Conv. Equip. 54
 - Zollverfahren, einheitliches 12
- Autofabrik GINSA 12, 60
- Bananen 59
- Barrios, Rufino 6
- Basiserziehungsprogramm 90
- Baumwolle 15, 57
- BCIE 14, 15
- Bergbau 75
- Beschränkungen für Freihandelswaren, Verbot
 - Benachteiligung durch Vorschriften über Verteilung und Verkauf 50
 - Exportverbot 49
 - Entscheidungen des CE, siehe CE
 - Handelslizenz 49
 - Entscheidung des CE, siehe CE
 - Importabgabe 50
 - Importverbot 49
 - Mengenbeschränkung 49
- Bryan-Chamorro-Pakt 7
- Capitanía General de Guatemala 5
- Cartago 6
- Castillo, Generalsekretär der Sieca 9
- CAUCA
 - Reglamento der Zollformalitäten bei Freihandelswaren 29
 - Unterzeichnung 12
- CCE 9, 10, 11, 54, 59

CE

- Ausnahmen vom Freihandelsprinzip
 - Änderung der Sonderregelungen 52
 - Entscheidung über Sonderabkommen über Grundnahrungsmittel 51
- Beschränkungen für Freihandelswaren
 - Exportverbot, Rindslederfall 49
 - Gesundheitspolizeiliche Vorschriften, Empfehlung des CE zur Harmonisierung 48
 - Gesundheitszeugnisse, Eierbehälterfall, Jodfall 47, 48
 - Handelslizenz, Entscheidung des CE 49
- Integrationsindustrie
 - Artículo Transitorio des Abkommens, Interpretation des CEC 61 f.
 - Freihandel, GINSA-Fall 62 f.
 - Kriterien des CE als Voraussetzung der Anerkennung als Integrationsindustrie 61
 - Preisvorschriften, Rabattfall (GINSA) 66, 87
 - Unlautere Handelspraktiken
 - GINSA-Fall 68
 - Sicherheitsleistung 68
- Krieg Honduras—El Salvador 17
- Resolutionen, siehe Resolutionen des CE
- Schaffung des CE durch TG 12
- Spezielles Förderungssystem
 - Importquoten durch CE bei Spekulationsimporten 70
 - Niedrigzollimporte, Autorisierung durch CE bei Fehlmenngen 71
 - Preisüberwachung 71
- Steuervergünstigungen zur industriellen Entwicklung, REIFALDI 13, 74
- Trockenmilch, Festsetzung von Importquoten 13
- Unlautere Handelsmethoden
 - Adäquate Produktion im Sinne von Art. IX TG, Beweisregel für 38
 - Entscheidungen über -
 - Bleche 39
 - Gips 39
 - Machetenstahlblätter 39
 - Palmöl 40
 - Papier und Pappe 39
 - Rohfaserstoffe für Säcke 39
 - Tüten (Honduras) 40
 - Tüten (Nicaragua) 39
 - Information über zentralamerikanische Produktion 38
 - Draw-Back 41
 - Dumping
 - Kaffeeschachtelfall 45
 - Nägelfall 42 f.
 - Sicherheitsleistung 45
 - Zigarettentfall 42
 - Zollbefreiung bei zeitweiliger Einfuhr 41
- Verbrauchssteuern
 - Ausnahmegenehmigung des CE für - 35
 - Entscheidungen über Zulässigkeit von -
 - Kosmetikafall 33
 - Spirituosenfall 34
 - Stempelmarkensteuerfall 34, 87
 - Waschmittelfall (Costa Rica) 33 f.
 - Waschmittelfall (Nicaragua) 35 f., 87
 - Zementfall 34
 - Zündhölzerfall 35
- Warenursprung
 - Entscheidungen über Ursprung von Waren
 - Buskarosseriefall 27 f.
 - Deckenfall 23 f.
 - Eisenstangenfall 26
 - Fruchtsätfefall 27
 - Gläserfall 26
 - Jutesäckefall 27
 - Kugelschreiberfall 27
 - Kühlschränkefall 26 f.
 - Machetenfall 25 f.
 - Metalltankfall 28
 - Transistorradiofall 25
 - Weinfall 26
 - Würzeffall 24 f.

- Kriterien des CE bei Ursprungsbestimmungen 31 f.
 - Reglamento zur Bestimmung des Warenursprungs 28 f.
 - Reglamento der Zollformalitäten bei Freihandelswaren 28
- CEC
- Integrationsindustrie
 - Interpretation des Art. Transitorio des Abkommens 61 f.
 - Rabattfall (GINSÁ) 66
 - Konferenz über Zahlungsbilanz 16
 - Krieg Honduras–El Salvador 17
 - Projekt eines Abkommens zur Verwirklichung der Zollunion 56
 - RECAUCA durch Resolution des CEC 12
 - Reglamento der Zollformalitäten bei Freihandelswaren, Verabschiedung 29
 - Schaffung des CEC im TG 12
 - Sonderausgleichssteuer in Nicaragua 34
- CEPAL
- Bericht zur Lage der Integration in Zentralamerika 90
 - Generalvertragsentwurf 11
 - Integrationsindustrie, Entwurf des Abkommens 59
 - Sitzung in Mexiko 1951 9
 - Studie über wirtschaftliches Wachstum in Honduras 74
- Chalchuapa, Schlacht bei 6
- Chiapas 5
- CIF 40, 54
- COCESNA 15
- Congreso Federal 6
- Consejo Monetario Centroamericano 15
- Conv. Equip., siehe Außenzoll
- Conv. Inc., siehe Steuervergünstigungen zur industriellen Entwicklung
- Conv. Reg. Ind., siehe Integrationsindustrie
- Corte de Justicia Centroamericana 7
- CUCI 54
- Dienstleistungsindustrie 75
- Draw-Back 41
- Drittländer
- Import und Export von Grundnah-
- rungsmitteln 15
 - Stabilisierungszoll 16
 - Stempelmarkenfall 34
 - Verbrauchssteuer auf Importe aus – 33
 - Zementfall 34
 - Zollbefreiung bei Importen aus –, siehe unlautere Handelsmethoden
 - Dumping, siehe unlautere Handelsmethoden
- EFTA 22
- El Salvador
- Krieg mit Honduras 1969 17
 - Landfrage 17
- Erdgasförderung 75
- Erdölförderung 75
- ESAPAC 10
- Estados Unidos de Centroamérica 6
- EWG
- Freizügigkeit 21
 - Gemeinsamer Markt 21
 - Zollunion 21
- Exekutivrat, siehe CE
- Exportlizenz 47
- Exportkontrollen 50
- Exportsubvention 43
- Fernsprechnetzz 15
- Finanzminister 16, 57
- Fischzucht 75
- Flachglasfabrik 12, 60
- Forstwirtschaft 75
- Freihandel
- Assoziationsvertrag vom 6. 2. 1960 11
 - Ausnahmen vom Freihandelsprinzip für Ursprungswaren, siehe dort
 - Baumwolle 15
 - Bilaterale Freihandelsverträge 9
 - Entscheidungen des TG über Ursprung von Waren, siehe CE
 - Exportlizenz 47
 - Gesundheitspolizeiliche Vorschriften, siehe dort
 - Gesundheitszeugnisse für Waren, siehe dort
 - Importlizenz 47
 - Importquoten 70
 - Integrationsindustrie 62

- Kaffee 15
- Krieg Honduras–El Salvador 17
- Landwirtschaftliche Produkte 15
- Montageindustrie 25, 27
- Multilaterale Freihandelsverträge 10 ff.
- Protokoll über Grundnahrungsmittel (Mais, Bohnen, Reis, Hirse) 15, 51
- Quarantäne-Beamte 47
- Reglamento der Zollformalitäten bei Freihandelswaren 29
- Spekulationsimporte 70
- Spezielles Förderungssystem 70
- Unlautere Handelsmethoden, siehe dort
- Ursprungswaren, siehe auch dort 22
- Verbrauchssteuer, siehe dort
- Zollformulare 30
- Zucker 15
- Freihandelszone
 - Begriff im TG 20 f.
 - Begriff in der lateinamerikanischen Literatur 19
 - EFTA 21
 - Interpretation der Sieca 21
- Freizügigkeit
 - Arbeitskräfte, Dienstleistungen und Kapital 19 f.
 - EWG 21
 - Personen- und Kapitalverkehr 11
- Gaceta Oficial Centroamericana 57
- GATT 9
- Gemeinsamer Markt
 - Begriff in der lateinamerikanischen Literatur 19
 - Begriff im TG 20 f.
 - EWG 21 f.
 - Interpretation des Begriffs durch Sieca 21
 - Ziel des TG 19
- Generalvertrag, siehe TG
- Gerichtshof, siehe Corte de Justicia Centroamericana
- Gesundheitspolizeiliche Vorschriften
 - Empfehlung des CE zur Harmonisierung 48
 - Vorschläge der Sieca zur Harmonisierung 48
- Gesundheitszeugnisse für Waren, Eierbehälterfall, Jodfall, Weinfall 47
- GINSA 12, 60, 62 f., 66
- Großgrundbesitz 89
- Grundnahrungsmittel (Mais, Reis, Hirse, Bohnen), Protokoll über 15
- Handel, interregionaler 10, 89
- Handelslizenz 49
- Herrera, Präsident von Guatemala 7
- Honduras
 - Bevölkerungsinvasion 17
 - Krieg mit El Salvador 1969 17
 - Sonderregelung für Steuervergünstigungen 13
- ICAITI
 - Kapazitätsprüfung im speziellen Förderungssystem 70
 - Preisüberwachung im speziellen Förderungssystem 71
 - Qualitätsnormen für Integrationsindustrie 65, 87
 - Warenursprung, Gutachten für CE (Deckenfall und Kühlschränkefall) 23, 26
- ICAP 10
- Importlizenz 47, 67
- Importkontrollen 50
- Importquoten
 - Spezielles Förderungssystem 70
 - Trockenmilch 13
- Importsubstitution 59
- Importverbot 49
- Industrieförderung, siehe Integrationsindustrie, nationale Industrieförderungsgesetze, Sondersystem für Trockenmilch, spezielles Förderungssystem, Steuervergünstigungen zur industriellen Entwicklung
- IN-FOP 31
- Infrahumane Lebensbedingungen 89
- Integration
 - Begriff 19 (Fn 2)
 - Politische – 20
- Integrationsbank, siehe BCIE
- Integrationsindustrie
 - Abkommen (Conv. Reg. Ind.) und TG 12, 60
 - Abschluß des Abkommens 10, 60

- Autoreifenfabrik (GINSÄ) 12
- Bestehende Fabriken 12
- Dumping 67 f.
- Einkommenssteuerbefreiung 65
- Exklusivhändler, Verbot 67
- Flachglasfabrik 12
- Fonds, zentralamerikanischer, zur industriellen Entwicklung 59
- Freihandel für Produkte der –
 - GINSÄ-Fall 62
 - Grundsatz 62
 - Schädlingsbekämpfungsmittel-fall 64
 - Verhältnis zum Freihandelsprinzip des TG 62–64
- Grundsatz der Gegenseitigkeit und Gleichmäßigkeit 60 f.
- Importzollbefreiung für Rohstoffe 64
- Kapazität, Pflicht zur Einhaltung 66
 - DDT-Fall (Fehlmenge) 67
- Kapitalzusammensetzung 67
- Preisvorschriften, Rabattfall (GINSÄ) 66, 86 f.
- Projekte der – im Prüfungsstadium (Eisenhüttenwerke, Nylonfasern, Zellstoff und Papier) 60
- Protokolle vom 29. 1. 1963 und 5. 11. 1965 zum Abkommen 12
- Qualitätsnormen des ICAITI 65, 87
- Reglamento über Kriterien zur Anwendung des Regimes 73
- Schädlingsbekämpfungsmittelfabrik 12
- Schutzzoll 65
- Unlautere Handelsmethoden (GINSÄ-Fall) 68
- Vergünstigungen nach nationalen Industrieförderungsgesetzen 64
- Verhältnis zum speziellen Förderungssystem 71 f.
- Verkaufsnetz, Verbot eines eigenen 67
- Vermögenssteuerbefreiung 65
- Vertragsgeschichte des Abkommens 59
- Voraussetzungen der Anerkennung als –
 - Kriterien des CE 61
- Regionaler Markt für Ausnutzung der Minimalkapazität 60
- Kaffee 15
- Kompensationskammer 14
- Konsumsteuer 16
- Landwirtschaft
 - Agrarreform 90
 - Basiserziehungsprogramm 90
 - Conv. Inc. 75
 - Landfrage in El Salvador 70
 - Landlose Bauern 89
 - Preisstabilisierung 15
 - Protokoll über Grundnahrungsmittel 15
 - Regionales Silonetz 15
- Los Altos 6
- Luftfahrt 15
- Manufakturwaren 22
- Marginale Massen 89
- Mengenbeschränkungen 50
- Mexiko
 - Bank von – 14
 - Einmarsch in El Salvador 5
- Minifundien 89
- Modus Operandi 18
- Montageindustrie
 - Buskarosserien 27
 - Freihandel 25
 - Sonderregelung im Conv. Inc. 75
- Nationale Industrieförderungsgesetze
 - Aufhebung durch Conv. Inc. 80
 - Importzollbefreiung 37, 39, 43
 - Integrationsindustrie 64
 - Stabilisierungszoll 16
 - Unterschiede der einzelnen Gesetze 73
- Naturprodukte 22
- NAUCA 11, 54
- Nicaragua
 - GATT-Mitgliedschaft und MCCA 9
 - Intervention der USA 7 (Fn 22)
- Pacto de Unión 7
- Panama 5
- Pharmazeutische Industrie 75
- Pro-Kopf-Einkommen 89

- Protokoll, siehe unter dem jeweiligen Hauptabkommen oder Vertrag
- Provincias Unidas del Centro de América 6
- Quarantänebeamte 47 f.
- Quetzaltenango 6
- Ratifizierung von Verträgen 85
- Real Audiencia de los Confines 5
- RECAUCA 12, 86
- Reglamento
- über Bestimmung des Warenursprungs 28
 - zum CAUCA 12
 - zum Conv. Inc. (REIFALDI) 13, 74
 - zum Conv. Reg. Ind. 73
 - Transformation in innerstaatliches Recht 86
 - der Zollformalitäten bei Freihandelswaren 29
- REIFALDI, siehe Steuervergünstigungen zur industriellen Entwicklung
- República Mayor de Centroamérica 6
- Resolutionen des CE 1: 28, 31; 4: 48; 6: 35; 17: 24; 18: 25; 20: 25; 25: 24; 26: 38; 27: 39; 28: 39; 30: 33; 33: 31; 36: 66; 39: 51; 48: 26; 49: 39; 54: 34; 57: 48; 58: 42; 59: 26; 60: 39; 61: 26; 62: 40; 63: 26, 47; 64: 49; 65: 39, 43; 66: 27; 71: 36, 87; 72: 34, 87; 73: 47; 78: 27; 79: 38; 82: 27, 39; 84: 49; 88: 62; 89: 62, 88; 94: 28; 96: 40; 97: 34; 98: 64, 88; 100: 28; 103: 95; 106: 28; 108: 14
- Resolutionen des CEC 20: 12; 30: 66; 54: 56
- Revolution 90
- Schädlingsbekämpfungsmittelfabrik 12, 60
- Schutzzoll 65, 70
- Sicherheitsleistung
- bei unlauteren Handelsmethoden 45, 68
 - für Waren aus Nicaragua wegen Sonderausgleichssteuer 34, 45
- Sieca
- Ausnahmen vom Freihandelsprinzip
 - Gutachten über Änderung der Sonderregelungen 52
 - Gutachten zum Sonderabkommen über Grundnahrungsmittel 51
 - Außenzoll, Projekte zur flexibleren Gestaltung 57
 - Beginn der Tätigkeit 12
 - Dumping
 - Gutachten im Zigarettenfall 42
 - Untersuchung im Nägelfall 43
 - Freihandelszone, Interpretation des Begriffs 21
 - Gemeinsamer Markt, Interpretation des Begriffs 21
 - Gesundheitspolizeiliche Vorschriften, Vorschläge zur Harmonisierung 48
 - Integrationsindustrie
 - DDT-Fall (Fehlmenge) 67
 - Gutachten zum GINSA-Fall (Freihandel) 63
 - Gutachten zum GINSA-Fall (unlautere Handelsmethoden) 68
 - Preise, Bericht 66
 - Register über Produktion in Zentralamerika 38
 - Schaffung der – im TG 12
 - Spezielles Förderungssystem
 - Kapazitätsprüfung 70, 87
 - Preisüberwachung 71
 - Steuervergünstigungen zur industriellen Entwicklung
 - Gutachten zur Reklassifizierung von Unternehmen der Gruppe C 81
 - Informationspflicht über Anwendung des Conv. Inc. 83
 - Unlautere Handelsmethoden
 - Gutachten über Begriff „adäquate Produktion“ im Sinne von Art. IX TG 40
 - Untersuchung zum Palmölfall 40
 - Ursprungswaren
 - Gutachten für den CE
 - Buskarosseriefall 28
 - Gläserfall 26

- Jutesackefall 27
- Transistorradiofall 25
- Weinfall 26
- Würzelfall 24
- Kriterien zur Bestimmung von Ursprungswaren 23
- Reglamento zur Bestimmung des Warenursprungs, Entwurf 28
- Verbrauchssteuer
 - Gutachten für CE bei Entscheidung über Zulässigkeit
 - Stempelmarkensteuerfall 34
 - Spirituosenfall 34
 - Waschmittelfall (Nicaragua) 36
- Wirtschaftsunion 21
- Zahlungsbilanz 15
- Zollunion, Interpretation des Begriffs 21
- Sonderausgleichssteuer 34, 45
- Sozialstruktur 89
- Spezielles Förderungssystem
 - Fabriken, die gefördert werden (Glaskolben, Glühbirnen, landwirtschaftliche Werkzeuge, Leuchtröhren, Metallgasflaschen, PVC) 70
 - Fiskalische Anreize 70
 - Freihandel 70
 - Kapazität als Voraussetzung der Anwendung des Systems 69
 - Kapazitätsprüfung durch Sieca und ICAITI 70, 87
 - Kapitalzusammensetzung, Fehlen von Vorschriften über 71
 - Marktversorgung 71
 - Qualitätsnormen, Fehlen von 71
 - Schutzzoll 70
 - Spekulationsimporte 70
 - Verhältnis zur Integrationsindustrie (Verbot der Vorteilkumulierung beider Systeme) 72
 - Vertragliche Grundlage 13, 69
- Stabilisierungszoll 16
- Ständiges Sekretariat, siehe Sieca
- Stempelmarkensteuer 34
- Steuervergünstigungen zur industriellen Entwicklung
 - Abkommen, Abschluß und Inkrafttreten 13
 - Ausnahmen von der Förderung (Bergbau, Dienstleistungen, Erdöl und Erdgas, Forstwirtschaft, Fischzucht und Fischfang, Landwirtschaft, Wohnungsbau) 75
 - Information über Anwendung des Conv. Inc.
 - Informationspflicht der Sieca 83
 - Informationspflicht der Regierungen gegenüber Sieca 83
 - Klassifizierung der geförderten Industrien in drei Gruppen (A, B, C) 75
 - Kriterien der Gruppe A 75
 - Kriterien der Gruppe B 76
 - Kriterien der Gruppe C 76
 - Differenzierung der Gruppen A und B in „bestehende“ und „neue“ Industrien 76
 - Montageindustrie, Sonderregelung für 75
 - Nationale Förderungsgesetze, Aufhebung durch Conv. Inc. 80
 - Pharmazeutische Industrie, Sonderregelung für 75
 - Protokoll vom 23. 9. 1966 zum Abkommen 13
 - Reglamento zum Abkommen (REIFALDI) 13, 74, 86
 - Stabilisierungszoll 16
 - Sonderregelung für Honduras 13
 - TG 13
 - Unlauterer Wettbewerb durch Mißbrauch der Vergünstigungen 82
 - Vergünstigungen
 - Einkommenssteuerbefreiung 77
 - Fabrikgebäude, kostenlose Überlassung oder Vorzugspreis in Honduras 80
 - Gewinnabschreibung von Einkommenssteuer bei Neuinvestitionen 80
 - Importzollbefreiung für Kapitalgüter, Rohstoffe etc. 77
 - Schaubild über Art und Höhe der Vergünstigungen 77 f.
 - Schaubild über Art und Höhe der Vergünstigungen für Honduras 78 f.
 - Vermögenssteuerbefreiung 77
 - Verarbeitende Industrie als geför-

- derte Tätigkeit 74
 - Voraussetzung der Förderungen durch Conv. Inc. 75
 - Kriterien für „effektiven Beitrag“ 75
 - Verhältnis zu nationalen Förderungsgesetzen
 - Gutachten der Sieca 81
 - Problem der Reklassifizierung der Gruppe C 81
 - Verfahren zur Erlangung der Vergünstigungen
 - Antrag mit Mindestinformation 82
 - Bindungswirkung eines abgelehnten Antrags für alle Länder 83
 - Regierungsdekret 83
 - Veröffentlichung des Antrags 83
 - Zollbefreiung keine Exportsubvention 43
- Subsistenzwirtschaft 89
- Supranationale Gewalt 57
- Synthetikgarne, Sonderabkommen über 55
- Textilindustrie 14, 23
- TG
 - Annex „A“ 50 ff.
 - Annex „B“ 30
 - Ausnahmen vom Freihandelsprinzip für Ursprungswaren, siehe dort
 - Entwurf der CEPAL 11
 - Freihandel, siehe dort
 - Gemeinsamer Außenzoll 19 f.
 - Gemeinsamer Markt 19 f.
 - Inkrafttreten 11 f.
 - Integrationsbank 14
 - Integrationsindustrie 12
 - Konsumsteuer 16
 - Organe des – 12
 - Steuervergünstigungen zur industriellen Entwicklung 13
 - Unlautere Handelsmethoden, siehe dort
 - Ursprungswarendefinition 23
 - Verbrauchssteuer, Begriff 32
 - Währungsunion 15
 - Währungswesen 14
 - Wirtschaftsunion 21
- Zollformular 30
- Zollunion 19 f.
- Torres, Camilo 90
- Transformation des Gemeinschaftsrechts in innerstaatliches Recht
 - Akte der Organe des MCCA 87 f.
 - Reglamentos 86
 - Verträge 85 f.
- Tratado Tripartito 11, 63
- Tribunal Internacional Centroamericano 7
- Trockenmilch, Sonderabkommen über 13
- Unión de Centroamérica 6
- Unlautere Handelsmethoden
 - Drittländer
 - Sanktionen 46, 88
 - Sonderregelung im Protokoll vom 31. 7. 1962 zum Conv. Equip. 46
 - Dumping
 - Nägelfall 43
 - Preis, Definition des TG 41
 - Produktionskosten 42
 - Zigarettenfall 42
 - Exportsubvention
 - Entscheidung des CE 43
 - Steuervergünstigungen 43
 - Zollbefreiung bei adäquater zentralamerikanischer Produktion 43
 - Importrestriktion 45
 - Künstlicher Niedrigpreis für Rohstoffe zur Herstellung von Waren 44
 - Sanktionen
 - Baumwollstoffe 57
 - Drittländer 46
 - Genehmigungspflicht für Sicherheitsleistung 45
 - Generalnorm des TG 46
 - Sicherheitsleistung in Höhe des Importzolls 45
 - Staatliches System zur Fixierung von Niedrigpreisen zum Export bestimmter Waren 44
 - Steuervergünstigungen zur industriellen Entwicklung, Mißbrauch der Vergünstigungen 82

- Zollbefreiung für Importe aus Drittländern bei vorhandener adäquater zentralamerikanischer Produktion
 - Beurteilungskriterium des Begriffs „adäquate Produktion“ 39
 - Beweisregel des CE für adäquate Produktion 38
 - Draw-Back 41
 - Entscheidungen des CE über adäquate Produktion, siehe CE
 - Information über zentralamerikanische Produktion 38
 - Zeitweilige Einfuhr 41

UNO 54

Ursprungswaren

- Abfüllen 23
- Bemalen 26
- Definition im TG 23
- Entscheidungen des CE über Ursprung von Waren, siehe CE
- Freihandel für - 19, 22
- Gleichbehandlungsgrundsatz 49
- Herstellen aus zollfrei importierten Stoffen 24, 27
- Kriterien der Sieca zur Bestimmung von - 23
- Manufakturwaren 22
- Naturprodukte 22
- Schneiden 23, 28
- Substantielle Veränderung 28
- Verdünnen 23, 25, 27
- Wertschöpfung 28
- Zertifikat als Nachweis des Ursprungs 31
- Zusammenstellen 23, 25, 28

USA

- Integration Zentralamerikas 11
- Intervention in Nicaragua 7 (Fn22)
- Konferenzen von Washington 6 f.
- Richter am zentralamerikanischen Gerichtshof 7
- Verfassung 6

Verbrauchssteuer

- Ausnahme vom Gleichbesteuerungsgrundsatz gleicher Waren 33
- Ausnahmegenehmigung des CE für - 35
- Begriff des TG 32
- Dumping 42

- Einziehen der - 37
- Entscheidungen des CE über Zulässigkeit von -, siehe CE
- Grundsatz des Bestimmungslandes 43
- Notmaßnahmen zur Verbesserung der Zahlungsbilanz 35
- Sonderausgleichssteuer in Nicaragua 34, 45
- Stempelmarkensteuer in Guatemala 34
- Zulässigkeit der - (Übersicht) 36 f.
- Verkaufssteuer 33
- Verkehrsabkommen 10
- Vorzugstarife des Annex „A“ TG 50

Walker, William 6

Washington, Konferenzen von 6 f.

Währungsrat 15, 16, 57

Währungsunion

- Abkommen über - 15
- Begriff in der lateinamerikanischen Literatur 20
- TG 15
- Währungsrat 15

Währungswesen 14

Wirtschaftsgemeinschaft, Begriff in der lateinamerikanischen Literatur 20

Wirtschaftsminister

- Beschluß über Sonderausgleichssteuer in Nicaragua 34, 45
- Konferenz der - 18, 57

Wirtschaftsrat, siehe CEC

Wirtschaftsunion

- Begriff in der lateinamerikanischen Literatur 19
- Begriff der Sieca 21
- Wohnungsbau 75

Zahlungsbilanz

- Notmaßnahmen zur Verbesserung 16, 35
- Protokoll über - 16

Zeitweilige Einfuhr 41

Zentralamerikanische Institutionen

- Exekutivrat, siehe CE
- Forschungsinstitut für Industrietechnologie, siehe ICAITI
- Gerichtshof 7
- Institut für öffentl. Verwaltung 10

- Integrationsbank 14, 15
- Komitee für wirtschaftliche Kooperation, siehe CCE
- Kompensationskammer 14
- Luftfahrtkorporation 15
- Organisation zentralamerikanischer Staaten, siehe ODECA
- Ständiges Sekretariat, siehe Sieca
- Textilschule 14
- Verwaltungshochschule 10
- Währungsrat 15
- Wirtschaftsrat, siehe CEC
- Zentralamerikanisches Büro 7

Zentralbanken 14

Zollbefreiung für Importe aus Drittländern, siehe Integrationsindustrie, unlautere Handelsmethoden

Zollformular für Freihandelswaren 30 f.

Zollgeneraldirektoren

- Beschluß über Zollverfahren bei Freihandelswaren 30
- Konferenz der - 29

Zollnomenklatur 11, 54

Zollunion

- Außenzoll, gemeinsamer, siehe dort
- EWG 21
- Interpretation des Begriffs durch Sieca 21
- Multilateraler Freihandelsvertrag 11
- Projekt des CEC eines Abkommens zur Verwirklichung der - 56
- Tratado Tripartito 11
- Verteilung der Zolleinkünfte 56
- Ziel des TG 19

Zollverfahren, einheitliches 12, 19

Zucker 15, 52

INHALT

VORWORT	5
Einleitung: Politische Einigungsbestrebungen in Zentralamerika bis 1951	5
A · WIRTSCHAFTLICHE INTEGRATIONSBESTREBUNGEN	9
1. Die Zeit von 1951 bis 1958	9
2. Multilaterale Verträge 1958 bis 1960	10
3. Das beschleunigte Programm 1960	11
4. Zollverwaltung	12
5. Industrieförderung und Planung	12
a) Integrationsindustrie	12
b) Spezielles Förderungssystem	13
c) Steuervergünstigungen zur industriellen Entwicklung	13
d) Sondersystem für Trockenmilch	13
e) Planung in der Textilindustrie	14
6. Finanz- und Währungswesen	14
a) Integrationsbank	14
b) Kompensationskammer	14
c) Währungsunion	15
7. Landwirtschaftlicher Sektor	15
8. Luftfahrt und Fernsprechverbindung	15
9. Notmaßnahmen zur Verteidigung der Zahlungsbilanz	16
10. Kriegerischer Konflikt vom Juli 1969	17
B · ZIELE DES GENERALVERTRAGES	19
I. Freihandel	22
1. Ursprung (Origen)	22
a) Praxis des CE	23
b) „Reglamento“ zur Bestimmung des Warenursprungs	28
2. „Reglamento“ der Zollformalitäten bei Freihandelswaren	29
3. Zollformular für Freihandelswaren	30
Zusammenfassung	31
4. Maßnahmen gegen Behinderungen des Freihandels	32
a) Interne Steuern	32
b) Exportsubventionen und unlautere Handelsmethoden	37
aa) Art. IX TG	37

ab) Materielle Voraussetzungen des Art. IX, Abs. 1 TG	39
bb) Dumping	41
cc) Exportsubventionen	43
dd) . Weitere unlautere Handelspraktiken	44
ee) Maßnahmen	45
ff) Unlautere Handelspraktiken von Drittländern	46
c) Gesundheitspolizeiliche Vorschriften	47
d) Sonstige Beschränkungen für Freihandelswaren	49
5. Ausnahmen vom Freihandelsprinzip	50
II. Zollunion	53
1. Warenbezeichnung	54
2. Zollberechnung	54
3. Angleichungsmodalitäten	55
4. Veränderung des gemeinsamen Außenzolls	56
C · INDUSTRIEFÖRDERUNG	59
I. Integrationsindustrie	59
1. Voraussetzungen der Anerkennung als Integrationsindustrie	60
2. Vergünstigungen für Integrationsindustrien	62
a) Freihandel	62
b) Fiskalische Anreize	64
c) Schutzzoll	65
3. Verpflichtungen	65
a) Qualitätsnormen	65
b) Preise	66
c) Marktversorgung	66
d) Investitionen und Kapitalzusammensetzung	67
4. Dumping	67
II. Spezielles Förderungssystem	69
1. Voraussetzungen der Anwendung des Systems	69
2. Vergünstigungen des Systems	70
3. Schutz- und Kontrollmaßnahmen	70
4. Verhältnis Sondersystem – Integrationsindustrie	71
III. Steuerliche Anreize zur industriellen Entwicklung	73
1. Anwendungsgebiet des Convenio Incentivos	74
2. Qualifizierung	75
3. Klassifizierung	75
4. Vergünstigungen	77
5. Übergangsregelungen bei der Gewährung von Vergünstigungen	80
6. Wettbewerbsvorschriften	82
7. Verfahren	82
8. Kontrollmaßnahmen und Sanktionen	83

D · SCHLUSSBETRACHTUNG	85
I. Innerstaatliche Verwirklichung des Gemeinschaftsrechts	85
II. Konzeption des MCCA und seine Zukunftsaussichten	88
Anmerkungen	91
Anhang	101
Text des Generalvertrags in deutscher Übersetzung	101
Liste der Waren, die einer Sonderabfertigung unterliegen	113
Abkürzungsverzeichnis	115
Literaturverzeichnis	117
Register	125

BIBLIOTHECA IBERO-AMERICANA

Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts

Preußischer Kulturbesitz

Herausgegeben von Hans-Joachim Bock

- Band 1 Max Uhle
Wesen und Ordnung der altperuanischen Kulturen
Aus dem Nachlaß herausgegeben von Gerdt Kutscher
132 Seiten, 2 Tafeln, 7 Abbildungen, engl. Broschur DM 19,-
- Band 2 Hans Horkheimer
Nahrung und Nahrungsgewinnung im vorspanischen Peru
160 Seiten, 8 Tafeln, 7 Abbildungen, engl. Broschur DM 19,-
- Band 3 Miguel de Ferdinandy
En torno al pensar mítico
Nueve variaciones sobre el tema del mito en folklore, arte, poesía e historia
260 Seiten engl. Broschur (vergriffen)
- Band 4 Peter A. Schmitt
Paraguay und Europa
Die diplomatischen Beziehungen unter Carlos Antonio López und Francisco Solano López 1841–1870
368 Seiten engl. Broschur DM 29,-
- Band 5 Rudolf Geske
Góngoras Warnrede im Zeichen der Hekate
Ein Deutungsversuch zu den Versen 366–502 der Soledad Primera
136 Seiten engl. Broschur DM 19,-
- Band 6 Cary Hector
Der Staatsstreich als Mittel der politischen Entwicklung in Südamerika
226 Seiten engl. Broschur DM 24,-
- Band 7 Fritz Hoppe
Portugiesisch-Ostafrika in der Zeit des Marquês de Pombal (1750–1777)
360 Seiten engl. Broschur DM 29,-

- Band 8 Juan Carlos Agulla
Soziale Strukturen und soziale Wandlungen in Argentinien
278 Seiten engl. Broschur DM 24,-
- Band 9 Friedel Maurer-Rothenberger
Die Mitteilungen des Guzmán de Alfarache
132 Seiten engl. Broschur DM 19,-
- Band 10 Georg Thomas
Die portugiesische Indianerpolitik in Brasilien 1500–1640
244 Seiten engl. Broschur DM 29,-
- Band 11 Ulrich Fleischmann
Ideologie und Wirklichkeit in der Literatur Haitis
312 Seiten engl. Broschur DM 29,-
- Band 12 Ronald Daus
Der epische Zyklus der Cangaceiros in der Volkspoesie Nordostbrasilens
156 Seiten engl. Broschur DM 19,-
- Band 13 Martin Gerbert
Religionen in Brasilien
128 Seiten engl. Broschur DM 19,-
- Band 14 Käte Harms-Baltzer
Die Nationalisierung der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen
in Brasilien als Problem der deutsch-brasilianischen Beziehungen
248 Seiten engl. Broschur DM 29,-
- Band 15 Thomas Baecker
Die deutsche Mexikopolitik 1913/1914
352 Seiten engl. Broschur DM 29,-
- Band 16 Klaus Rother
Wirtschaft und Berufserziehung in Venezuela
200 Seiten engl. Broschur DM 24,-

Band 17 Gustav Siebenmann

Die neuere Literatur Lateinamerikas und ihre Rezeption im
deutschen Sprachraum

96 Seiten engl. Broschur DM 19,-

Band 18 Reinhard Peterwerth

Das Vertragswerk des zentralamerikanischen gemeinsamen Marktes

144 Seiten engl. Broschur DM 19,-

COLLOQUIUM VERLAG BERLIN





Dabei hatte der Verfasser in Guatemala, dem Sitz des Generalsekretariats des Gemeinsamen Marktes, während eines einjährigen Studienaufenthaltes Gelegenheit, die Originaldokumente der Integrationsorgane einzusehen. Dieses Material ist in Europa nicht erreichbar. Daneben wurde in der Arbeit eine Fülle von Sekundärliteratur hauptsächlich lateinamerikanischer Autoren verwertet.

Der Versuch der fünf zentralamerikanischen Republiken, einen Gemeinsamen Markt zu errichten, hat bisher einen von vielen lateinamerikanischen Experten nicht erwarteten Erfolg gezeigt. Die in den Verträgen gesetzten Ziele wurden weitgehend erreicht. Angesichts dieser Tatsache stellt sich die Frage, ob die wirtschaftliche Integration einen Beitrag zur — sei es auch nur teilweisen — Lösung der ökonomischen Probleme dieser Länder der Dritten Welt leisten konnte. Eine Antwort auf die Frage des cui bono des Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes versucht der Verfasser in der Schlußbetrachtung zu geben.
